ERGEBNISPROTOKOLL

AM:	1. Sonder-Sitzung des Stadtteil-Forums Tiergarten Süd 20. September 2017
ORT:	Nachbarschaftscafé Lützowstr. 27 - Berlin
ANLAGEN:	Zusammenfassung der Diskussionspunkte, Gutachten der TU 2011, Papier des AK „Gegen den Strich“

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden behandelt. Eventuelle Abstimmungen und deren Ergebnisse sind vermerkt

TOP	AUSSPRACHE	ANMERKUNGEN
1.	**Begrüßung**	
	➢ Die Sitzung wird um 18:10 Uhr eröffnet. ➢ Laut Anwesenheitsliste sind 17 stimmberechtigte Mitglieder und 8 Gäste vertreten. ➢ Die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder spricht sich dafür aus, dass auch Gäste an der Sitzung teilnehmen und Rederecht bekommen.	
2.	**Umfrage zum Meinungsbild**	
	Die Teilnehmer geben ein erstes Meinungsbild ab, ob sie für einen Sperrbezirk sind oder für die Beibehaltung der Straßen-Prostitution und wenn ja, mit ggf. notwendigem Handlungsbedarf. Die Themen und Argumente werden zusammengefasst (Anlage 1). Die angesprochene Studie der TU wird beigefügt (Anlage 2).	
3.	**Bericht des AK „Gegen den Strich“**	
	s. Anlage 3 : Präsentation, die am 5.7.2016 im Quartiersrat vorgestellt wurde.	
4.	**Weitere Vorgehensweise**	
	Auf der nächsten Sitzung des Stadtteil-Forums soll darüber entschieden werden, wie mit den Diskussionsergebnissen weiter umgegangen werden soll.	
5.	**Verschiedenes**	
	➢ Die Sitzung wurde um 20:05 beendet.	

Das vorliegende Protokoll wurde in Absprache mit den teilnehmenden Sprecher*innen erstellt.

Berlin, den 3. Oktober 2017
Oda Hagemeier

Zusammenfassung von den Teilnehmern genannten Themen & Argumenten in der Sondersitzung „Straßen-Prostitution“ des Stadtteil-Forums Tiergarten Süd am 20. Sept. 2017

Allgemeine Informationen

- Einladung an Mitglieder & Interessierte des Stadtteil-Forums (keine „öffentliche Veranstaltung“)
- Probleme haben sich in den vergangenen Jahren extrem verschärft
- Ausbeutung der Frauen
- Menschenunwürdige Behandlung der Frauen
- Vergrößerung des Anbahnungs- und Vollzugsgebietes – auch vor Schulen & Kitas
- Vermüllung (gebrauchte Kondome &Taschentücher, Spritzen, Becher, menschliche Exkremente)
- Freier wollen billigen Sex
- Frauen wollen nicht in Häuser
- HIV-Prävalenz bei Prostituierten geringer als in der Gesamtbevölkerung
- Verursacherprinzip stärker verfolgen (Aufklärung von Männern)
- Dreistigkeit der Prostituierten hat zugenommen, zeigen keine Bereitschaft gemeinsam mit Anrainer*innen Lösungen zu finden
- Alle sehen Handlungsbedarf, um die Lebensqualität der Anwohner*innen zu verbessern, politische Gespräche wurden geführt, es passiert aber nichts.
- Unklar, warum Runder Tisch in der Vergangenheit nicht funktionierte
- Nur ein kleiner Bevölkerungsanteil von Tiergarten-Süd ist von der Problematik betroffen

Zusammenfassung von den Teilnehmern genannten Themen & Argumenten

Gegen Straßen-Prostitution – für berlinweite Sperrbezirksverordnung mit Sperrgebiet (pro ≈ 11)

Pro

- Hohe Kosten für Zäune (Magdeburger Platz 57 .000 €)
- Vollzugsgebiet vergrößert sich
- Steigende Kriminalität, Sicherheitsrisiko der Bevölkerung
- Vermüllung – Gesundheitsgefährdung der Anwohner*innen (versus Gesundheit/Sicherheit der Prostituierten)
- Erhöhte Reinigungskosten (BSR) werden umgelegt auf Anrainer*innen/Mieter*innen
- Nächtliche Lärmbelästigung
- Ausgeprägte Zwangsprostitution
- Keine Lösung der einzelnen Probleme bei Straßen-Prostitution
- Sextourismus unterbinden (Bustouren)
- Lösungsansätze der letzten 18 Jahre nicht erfolgreich, z.B. Demolierung öffentlicher Toiletten
- 2 Familienclans bereichern sich über Zuhälterringe
- Berlin neben Rostock die einzige Stadt ohne Sperrbezirksverordnung

Contra

- Wohngebiete werden steril
- Repression fördert Erkrankungsrisiko
- Sperrbezirk ändert die Probleme nicht
- Frauen sind Gewalt ausgesetzt und fühlen sich durch öffentlichen Raum geschützt (am Stadtrand nicht gegeben)
- Angebot schafft Nachfrage
- Verdrängung löst die Probleme nicht
- Straßen-Prostitution nur in Misch-Gebieten erlaubt
- Sperrbezirk erfordert Kontrolle, Personal könnte bereits jetzt eingesetzt werden
- Zu erwartende Mietsteigerungen

Zusammenfassung von den Teilnehmern genannten Themen & Argumenten

Für Straßen-Prostitution

Mit Handlungsbedarf (≈ 10)

- Neue Lösungsmöglichkeiten finden, da frühere Vollzugsflächen der Prostituierten zugebaut wurden, daher ist mehr Toleranz der Bewohner*innen erforderlich
- Alternative zur Wohnungsprostitution: Verrichtungsboxen
- Verlagerung in geschützte Häuser in öffentl. Trägerschaft / Laufhäuser
- Toiletten aufstellen
- Übergangslösungen für die akuten Probleme
- Lösungsansätze (Studie 2011) evaluieren
- Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz und verdeckten Ermittlung
- Kinder durch Information stärken, um mit Prostitution umgehen zu können
- Verhinderung der Bewerbung des Strichs auf Internetforen
- Steigende Nachfrage bremsen
- Raum für Straßen-Prostitution begrenzen, Erlaubnisvorbehalt für Prostituierte und Zuhälter einführen
- BSR soll Hinterlassenschaften beseitigen
- Mit Kirche zusammenarbeiten und mit Prostituierten reden

Alles bleibt wie es ist (2)

- Wirkung des Prostituiertenschutzgesetz abwarten
- In der Diskussion differenzieren zwischen Zwangsprostitution und Prostitution unter Zwang
- Vorgehensweise in anderen Städten recherchieren – Best-Practice-Beispiele finden
- Freier wollen billigen Sex

FAZIT:
Die überwiegende Mehrheit sieht Handlungsbedarf – mit unterschiedl. Lösungsansätzen

Im Auftrag des Bezirksbürgermeisters von
Tempelhof-Schöneberg/Berlin: Ekkehard Band

Technische Universität Berlin
Zentrum Technik und Gesellschaft

Nachbarschaften und Straßen-Prostitution

Konfliktlinien und Lösungsansätze im Raum rund um die Kurfürstenstraße in Berlin

Christiane Howe
unter Mitarbeit von
Milena Sunnus

Inhalt

Einleitung **3**

I. Rahmenbedingungen **5**
1. Geschichte des Ortes 5
2. Stadtviertel heute 9
3. Aktuelle Situation 11
4. Akteure 15
5. Bisherigen Maßnahmen 19
6. Gesetze 21
   6.1. Prostitutionsgesetz 21
   6.2. Zuhälterei 24
   6.3. Menschenhandel 26
   6.4. Verbot der Prostitution (Sperrgebiet/Sperrzeiten) 27
   6.5. Jugendgefährdende Prostitution 29
   6.6. Unzulässiger Lärm 30
   6.7. Anstößige und belästigende Handlungen 32
   6.8. Polizeirecht 33
   6.9. Exkurs: Spannungsfeld Prostitution 34
   Gewerberecht 36

II. Empirische Untersuchung **39**
1. Ziele und Fragestellung 39
3. Die qualitative Befragung 41
4. Die quantitative Befragung (Fragebogen) 43
5. Begehungen im Viertel 45
6. Teilnahme und Treffen/Werkstattgespräche 47
7. Begleitung einer Freier-Aktion 48

III. Auswertung und Ergebnisse **49**
1. Problembeschreibungen 49
   1.1. Ruhestörungen/Lärm 50
   1.2. Verschmutzung 51
   1.3. Verhalten der Prostituierten 51
   1.4. Verhalten der Kunden 52
   1.5. Thema Kinder 53

Zusammenfassung **54**

IV. Lösungsszenarien **55**
1. Verbot und Verlagerung 55
   1.1. Vorteile 56
   1.2. Nachteile 57
2. Halten des fragilen Gleichgewichts 57
   2.1. Vorteile 59
   2.2. Nachteile 59
3. Anerkennung und Akzeptanz 61
   3.1. Vorteile 67
   3.2. Nachteile 67

Abschließende Empfehlungen **68**

Literatur 74
Anhang (Presseauswertung, Fragebogen, Pressespiegel) 76
Zu den Autorinnen 90

Einleitung

Prostitution ist in Deutschland – laut Bericht der Bundesregierung - als eine vom Recht zu respektierende autonome Entscheidung aufzufassen, die aber mit erheblichen Gefahren und Risiken behaftet ist. „Dazu gehören etwa psychische und physische Auswirkungen auf die betroffene Person. Diese Risiken und Gefahren sind aber nicht mit allen Formen der Prostitution in gleichem Ausmaß verbunden, sondern sie hängen wesentlich von den Bedingungen ab, unter denen sie ausgeübt wird“ (BMFSFJ 2007:7).

Die Straßenprostitution rund um die Kurfürstenstraße in Berlin ist seit Jahrzehnten fest etabliert. Sie unterlag und unterliegt dabei allerdings den jeweiligen sozialen, politischen wie ökonomischen Veränderungen, so z.B. der Stadtsanierung West und der Umwandlung von staatlichem in privates Mieteigentum ab den 1970/80er Jahren und zuletzt den Veränderungen, die durch den „Mauerfall“ und die Öffnung und Erweiterung der EU verursacht wurden. Kritische Diskussionen über die Auswirkungen der Prostitution, über unterschiedliche Vorstellungen zu ihrer Handhabung und Gestaltung oder ihr Verbot begleiten sie seit Anbeginn.
Beide betroffenen Verwaltungsbezirke Schöneberg-Tempelhof und Mitte haben vielfältige Aktivitäten unternommen, unter anderem je zwei Quartiersmanagement -Teams eingesetzt und immer wieder Projekte angestoßen und manche Vorschläge umgesetzt, um Veränderungen, vor allem im Sinne der AnwohnerInnen, herbei zuführen.
Dennoch besteht ein immer wiederkehrender und sich in einer Art Wellenbewegung äußernder Unmut. Es konnten offensichtlich bisher keine nachhaltigen oder zufriedenstellenden Lösungen oder gangbaren Wege für die Situation in diesem Stadtviertel gefunden werden. Die Verantwortlichen sind immer wieder in der schwierigen Lage, um Verständnis werben, erklären und vertrösten zu müssen. Weitere Lösungsmöglichkeiten scheinen erst einmal nicht in Sicht zu sein. Dennoch kann die Situation im Stadtteil auf Grund der vielfältigen Aktivitäten als relativ beruhigt, wenn auch fragil, bezeichnet werden.

Hier setzt nun die nachfolgende Untersuchung an. Im ersten Teil werden die Rahmenbedingungen – die Geschichte, Gesetze und der Raum der Prostitution – skizziert, die die Situation vor Ort bedingen und zu denen es in den Gesprächen und Diskussion im Stadtviertel immer wieder offene Fragen gab. Danach wird die empirische Untersuchung beschrieben, die über verschiedene Zugänge, qualitative wie quantitative Befragungen, Begehungen und der Teilnahme an unterschiedlichen Versammlungen erfolgte. Es wurden nach genauen Problembeschreibungen sowie kreativen Ideen und Lösungen gefragt. Im dritten Teil erfolgt die Auswertung, hier wurden die Stellungnahmen von den befragten Menschen im und rund um das Viertel inhaltlich strukturiert und zusammengefasst. Daraus wurden im vierten Teil drei entsprechende Lösungsszenarien entwickelt, die an unterschiedlichen Grundhaltungen zur Prostitution orientiert sind. Den Abschluss bilden die daraus abgeleiteten Empfehlungen.

Jedes Kapitel kann eigenständig für sich und je nach Interesse zuerst gelesen werden. Die Kapitel müssen nicht in der vorstrukturierten Reihenfolge „absolviert“ werden.

In der Untersuchung wurden viele beteiligte und betroffene Menschen im Viertel befragt. Ohne Ihre Bereitwilligkeit, uns Rede und Antwort zu stehen, hätte diese Untersuchung nicht erfolgen können.
Ihnen gebührt unser allergrößter Dank.

Die Untersuchung wurde durch die beherzte Entscheidung von Bezirksbürgermeister Ekkehard Band (Tempelhof-Schöneberg) mit Unterstützung seines Referenten Michael Zöpel-Brochwitz überhaupt erst ermöglicht. Dafür sei Ihnen an dieser Stelle nochmals ganz herzlich gedankt.

In den nachfolgenden Kapiteln werden die Hintergründe und Rahmenbedingungen der Prostitution rund um die Kurfürstenstraße skizziert. Zum einen bestehen seitens vieler Beteiligter Fragen zu den Vorkommnissen rund um die Kurfürstenstraße, die hier aufgegriffen worden sind. Zum anderen ist dies notwendig, um die Probleme angemessen beschreiben und verstehen zu können.

Geschichte des Ortes

1. Geschichte des Ortes

„Trotzdem aber die Bülowstraße zum Westen von Berlin gehört, bietet sich dort eine Art von Dirnen aus, die eigentlich nicht zum wohlhabenden und auch wohl verschwenderischen Westen stimmen. Es sind Mädchen, die alle Unarten des Berliner Kleinbürgertums an sich haben, fast stets geschmacklos gekleidet sind, die sich anbieten, nicht wie die Dirnen der Friedrichstraße und des Potsdamerplatzes, warten, bis sie angesprochen werden, sondern sich mit „Komm mit, Schatz!“, „Kleener, komm doch!“ aufdrängen und auch gelegentlich roh schimpfen. Ihre Kunden sind eben kleinbürgerlich. Es sind jene Bewohner Schönebergs und der westlichen Stadtteile, die nur drei und fünf Mark dem Mädchen für seine Gefälligkeit geben, es grob behandeln und das Mädchen in drückender wirtschaftlicher Lage lassen und es tief demütigen“ (Hans Ostwald 1907:16 in: Jäkl 1987:8).).

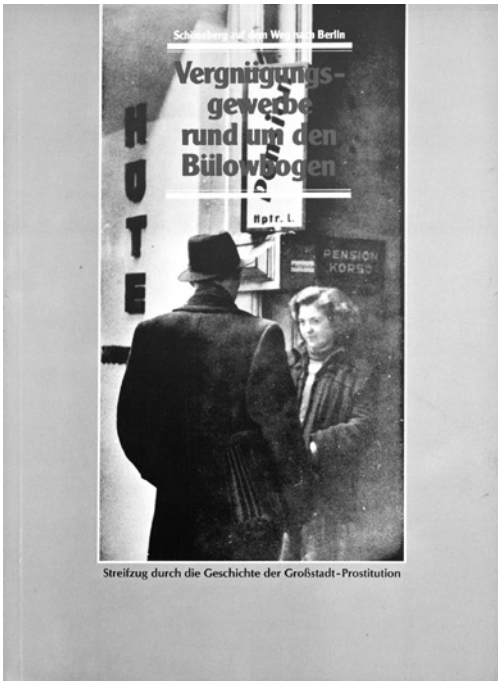


Abb.: Schöneberg auf dem Weg nach Berlin
Vergnügungsgewerbe rund um den Bülowbogen
Streifzug durch die Geschichte der Großstadt-Prostitution
Herausgeber:
Bezirksamt Schöneberg von Berlin, 1987

Erst im Jahr 1861 wurde ein großer Teil des nördlichen Schöneberger Gemeindegebietes entlang der Potsdamer Straße in den Berliner Stadtbereich einbezogen. Es war damals noch eine eher ländlich-vorstädtische Gegend. Es sollte hier „von Ost nach West eine großzügige Prachtstraßenanlage, von Plätzen unterbrochen, entstehen“ (Jäkl 1987:7). Dies scheiterte zum einen an der Straßenführung, die wegen der bereits bestehenden Bahnverbindungen (Yorkstraße) damals schon nicht mehr geradlinig erfolgen konnte und an der Missachtung der zukünftigen Randbebauung der Straße. Nur in den Vorderhäusern entlang der Bülow- und Potsdamerstraße entstanden große Geschäfte, Büros und herrschaftliche Wohnungen. In den Seitenstraßen wurden jedoch anstelle von Villen und Gärten bis zu sechsgeschossige Mietskasernen mit Seitenflügeln und Quergebäuden hochgezogen. Hier wohnte der ärmere Teil der Wohnbevölkerung. In wenigen Jahren entwickelte sich ein städtisches Viertel mit kleineren Gewerbe- und Industriebetrieben in den Hinterhöfen der Nebenstraßen, das dann zunehmend zu einem Großstadtviertel mit dicht gedrängtem Arbeiterwohngebiet wurde. Das hatte zur Folge, dass viele Mieter der großen Vorderhauswohnungen weiter nach Westen in die „besseren Gegenden“ zogen. „Neben Büros ließen sich jetzt auch Hotels und Pensionen und alle möglichen Etablissements und Amüsierbetriebe nieder“ (Jäkl 1987:8).

1885 nach Abschluss der Bebauung des neuen Stadtviertels etablierte sich in Schöneberg-Nord, in der Gegend um die Bülowstrasse und in der Nähe der Potsdamer Straße ein Prostitutionsmarkt. Nach dem Bau der Hochbahn um die 19. Jahrhundertwende findet sich dann der

Geschichte des Ortes

Begriff `unter dem Bülowbogen´. Diesen Teil der Berliner Prostitution beschrieb Hans Ostwald 1907 mit den oben zitierten Worten.

Bereits zu dieser Zeit, Anfang des 20. Jahrhunderts, wurde angesichts der weit verbreiteten Prostitution und der auf der Straße stattfindenden Anbahnungen, insbesondere von der Polizei die Auffassung vertreten, dass die Prostitution nur an bestimmten Orten stattfinden sollte, d.h. kaserniert werden müsste, um Verwechslungen und unsittliche Ansprachen seitens der Männer mit anderen Frauen zu vermeiden. Sie konnte sich damit nicht durchsetzen.

Für die 1920er und 30er Jahren wird rund um die Potsdamer- und Bülowstraße beschrieben, dass schon damals den meisten Freiern in diesen Straßen ein „Absteige-Hotel“ zu teuer war und deshalb zahlreiche billige private Quartiere angeboten wurden. Vielen Mietern bot sich mit einer Untervermietung an Prostituierte die Möglichkeit, etwas hinzuzuverdienen. Aufgrund von wirtschaftlicher Armut und hoher Mietpreise waren sie fast dazu gezwungen. Einzelne Wohnräume oder auch nur einzelne Betten wurden vermietet. Zudem wird von weiblicher wie männlicher Prostitution berichtet.

Nach dem ersten Weltkrieg bildete sich eine „sozial abgestufte Vergnügungsachse“ heraus, „die von den Elendsquartieren am Bülowbogen über die Bülowstraße, den Nollendorfplatz und Tauentzien ins extravagante Kurfürstendamm-Milieu führte und die verklärend als die `Goldenen Zwanziger Jahre´ in die Literatur eingegangen sind“ (Jäkl 1987:9).

Die Straßenprostitution war seit Ende des 19. Jahrhunderts für ganz Berlin kennzeichnend und prägte im Weiteren die Form der Prostitutionsausübung in der Stadt. Auch die Prostituierten, die Anfang des 20. Jahrhunderts in Bars, Tanzlokalen und Kaffeehäusern unterwegs waren, waren zugleich auf der Straße tätig. Die Prostitution für die höheren Schichten (ab 20 Mark) spielte sich zu der Zeit in bestimmten Abschnitten der Friedrichstraße, Unter den Linden, am Potsdamerplatz/Potsdamerstraße und in den westlichen Vierteln ab, die Prostitution (selten über 5 Mark) für das Kleinbürgertum und die Arbeiter gab es in jedem Viertel, hierzu gehörte auch die Bülowstraße. Die günstigsten Prostitutionsangebote (1-2 Mark) gab es zu der Zeit am Schlesischen Bahnhof und im Scheunenviertel.
Dadurch entstand in diesen Vierteln und Gegenden auch ein Klima der Toleranz oder zumindest ein Klima der Duldung weiterer Gruppen von gesellschaftlichen `Außenseitern´, so z.B. der Homosexuellen rund um die Bülowstraße. Mit dem Bülowbogen verbinden sich deshalb, vor allem in den 1920er Jahren, auch die Namen der legendären Treffpunkte für homosexuelle Männer und Frauen, z.B. das Dorian Gray (Bülowstraße 57). Hier befand sich schon damals eines der bekanntesten Berliner Zentren der homosexuellen Subkultur.

Der Bülowbogen stand in Berlin vor allem aber für Prostitution, Rauschgifthandel, zweifelhafte Vergnügungsbetriebe und Kriminalität (Jäkl 1987:6). Orte wie z.B. das Scheunenviertel oder der Alexanderplatz

besaßen einen ähnlichen Ruf. Und auch hier wurde schon festgehalten, dass bei vielen Menschen mit wachsender Entfernung zu einem solchen Ort, Vorstellungen und Phantasien blühen und damit auch die Bedrohung, die von einem solchen Ort ausgeht, zu wachsen scheint (siehe Jäkl 1987:6).

In den Jahren vor und nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich die Potsdamer Straße zwischen der Lützow- und der Pallas-/Goebenstraße zu einer Art „Rotlichtviertel“ im engeren Sinne. Die Prostitution wurde meist auf der Straße angebahnt und fand dann in Zimmern der direkt dahinter liegenden Häuser, in entsprechenden Nachtclubs, Stundenhotels oder Massagesalons statt. Auch einige Spiel-Casinos etablierten sich.
In den 70er Jahren siedelte sich zudem in der Kurfürsten-/Potsdamer Straße, Winterfeldt- und Frobenstraße, vor allem in der sogenannten „Ruine“ am Winterfeldtplatz, stark die Prostitution drogengebrauchender Frauen und Männer an. In der Ecke Froben-/Kurfürsten Straße standen vor allem die minderjährigen drogengebrauchenden Prostituierten. Die Kurfürstenstraße ist durch die U-Bahn direkt mit dem Bahnhof Zoo verbunden und liegt ohnehin nicht weit davon entfernt.
Daneben gab es in den 80er Jahren in der Tiergartenstraße (heute Diplomaten- und Botschaftsviertel) einen reinen Autostrich, der mit dem Aufbau und den Veränderungen nach der Wende verdrängt worden ist.

Es sind Fotografien aus den verschiedenen Jahrzehnten vorhanden (siehe auch Jäkl 1987), einige aus den 1980er Jahren (Jäkl 1987:91, Abb. 134) zeigen die Potsdamerstraße mit Prostituierten, die durch ihre Kleidung und Haltung eindeutig erkennbar sind.
Eine Fotoserie aus dieser Zeit (1980) zeigt auch eine mit Hotpants bekleidete Straßenprostituierte auf der Bülowstraße, die auf der Straße, entlang der parkenden Autos wandelt und durch ihr Angebot Autofahrer veranlasst zu halten, wodurch wiederum andere Fahrzeuge ausweichen müssen.
Bis in die 80er Jahre gestaltete sich das Neben- und Miteinander recht alltäglich. Prostituierte standen neben den Gemüsehändlern. Man tolerierte und kannte sich. „Wenn man einkaufte, plauderte man miteinander, manche hatten auch ein Auge darauf, wo die Kinder zum Spielen abgeblieben waren, wenn die Mütter sie suchten“ (Nägele/Markert 2006:205/206). Die Vertrautheit lag möglicherweise auch darin begründet, dass hier vor allem Frauen im Nebenerwerb, d.h. „Hausfrauen“ tätig waren.

Erst ab Mitte der 80er Jahre begann sich das Bild zu verändern, die alten Häuser, in denen so traditionelle Etablissements wie das „Hotel Potsdam“ oder die Bar „Romantica“ beheimatet waren, wurden abgerissen oder saniert. Absteigen oder Pensionen sollten hier nicht mehr eingerichtet werden. Im Zuge dieser Sanierung wurden die Häuser in denen die Prostitution stattfand, völlig verdrängt. Damit begann sich Ende der 1980er-Jahre das Image der Straße zu verändern.
Diese Sanierungen im Westen waren lange geplant; so wurden Wohnungen früh nicht mehr vermietet und standen lange leer. Ab 1980

Geschichte des Ortes

wurden die zunehmend verfallenen Häuser dann besetzt und teilweise vor dem Abriss bewahrt. Zudem wurden die noch bestehenden leeren Hotels und Pensionen an Asylbewerber und die heruntergekommenen Wohnungen an vor allem türkische ImmigrantInnen vermietet. Nachdem sich dann auch noch Anfang der 80er Jahre zunehmend die Drogenszene ausbreitete, erschienen Sanierungsmaßnahmen geboten. Es ging dabei vor allem um die Sanierung der Potsdamerstraße zwischen Bülow- und Winterfeldstraße, aber auch darum „dieses Kriminalitätszentrum aufzulösen“ (Sozialstadtrat Bürger, CDU,, im Tagesspiegel vom 6. Oktober 1985 in: „Die Potsdamer Straße soll auch sozial saniert werden“).

Diesem-Artikel zufolge „erhitzen“ sich seit Anfang der 80er Jahre dort die „widersprüchlichen Subkulturen der Zuhälter, Rauschgifthändler, Asylanten, Hausbesetzer und Trebegänger“.
Die offiziellen Versprechungen lauteten, dass man die Prostitution nicht von diesem traditionellen Standort vertreiben möchte. Konzepte waren jedoch keine vorhanden und wurden dafür im Weiteren auch nicht entwickelt. Letztendlich bedeutete die Entwicklung für die Prostituierten eine nahezu komplette Wegsanierung ihrer Arbeitsplätze. Sie mussten irgendwohin ausweichen. Die Folgen konnten nicht wirklich abgeschätzt werden. Glaubt man dem Beitrag des Tagesspiegels herrschte diesbezüglich bereits damals eine gewisse Ratlosigkeit vor: „Sozialstadtrat Bürger ist in dieser Sache ratlos. `Man kann nicht vorher sagen, wohin die Frauen gehen´, meinte er“ (siehe auch Jäkl 1987:90, Abb. 132). Die Frauen wichen letztendlich auf den Straßenstrich, damals vor allem in der Bülowstraße, oder in Wohnungen aus. In der Potsdamer Straße blieben die Spielsalons, neu hinzu kam das erste Sex-Kaufhaus Berlins. Das Gebiet ist heute nicht mehr nur, aber auch für die rund um die Kurfürstenstraße stattfindende Straßenprostitution bekannt.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass sich sowohl Charakter und Erscheinungsform der Prostitution, als auch spiegelbildlich die Haltungen und Reaktionen ihr gegenüber entsprechend dem Strukturwandel der Gesellschaft verändern. Die Prostitution unterliegt sowohl den gängigen und bekannten ökonomischen Prinzipien und Marktkriterien, als auch den sich wandelnden Vorstellungen über Geschlechterrollen, d.h. auch dem als angemessen empfundenen geschlechtsspezifischen Verhalten von Frauen und Männern und ihren Sexualität(en). Prostitution steht insofern nicht außerhalb der Gesellschaft, sondern ist ein Teil von ihr.

2. Stadtviertel heute

Stadtviertel heute

Das Gebiet rund um die Kurfürstenstraße, in dem die Prostitution stattfindet, liegt in zentraler stadträumlicher Lage, südlich des Potsdamer Platzes, unweit des Tiergartens und des Botschaften / Diplomatenviertels, östlich zur City-West mit Wittenbergplatz, KaDeWe und Kurfürstendamm.
Das Viertel durchzieht eine Grenze zweier Verwaltungsbezirke (Tempelhof-Schöneberg und Mitte). Sie geht mitten durch bzw. entlang der Kurfürstenstraße. Die Verwaltungen sind als politische und die Bezirke verwaltende Einheiten getrennt, d.h. sie stellen ihre je eigenen Bezirksparlamente mit eigenen Mehrheiten, entsprechend ihre eigenen Bürgermeister und Verwaltungseinheiten. Die Bezirke Mitte wie Tempelhof-Schöneberg unterscheiden sich in Art und Beschaffenheit als auch in ihren Problemlagen recht weitreichend voneinander. Zur Entwicklung der beiden Stadtteile wurden zwei Quartiersmanagements (QMs) im Rahmen des Bund Länder Programms „Soziale Stadt“ im Jahre 2000 eingerichtet (Näheres dazu siehe Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzepte 2011 (mit Jahresbilanz 2010) der beiden QMs unter www.schoeneberger-norden.de und www.tiergarten-sued.de).
Beide Bezirke agieren eigenständig und haben bezüglich der bezirksübergreifenden Straßenprostitution auch kein gemeinsames Konzept. Es besteht jedoch inzwischen seitens der Verantwortlichen auf bezirklicher wie polizeilicher Ebene ein Austausch.

Die Viertel sind mit einer recht heterogenen baulichen und städtebaulichen Struktur ausgestattet, mit gründerzeitlichem Altbau und eingestreuten Neubeständen aus den 1970er und 80er Jahren. So finden sich attraktive Wohnlagen eher im Westen und Süden, günstigere Wohnlagen mit nicht so guter Qualität und ein paar wenigen Brachflächen eher im Osten. Ein Teil der Wohnungsbestände gehört zum sozialen Wohnungsbau.
Mittendrin bestehen Kerngebiete, entlang der Potsdamer, Genthiner und Kurfürstenstraße (Einzelhandel, Gewerbe, großräumige Handels- und Produktionsstandorte, v.a. Möbel, Medien). Von einer sehr starken Verkehrsbelastung durch den Durchgangsverkehr kann für die Potsdamer Straße, Bülowstraße und Kurfürstenstraße gesprochen werden.

Insgesamt leben in diesen beiden Vierteln rund um die Kurfürstenstraße knapp 25.800 Menschen, davon sind ca. 36% ausländische BewohnerInnen. Mehr als 55% der unter 18-jährigen Deutschen haben einen Migrationshintergrund. Nach dem QM Schöneberg Nord kommen knapp 38% der BewohnerInnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit aus der Türkei. Die nächst größeren Gruppen kommen aus anderen EU-Ländern, aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Jugoslawiens sowie aus arabischen Staaten. Beide Gebiete weisen einen recht hohen Anteil an Familien mit Kindern auf. Es bestand laut QM Tiergarten Süd eine recht hohe Fluktuation in ihrem Viertel, annähernd die Hälfte der BewohnerInnen ist im Zeitraum 1994 - 1999 weg und neu zugezogen. Der Anteil der Arbeitslosen beträgt insgesamt knapp 8%. Mehr als ein Drittel bezieht Transferleistungen. Der

Stadtviertel heute

Anteil der Jugendlichen als auch der älterer Menschen liegt deutlich höher als in vergleichbaren Vierteln. Darüber hinaus besteht eine relative Dichte an Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen.

Die Fläche des Gebiets, in dem die Prostitution aktuell (Frühjahr / Sommer 2011) stattfindet, ist dagegen recht klein und überschaubar. Sie geht im Tiergarten Süd vom Magdeburgerplatz über die Genthinerstraße bis zur Bezirksgrenze zu Schöneberg entlang der nördlichen Kurfürstenstraße. Im Schöneberger Norden, der daran direkt anschließt, sind die Frauen vorrangig in der südlichen Kurfürsten- und der nördlichen Frobenstraße, zunehmend in der Bülow- und geringfügig in der Potsdamer Straße unterwegs.

Die „äußeren Ränder“ des Viertel haben sich seit dem Mauerfall in den letzten 20 Jahren in großem Ausmaß verändert. An das Gebiet schließen sich im Norden, das früher Brachland war und an die Mauer grenzte, inzwischen ein Diplomatenviertel und der Potsdamerplatz an, im Westen befinden sich gehobenere Wohnviertel. Östlich des Viertels entsteht zurzeit der Gleisdreieck Park, früher eine brachliegende Ödnis mit einigen wenigen Schrebergärten. An den entstehenden Park angrenzend werden sichtbar teure Wohneinheiten gebaut.
Südwestlich dieses „Straßenprostitutions“-Gebiets befindet sich – immer noch und wie beschrieben – die Schöneberger Homosexuellenszene. Sie ist eine der größten Europas und über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt.

Es wird eine der großen Herausforderung in naher Zukunft sein, die unterschiedlichen Ausgangspositionen, Entwicklungen und Bedürfnisse der alten und neuen AnwohnerInnen zusammen zu denken und das Viertel in einer lebendigen Form zusammenzuführen, die ein konstruktives Mit- und Nebeneinander ermöglichen wird.

Schnapsschuß in der Potsdamer Straße am 27.9.2011.

3. Aktuelle Situation

Aktuelle Situation

Die „Kurfürstenstraße mit den umliegenden Straßen beherbergt einen sehr heterogenen Straßenstrich. Hier arbeiten Frauen, die von Geburt an weiblichen Geschlechts sind, sowie Transgender [1]. Die Frauen gehören verschiedenen Altersgruppen an und sind unterschiedlicher Herkunft, die meisten Sexarbeiterinnen sind aus Deutschland und Mittel-/ Osteuropa. Manche betreiben es als Nebenerwerb, manche professionell, manche, um sich darüber ihren Drogenkonsum zu finanzieren. So arbeiten sie „professionell gekleidet oder im Freizeitlook, mit und ohne (unterstützenden bis ausbeutenden) Zuhälter, selten bis täglich“ (Künkel 2008:179). Die hier arbeitenden Prostituierten sind fast alle zwischen 18 und 35 Jahre alt, nur ganz vereinzelt minderjährig und selten älter als 50 Jahre.
Trotz der Heterogenität ist der Straßenstrich räumlich nach Angebot und teilweise Herkunft abgegrenzt und aufgefächert. Zum einen stehen Frauen mit gleichem Herkunftsland häufig gerne zusammen und zum anderen arbeiten diejenigen, die eine spezifische Nachfrage bedienen, z.B. die älteren Frauen oder die Transsexuellen, in jeweils eigenen Straßenabschnitten.

Insgesamt existieren in Berlin laut Schätzungen von Hydra 600-800 bordellartig Betriebe, sie sind über die ganze Stadt verteilt und finden sich in jedem Bezirk. 8.000-10.000 Frauen sind in der Sexarbeit tätig, überwiegend in Wohnungsbordellen, Clubs und Massagesalons. Nur ein ganz geringer Anteil der Prostituierten arbeitet auf der Straße. Rund um die Straßen Kurfürsten/Froben/Genthiner/Bülow sind laut Schätzung der ExpertInnen (der Sozialen Projekte und der Polizei) täglich mindestens 20, durchschnittlich meist 40 bis 50 weibliche Prostituierte, in Spitzenzeiten bis zu 100 Prostituierte tätig. Davon sind zurzeit etwa 25% Ungarinnen, 25-30% Bulgarinnen, die andere Hälfte stellen deutsche, polnische, tschechische, ukrainische Prostituierte und ein paar wenige Frauen aus anderen Ländern. Es besteht eine gewisse Fluktuation, etwa die Hälfte der Frauen arbeitet länger, d.h. ein halbes Jahr bis zu zehn, zwanzig Jahre, auf diesem Straßenstrich, die andere Hälfte bleibt nur kurz, bis zu zwei bis drei Monate. Durchschnitt arbeiten die Frauen vereinzelt ab dem Vormittag, zunehmend ab dem späten Nachmittag bis in die späten Nachtstunden und dann wieder vereinzelt in den frühen Morgenstunden auf der Straße. An manchen Tagen, Abenden oder in mancher Nacht ist kaum etwas los, manchmal ist nachts um 1 Uhr keine der Frauen mehr in der Kurfürstenstraße anzutreffen, an anderen Tagen wiederum sehr viele. Das gestaltet sich sehr unterschiedlich und hängt offensichtlich von vielen Faktoren (Wetter, Nachfrage der Freier, Notwendigkeit des Geldverdienens seitens der Frauen etc.) ab. Im Sommer, bei gutem Wetter und am Freitag/Samstag erhöht sich die Anzahl der Frauen und sie werden für die AnwohnerInnen sichtbarer, vor allem im Sommer durch ihre freizügige Kleidung und hörbarer durch die nächtlich geöffneten Fenster.
Im westlichen Teil der Kurfürstenstraße prostituieren sich nur ab den Abendstunden ausschließlich professionell arbeitende Frauen, die kaum Beschwerden und Störungen seitens der AnwohnerInnen hervorrufen.

1 Etwa 20 % sind Transfrauen (Mann zur Frau Transsexuelle), die meisten von ihnen haben im Brustbereiche eine Geschlechtsanpassung vollzogen, nur ganz vereinzelt vollziehen sie eine komplette Geschlechtsanpassung. Die Mehrheit tritt im weiblichen Dresscode auf (Perücke, entsprechend geschminkt und gekleidet).

Aktuelle Situation

Es sind insgesamt nur noch wenige Orte vorhanden, an denen die verabredete sexuelle Dienstleistung vollzogen werden kann. Im Gebiet existiert nach Beschreibung der befragten Prostituierten in der Nähe ein kleines Stundenhotel (Steinmetzstraße), das sechs Zimmer (eines davon steht nicht zur Verfügung) hat und für 10 Euro die halbe Stunde vermietet. Hier müssen die Frauen manchmal anstehen. Es ist relativ heruntergekommen, so wird auch nicht durchgängig sauber gemacht und es gibt selten frische Bettwäsche. Etwas weiter entfernt (Nähe Nolldendorfplatz) besteht ein weiteres Hotel, in dem Zimmer stundenweise für 15 Euro gemietet werden können, das nach Beschreibung der Prostituierten weitaus schönere Zimmer hat und eben wie ein Hotel betrieben wird, d.h. hier sind die Zimmer „gemacht". Nachteil ist, dass es hier oft schwierig ist, einen Parkplatz zu finden.
Wenn die Kunden „nicht auf Pension" gehen wollen, weil es ihnen nicht gefällt oder weil sie die Zimmermiete nicht extra aufbringen wollen, besteht noch die Möglichkeit in eine der Video-Kabinen des LSD-Hauses zu gehen, die aber als eng und sehr warm beschrieben werden. Der ehemalige Swinger-Club in der Zietenstraße scheint auch immer wieder dafür genutzt worden zu sein. Laut Beschreibung der Frauen sind dort eng aneinander gereihte abgeteilte Nischen vorhanden, in denen man die sexuellen Handlungen vollziehen kann. Aber auch hier ist es eng und vor allem sehr schlecht belüftet. Es gibt keine Fenster.
Auch manche der Anwohner vermieten laut Aussagen von ExpertInnen der Sozialen Projekte und der befragten AnwohnerInnen Zimmer an die Prostituierten.

Manche der Kunden kommen zu Fuß, die meisten jedoch mit dem Auto. Viele der Autofahrer bevorzugen es, auch den Sex im Auto zu vollziehen. Mit ihnen fahren die Sexarbeiterinnen zu bestimmten Plätzen in der näheren Umgebung. Die Frauen haben ausgewählte Orte, die sie bevorzugen (ruhig, nicht gut einsehbar). Die meisten kennen die nähere Umgebung recht gut. Durch die veränderte Lage des Viertels, von der Stadtrandlage zu Mauerzeiten zum Stadtteil der zentralen Innenstadt, verschwinden zunehmend die Brachflächen und Möglichkeiten, das Geschäft diskret am Rande abzuwickeln. Es verlagert sich so zunehmend in die bewohnten Gegenden.
In der Nacht und wenn erwünscht vollziehen die Frauen laut ihrer Beschreibung das Geschäft auch mal mehr oder weniger an Ort und Stelle, d.h. in der direkten Umgebung. So z.B. in der Gegend rund um das Kaufhaus Möbel Hübner, am Magdeburger Platz oder auch hinter der Zwölf-Apostelkirche oder unter dem Bülowbogen.
Tagsüber haben manche der Prostituierten auch schon die City-Toiletten, die sich in der Nähe befinden, mit einem Kunden aufgesucht und dafür genutzt. Die Toiletten kosten 50 Cent, sind normalerweise sauber und gehen automatisch nach 20 Minuten wieder auf. „Perfekt", wie eine Prostituierte lächelnd meinte, „die Zeit reiche völlig aus". Das Geschäft ist laut ihrer Beschreibung meist spätestens nach zehn Minuten erledigt. Leider sind die Toiletten in der Nacht geschlossen.
Nach Aussagen der Prostituierten und der ExpertInnen der Sozialen Projekte gehen sie, wenn möglich am liebsten, mit den Kunden in ein Stundenhotel.

Aktuelle Situation

Die Prostituierten können sich neben den Cafés der sozialen Projekte in den einschlägigen kommerziellen Cafés aufhalten (Adler, Adler II und gegenüber in der Kurfürstenstraße das Café sowie der Spätkauf an der Ecke Froben/Bülowstraße), dort können sie sich ausruhen, aufwärmen oder auch mal die Toilette benutzen.
In der südlichen Frobenstraße (unterhalb der Bülowstraße) prostituieren sich ausschließlich Transgender, die sogenannten transsexuellen Frauen. Sie beginnen mit ihrer Arbeit mit Anbruch der Dunkelheit und arbeiten bis in die Morgenstunden, täglich mindestens 3 bis zu 15 Prostituierte. Sie sind meist aus Bulgarien und Lateinamerika und haben keine Zuhälter, sind jedoch häufig Pöbeleien und Angriffen seitens der männlichen Bevölkerung v.a. Jugendlichen und auch der Kunden ausgesetzt.
In dem südlichen Teil der Frobenstraße sind keinerlei Orte und Möglichkeiten vorhanden, um auf die Toilette zu gehen, sich umzuziehen, zu schminken, dazu müssen sie die Bülowstraße überqueren, um zum Spätkauf zu gelangen. Orte um sexuelle Handlungen zu vollziehen, bestehen auch für sie kaum (siehe Beschreibung oben).

Von außen betrachtet arbeiten wenige(r) drogenabhängige Frauen vor Ort. Im Expertengespräch sagt hierzu eine Vertreterin von Olga, dass sich zwar das äußerliche Erscheinungsbild der Konsumentinnen und Sex-Arbeiterinnen gewandelt hat - früher waren es mehr „klassischen Junkie-Frauen á la Christiane F.“ und dadurch deutlich sichtbarer – , dass heute dennoch mindestens zwei Drittel der Prostituierten Drogen gebrauchen. Sie schätzt, dass etwa 70 der Prostituierten im Kiez die Frauenberatungsstelle Olga aufsuchen.
60 % der Klientinnen von Olga nehmen Heroin/Kokain in verschiedener Form (intravenös, Folie, Crack etc.), 30 % sind von rezeptpflichtigen (Schmerz-, Beruhigungs-, Aufputschmittel) und illegalen Drogen (z.B. Metamphetamin/ Amphetamin zum Durchhalten, Cannabis zum Abschalten) abhängig. Daneben gibt es noch die klassischen Alkoholikerinnen oder Alkohol abhängigen Frauen, die zusätzlich noch das ein oder andere dazu konsumieren. Höchstens 5-10 % der Frauen, die Olga aufsuchen, sind nach Einschätzung der Expertin relativ „clean oder sehr selbstbeherrscht, was den Konsum oder auch das Zeigen von Konsum / Sucht angeht“.

Eingang des Frauentreffs Olga auf der Kurfürstenstraße

Rund um die Frauen existieren mehr oder weniger sichtbar unterschiedliche Formen des „Kümmerns“ und des „Managements“. Wie stark die Zuhälterei, auch in größerem Ausmaß, vertreten ist, lässt sich nicht genau feststellen. Die drogenabhängigen Frauen, die sich prostituieren, scheinen für die Zuhälter relativ uninteressant zu sein. Ihnen wird Unzuverlässigkeit und ein hoher Finanzierungsbedarf aufgrund ihres Drogenkonsums zugeschrieben. Eine solche Zuhältern ähnliche Rolle übernehmen offenbar häufig die drogenkonsumierenden Partner oder „andere männliche Konsumenten, die dafür bezahlt werden, dass sie einen gewissen Schutz während des Anschaffens bieten“ (vgl. Langer 2010:188).

Manche ExpertInnen sagen, dass die Zuhälterei etwa die Hälfte aller Frauen rund um die Kurfürstenstraße betrifft, manche schätzen,

Aktuelle Situation

dass es mehr sind und dass nahezu keine Frau ohne Zuhälter arbeitet. Sichtbar sind momentan vor allem ungarischen Männer, da sie sich dort mit ihren Autos (mit ungarischen Kennzeichen) bewegen.

So gut wie alle Prostituierte in dem Viertel rund um die Kurfürstenstraße leben legal in Deutschland und haben eine Steuernummer, sind also beim Finanzamt angemeldet (Escort-Service oder ähnlich). Dies wird laut Aussagen einiger ExpertInnen regelmäßig überprüft. Grundsätzlich können Prostituierte bisher in den meisten Kommunen und Städten ihre Tätigkeit nicht als Gewerbe anmelden, da es sich bei der Prostitution immer noch um eine Dienstleistung handelt, die im Sinne der Gewerbeordnung nicht anerkannt ist. Prostituierte können daher freiberuflich als Selbständige oder als Angestellte arbeiten und müssen sich damit – ob Deutsche oder EU-Angehörige – in jedem Fall beim Finanzamt anmelden und sich eine Steuernummer geben lassen. Diese Steuernummer besitzen laut Aussage der Polizei auch so gut wie alle Prostituierte auf dem Straßenstrich rund um die Kurfürstenstraße.

Hinsichtlich der Kunden kann man sagen, dass der Freieranteil an der sexuell aktiven männlichen Bevölkerung, nimmt man einen Mittelwert der in Studien genannten Zahlen und Schätzungen [3] an, bei etwa 20 bis 30% liegt. Dabei werden als Kunden von Prostituierten diejenigen gefasst, die relativ regelmäßig, d.h. zwischen ein Mal im Jahr bis zu zwei Mal wöchentlich Prostituierte aufsuchen [4]. Rund um die Kurfürstenstraße kann man sicherlich von täglich mindestens 100, durchschnittlich 200 und zu Hochzeiten bis zu 600 Freier ausgehen, die dort unterwegs sind, legt man durchschnittlich 40 Prostituierte zugrunde, die durchschnittlich 5 Freier am Tag bedienen, so wären damit täglich rund 200 Freier im Viertel unterwegs. Sie geben etwa 20 bis 40 Euro für sexuelle Dienstleistungen aus, nach dieser durchschnittlichen Berechnung, die eher vorsichtig und niedrig kalkuliert ist, also täglich 6.000 Euro. Es ist unbestritten, dass das Prostitutionsgewerbe ein Wirtschaftsfaktor ist. Es könnte unter Umständen auch anders in das Viertel eingebunden werden.

Weiterhin wird in den wenigen Untersuchungen, die es zu dem Kundenaspekt gibt, deutlich, dass Männer, die Prostituierte aufsuchen, bezüglich ihrer sozio-demographischen Daten (Alter, Bildungsstand, Schicht) unauffällig sind. Sie entsprechen dem Durchschnitt der deutschen Männer. Auch die Einstellungen und Verhaltensweisen bezüglich anderer Themen geben den Durchschnitt wieder. Es besteht also ein „Jedermann-Aspekt“.

3 Hydra 1991 /Kleiber 1994 / Velten 1994 / Rothe 1997 / Grenz 2005

4 Etwa 75% der Männer gehen in ihrem Leben ein Mal zu einer Prostituierten, um es mal auszuprobieren und ohne Kunden in dem oben genannten Sinne zu werden

4. Akteure

Akteure

Rund um die Prostituierten in der Kurfürstenstraße arbeiten und agieren eine Vielzahl an AkteurInnen. Von den Trägern der Sozialen Arbeit kümmern sich sieben Projekte zu unterschiedlichen Zeiten vor allem mit den Arbeitsschwerpunkten Drogenabhängigkeit und Obdachlosigkeit um die Frauen rund um die Kurfürstenstraße, Prostitution ist bei fünf von Ihnen erst in zweiter Linie von Bedeutung .

Frauentreff Olga

Der Frauentreff Olga ist Teil des Berliner Notdienst für Suchtmittelgefährdete und –abhängige Berlin e.V., ein Träger, der drogengefährdete und drogenabhängige Menschen betreut. Zielgruppe von Olga sind so auch vor allem „drogenabhängige Frauen, die der Beschaffungsprostitution nachgehen, sowie andere Prostituierte mit unterschiedlichen Problemlagen: z.B. anderen Süchten, psychischen Erkrankungen, Obdachlosigkeit, Transsexualität, fehlendem Krankenversicherungsschutz, Gewalterfahrungen etc. sowie Frauen mit Migrationshintergrund (insbesondere Frauen aus Osteuropa)“ (vgl. www.drogennotdienst.de/content/wirbieten/wb_angebotefrauen.html). Olga ist mit einem Kontaktladen in Form eines Cafés direkt an der Kurfürstenstraße vertreten. Neben der klassischen beratenden Sozialarbeit im Einzelfall bestehen hier Projekte und Angebote für die Frauen, so z.B. Kunst-, Näh und Hauswirtschaftsprojekte, eine Rechtsberatung und eine Polizeisprechstunde. Die Frauen können hier auch ihre Spritzen tauschen, Kondome erhalten, duschen und sich ausruhen. Zudem ist eine medizinische Grundversorgung durch eine Ärztin, die zu bestimmten Stunden vor Ort ist, gegeben. Als ein weiterer wichtiger Schwerpunkt besteht das Pilotprojekt Osteuropa, dessen Zielgruppe insbesondere die Prostituierten aus Mittel- und Osteuropa sind.

Wochenplan von Olga

Café Neustart

Neben dem Frauentreff Olga gibt es das Café Neustart, dass sich als christliche Lebenshilfe versteht. An vier Wochentagen ist es für die sich prostituierenden Frauen und Drogenabhängigen geöffnet, MitarbeiterInnen stehen dann „für persönliche und geistliche Gespräche zur Verfügung“ (vgl. www.neustart-ev.de), darüber hinaus werden auch Begleitungen bei der Bewältigung schwieriger Lebenssituationen angeboten und regelmäßig Streetwork rund um die Kurfürstenstraße (und auf der Oranienburger Straße) unternommen.

Gangway

Gangway „richtet sich an Wohnungslose, von Wohnungslosigkeit bedrohte Volljährige und Menschen, die sich in vergleichbaren schwierigen Lebenslagen befinden sowie deren soziales Umfeld“ (vgl. www.gangway.de). Sie arbeiten schwerpunktmäßig mit obdachlosen Menschen und machen aufsuchende Sozialarbeit. So sind sie auch in der Kurfürstenstraße zwei Mal wöchentlich abends mit einem dafür entsprechend ausgestatteten Bus vor Ort und bieten Gespräche und Beratung an und machen Rundgänge.

Fixpunkt

Die Schwerpunkte von Fixpunkt e.V. liegen in Gesundheitsförderung bei DrogenkonsumentInnen, der Beschäftigungsförderung bei substituierten Drogenabhängigen und der Unterstützung von Selbstorganisation bzw. Selbsthilfe. Arbeitsbereiche sind der Betrieb von Spritzenautomaten sowie niedrigschwellige mobile sozialarbeiterische und

Akteure

medizinische Unterstützung rund um den Drogenkonsum. In Schöneberg betreibt Fixpunkt zwei Spritzenautomaten, in der Bülowstraße/ Potsdamer Straße und der Kurfürstenstraße. Ein Mal wöchentlich sind MitarbeiterInnen von Fixpunkt mit dem Gesundheitsmobil vor Ort (vgl. www.fixpunkt.org).

Mittwochsinitiative

Darüber hinaus besteht die Mittwochsinitiative e.V. für drogengebrauchende Menschen in den Räumen der Zwölf-Apostel Gemeinde. Es ist ein niedrigschwelliges Kontaktangebot. Jeden Mittwoch von 19 bis 22 Uhr werden Spritzen getauscht, Kleidung und warme Mahlzeiten ausgegeben. Darüber hinaus bestehen Möglichkeiten der Beratung und der Weiterleitung in andere Drogenhilfeeinrichtungen. Der Verein arbeitet seit 10 Jahren in Kooperation mit Fixpunkt e. V. ehrenamtlich in den Bereichen Drogenprophylaxe und Aids-Prävention. „Ziel ist auch, die Situation für Anwohnerinnen und Anwohner zu verbessern. Nicht zuletzt aufgrund der weiterhin angespannten Situation rund um die Kurfürstenstraße setzt sich die Mittwochs-Initiative e. V. für neue Wege in der Drogenpolitik ein, beispielsweise für die Einrichtung von Druckräumen“ (vgl. www.zwoelf-apostel-berlin.de/infos/mittwochsini).

Subway

Zwei Projekte haben einen klaren Schwerpunkt in der Arbeit mit Prostituierten: Subway ist ein Projekt „nur für Jungs, die anschaffen“ (vgl. www.subway-berlin.de), ein Projekt für mann-männliche Prostituierte unter 27 Jahren. In den Räumen der Beratungsstelle befinden sich eine Kleiderkammer, Duschen, Waschmaschinen und Ruheräume, die jugendliche Stricher nutzen können. Zudem werden Gespräche, Freizeitangebote und ärztliche Hilfe angeboten. Die Mitarbeiter der Beratungsstelle suchen dankenswerter Weise nach Beendigung ihrer üblichen Streetwork im Rahmen der von ihnen regelmäßig geleisteten aufsuchenden Sozialarbeit zusätzlich ein bis zwei Mal in der Woche die transsexuellen Prostituierten in der Frobenstraße auf. Hierfür stehen ihnen bis heute keine Gelder zur Verfügung. Es sollte darüber nachgedacht werden, für diese Arbeit zumindest eine minimale Grundfinanzierung zu gewährleisten, da insbesondere die transsexuellen Prostituierten von Gewalt betroffen sind.

Hydra

Hydra als Treffpunkt und Beratungsstelle für Prostituierte (vgl. www.hydra-berlin.de) ist für Gesamt-Berlin zuständig und arbeitet nicht explizit mit drogengebrauchenden Frauen. Auf Grund dessen sind sie nur teilweise bis wenig in und rund um die Kurfürstenstraße präsent.

Zwei Quartiersmanagements

Zentrale Akteure in den Vierteln waren und sind vor allem die beiden Quartiersmangements (QM) Tiergarten-Süd und Schöneberg-Nord (siehe unter: www.schoeneberger-norden.de und www.tiergarten-sued.de). Durch direkte Gespräche und öffentliche Debatten moderierten und leiteten sie auch die lokalen Aushandlungsprozesse (vgl. Künkel 2008), so auch bei den Diskussionen rund um die Prostitution. Das Programm „Soziale Stadt“ aus dem heraus sie entstanden sind, hat eine sogenannte Aufwertung oder auch Stabilisierung von benachteiligten Stadtteilen zum Ziel und fördert die Aktivierung von AnwohnerInnen und die Vernetzung von Gewerbetreibenden, gerade auch im Hinblick auf soziale, politische und wirtschaftliche Fragen und Probleme. Wichtige Arbeitsaufträge sind die Aktivierung, Vernetzung

und Verbesserung der Kommunikation untereinander sowie die Erhöhung der Identifizierung mit dem Viertel (vgl. Schröder 2010:52). Hierfür wurden vielfältige Aktivitäten hinsichtlich der Bürgerbeteiligung und der Initiierung sowie Unterstützung lokaler Projekte gestartet. Ein zentrales Ziel dabei ist auch, mit dieser Arbeit das Konfliktniveau in den Stadtvierteln zu verringern und gering zu halten.
Die Haltung beider QMs zu Prostitution unterscheidet sich zwar graduell, kann aber grundsätzlich als ambivalent bezeichnet werden. Einerseits wird Prostitution von beiden als Arbeit anerkannt und im Zusammenhang mit Armut und Drogengebrauch auch als ein gesundheitliches und soziales Problem definiert. Andererseits gelten beiden QMs das Umfeld (Zuhälter, Kunden), die Sichtbarkeit der Frauen, aber vor allem die Auswirkungen der Prostitution, z.B. durch Lärm und Müll [5], im Hinblick auf das Quartier als Störung und Belastung. Zum einen weil es immer wieder Beschwerden seitens der AnwohnerInnen hervorruft, zum anderen weil es ihrer Einschätzung nach den „Ruf" des Viertels beeinträchtigt.
So bestehen unterschiedliche Einschätzungen darüber, inwieweit ein Recht der Prostituierten auf Anwesenheit im Viertel besteht – im Sinne „Die Prostituierten waren schon immer da." – oder ob mit der Sichtbarkeit und dem „Elendscharakter" der Prostitution eine solche „Schädigung des Images" und ein „Entwicklungshemmnis" (vgl. Künkel 2008:181/182) für das Viertel gegeben ist, wogegen soweit wie möglich vorgegangen werden muss. Bei letzterer Einschätzung stellt die Prostitution, d.h. stellen die Frauen mit ihrer Tätigkeit, im Prinzip eine unerwünschte oder verfehlte Raumnutzung dar.
Grundsätzlich kritisch zu betrachten ist hierbei sicherlich, dass durch das Programm `Soziale Stadt´ die entsprechenden städtischen Quartiere erst als benachteiligt definiert und festgelegt wurden und dass es in der Diskussion über die Umsetzung der Ziele, d.h. die sogenannte Aufwertung oder auch Stabilisierung von benachteiligten Stadtteilen, offensichtlich auch immer wieder Überlegungen und Diskussionen über eine „sinnvolle" Zusammensetzung der Wohn-/Arbeitsbevölkerung gibt. Das heißt es flammt immer wieder eine Diskussion über gesellschaftliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit bzw. Erwünschtheit oder Nicht-Erwünschtheit bestimmter Menschen oder Gruppen im Stadtteil auf.

Maßnahmen in der Frobenstraße: Alternierendes Parken und Durchfahrtverbot für die Nacht

Insgesamt geht man aber inzwischen bei beiden QMs davon aus, dass das Sexgewerbe – angesichts der langen Bestandsdauer vor Ort und einer nicht vorhandenen Sperrgebietsverordnung in Berlin – letztlich nicht verdrängt werden kann und man damit irgendwie leben muss. Konsens und Zielsetzung, die sich im Zuge der Debatten in den Quartieren herausgebildet haben, sind: Minimierung der Störungen und Belastungen vor allem für die AnwohnerInnen, aber auch für die Gewerbetreibenden (ohne Berücksichtigung des Prostitutionsgewerbes).
So wird auf der einen Seite versucht, die Anbahnung an bestimmten Orten und die Ausübung der Prostitution in der Öffentlichkeit möglichst zu behindern und einzudämmen oder zu verhindern. Dies ist bereits durch Reduzierung der Räume für die Straßenprostitution geschehen, z.B. durch Sperrungen von Straßen, Unbrauchbarmachung von öf-

5 Genaueres dazu siehe nachfolgendes Kapitel Problembeschreibungen

Akteure

Aktion von Olga

fentlichen Flächen und Neugestaltung öffentlicher Grünflächen. Zugleich wurden auf der anderen Seite kommunikative und erzieherische Maßnahmen ergriffen, die das Ziel hatten, das Verständnis auf allen Seiten zu erhöhen und Verhaltensveränderungen herbei zu führen, insbesondere auf Seiten der (aus den neuen EU-Ländern zugewanderten) Prostituierten. Mit diesem kombinierten Herangehen versuchte man, ganz im Sinne des Programms, die Belastungen und Störungen für die AnwohnerInnen und Gewerbetreibenden und damit auch die Konflikte möglichst gering zu halten - und ließ damit logischer Weise in der Folge immer wieder neue Konflikte entstehen, die durch diese Verdrängung verursacht wurden.
Die Strategie der QMs kann somit als reaktiv und eher repressiv hinsichtlich der Auswirkungen der Prostitution und als sozial und eher akzeptierend bis erzieherisch hinsichtlich der Prostituierten im Viertel beschrieben werden. So wurden vereinzelt Projekte gefördert, u.a. das Sprachmittlerinnen-Projekt, das Prostituierte aus den neuen EU-Ländern über angemessenes Verhalten und entsprechende Kleidung im Viertel durch Sprachmittlerinnen aufklären soll.

Für das seit 1885 dort bestehende Prostitutionsgewerbe wurde jedoch kein eigenes oder gemeinsames Konzept, das Prostitution als ein Gewerbe des Stadtviertels begreift, das vielleicht auch positive Wirkungen haben könnte, erstellt. Es wurde auf Grund der beschriebenen Ambivalenzen und Haltungen und der Zielsetzungen des Programms `Soziale Stadt´ konzeptionell für die Entwicklung des Quartiers als Gewerbe nie mitgedacht und somit auch nicht mitentwickelt.

Präventionsteams der Polizei

Weiterhin gründete die Polizei für eine verbesserte Zusammenarbeit mit Verwaltung, Wirtschaft, Hilfseinrichtungen, Anwohnern und der Homosexuellenszene Mitte/ Ende der 1990er Jahre Präventionsteams. Diese Teams betreiben heute auf der Grundlage eines niedrigschwelligen Gesprächsangebotes im Viertel Gewalt- und Kriminalitätsprävention. Dazu findet unter anderem auch eine kontinuierliche Vernetzung mit allen in diesem Bereich relevanten Behörden, Institutionen und natürlich mit den Betroffenen statt. Durch die VertreterInnen der Präventionsteams vor Ort pflegt die Polizei den Erfahrungsaustausch mit AnwohnerInnen, den Einrichtungen der Bezirke und den VertreterInnen der Sozialen Arbeit, insbesondere auch über die sich kontinuierlich treffende „Fachgruppe Kurfürsten“. Diese Polizeiarbeit an der Kurfürstenstraße ist grundsätzlich deeskalierend ausgerichtet. Daneben überprüft das Berliner LKA Delikte wie Zuhälterei und Menschenhandel.

Fachgruppe Kurfürsten

Die Fachgruppe Kurfürsten hat sich als ein sehr wichtiges Netzwerk von VertreterInnen der Sozialen Projekte und der Polizei etabliert, das sich regelmäßig austauscht, aufeinander abgestimmte und gemeinsame Interventionsmöglichkeiten bespricht und gegebenenfalls Projekte initiiert und auch Hilfsangebote unterbreitet. Aus dieser Fachgruppe sind bereits mehrere Projekte entstanden, u.a. die unbefristete Finanzierung der SprachmittlerInnen, die von Olga e.V. vor Ort eingesetzt werden, die Anwohnermediation und Bürgersprechstunden, die Schulungen von ErzieherInnen, LehrerInnen. Durch diese langjährig

gewachsene Arbeit und dieses funktionierende Netzwerk bestehen gute Kenntnisse der Sachlage vor Ort und können präventive Maßnahmen entsprechend auch entwickelt und umgesetzt werden.
Daneben setzten sich zahlreiche VertreterInnen verschiedener Senatsverwaltungen, der betroffenen Bezirke und mitunter LeiterInnen von Kindertagesstätten und Schulen sowie engagierte AnwohnerInnen mit dem Thema auseinander.
Es haben laut Senatsverwaltung (vgl. Abgeordnetenhaus/ Kleine Anfrage 2008:2) in den letzten Jahren zahlreiche bezirks-, behörden- und ressortübergreifende Gesprächsrunden mit allen beteiligten und hier aufgeführten AkteurInnen stattgefunden.
Zudem gibt es einen Zusammenschluss von Gewerbetreibenden der Potsdamer Straße, die sich zurzeit allerdings eher wenig mit dem Thema beschäftigen.

5. Bisherige Maßnahmen

Bisherige Maßnahmen und Aktionen der betroffenen Bezirke können als eine Mischung aus reaktiv-repressiven und aktiv-akzeptierenden beschrieben werden. So orientierten sie sich zum einen an der Eindämmung und Ver-/Behinderung von Prostitution in stadträumlicher Hinsicht. Mögliche Veränderungen wurden an infrage kommenden Plätzen und Straßen eingeleitet oder umgesetzt. An dieser Stelle wird mühsam versucht, das Ganze „einzudämmen“ und nicht einfach „ausufern“ zu lassen. Zum anderen wurden soziale, kommunikative und mediative Maßnahmen für die AnwohnerInnen, in Form von unterschiedlichen Versammlungen, Treffen, Bürgersprechstunden und Vorträgen, aber auch in Form von Schulungen für die im Viertel arbeitende Menschen, ergriffen. Hier wird mittels Informationen und Gesprächen stark für eine gegenseitige Akzeptanz und Rücksichtnahme gearbeitet und geworben. Nachfolgend eine nicht abschließende Übersicht über die bisher erfolgten Maßnahmen und Vorhaben:

Bisherige Maßnahmen

Bisherige Aktionen:	Intentionen:
(Unechte) Einbahnstraßen eingerichtet	Freiersuchverkehr behindern
Durchfahrtsverbot für die Nacht – nur für AnwohnerInnen gestattet	Freiersuchverkehr ver- und behindern
Alternierendes Parken und Poller – Querparken in der Frobenstraße	Freiersuchverkehr verlangsamen und erschweren
Wartehäuschen der BVG in der Frobenstraße entfernt	Aufenthalt der Prostituierten vor der Kita erschweren bis verhindern
Kurmärkische Straße auf einer Seite gesperrt	Freiersuchverkehr verhindern

Bisherige Aktionen:	Intentionen:
Durchgänge für Autofahrer an der Apostelkirche gesperrt	Freiersuchverkehr verhindern
Spielplatz Frobenstraße Büsche beschnitten, Tischtennisplatte entfernt	Beseitigen von schlecht einsehbaren Orten („dunklen“ Orten, „Angsträume“), an denen u.U. sexuelle Handlungen vollzogen werden
Einzäunen des Spielplatzes, er ist nur mit Schlüssel zu betreten (neben dem Jugend-Freizeitheim Frobenstraße)	Beseitigen von Rückzugsorten, „dunklen“ Orten zur Ausübung der Prostitution
Zeiten der City-Toilette verkürzt, nachts deren Schließung veranlasst	Erschweren und Verhinderung der Ausübung von Prostitution
Sperrzeiten vor Kitas, Kirchen, Schulen gefordert	Keine bezirkliche Zuständigkeit Politisch nicht durchsetzbar
Laufhaus verhindert	1. Instanz: gewonnen 2. Instanz: Berufung zugelassen, Berufungsverfahren läuft
Netz von Trägern gebildet Hydra, Olga, etc.	Austausch über Situation im Viertel, Situation der Prostituierten, Veränderungen und möglichen Konflikten
Projekt Sprachmittlerinnen eingerichtet – Beschäftigung von Sozialarbeiterinnen mit einschlägigen Sprachkenntnissen	Einflussnahme auf Prostituierte, Änderung ihres Verhaltens und ihrer Kleidung
Bürgersprechstunden vor Ort eingerichtet	Anlaufstelle für Beschwerden, Informationen geben, Lösungen suchen
Verschiedene Veranstaltungen (Vorträge, Kunstprojekte) zum Thema durchgeführt	Informationen geben, Diskussionen ermöglichen
Schulungen von ErzieherInnen und PädagogInnen	Informationen und Hilfestellung geben, Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglichen
Unzählige „Runde Tische“ und Bürgerversammlungen	Information geben, Beschwerden hören, Diskussionen ermöglichen
Thema in der BVV	Diverse Beschlüsse
Projekt mit dem ZTG der TU Berlin	Analyse, neue Ideen und Ansätze, u.U. zur Freierarbeit

Die Maßnahmen waren mehr oder weniger erfolgreich an den Orten und Plätzen, an denen sie vorgenommen wurden, d.h. es fand eine gewisse Verdrängung statt. Hier konnten Störungen der AnwohnerInnen zeitweise oder teilweise behoben werden. Die Prostitutionsausübung wurde damit allerdings auch an andere Orte, in andere ruhigere und wenig einsehbare Straßen im Viertel verdrängt, wo sich dann wiederum die dort lebenden AnwohnerInnen beschwerten.
Die genannten Maßnahmen halten die Prostituierten in einer gewissen Bewegung, dadurch entsteht an den Rändern der Haupt(Kern)gebiete der Prostitution eine mäandernde Form. So verschwinden die dort arbeitenden Frauen in manchen Straßenabschnitten und tauchen in neuen wieder auf. Das hat zur Folge, dass die dortigen BewohnerInnen davon ausgehen, dass sich die Prostitution schlicht ausweitet und nun auch bei ihnen angelangt ist. Das weckt Ängste vor einer sich ausbreitenden „Rotlichtszene“ und bringt weitere, neue BürgerInnen dazu, sich zu empören und zu beschweren.

6. Gesetze

Gesetze

Angesichts der immer wiederkehrenden Diskussionen und Unklarheiten um die rechtlichen Rahmbedingungen werden im Folgenden die wichtigsten Gesetze kurz aufgeführt und beschrieben.

6.1. Prostitutionsgesetz (ProstG)

Prostitutionsgesetz
Förderung / Ausbeutung

Der Deutsche Bundestag verabschiedete am 19. Oktober 2001 das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (Prostitutionsgesetz – ProstG), das mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in Kraft trat.
Der Bundestag hat sich mit dem Prostitutionsgesetz für eine sehr begrenzte Regulierung des gesellschaftlichen Phänomens Prostitution, das heißt für Reformen vor allem im Zivilrecht und geringfügig im Strafrecht, entschieden. Prostitution wurde dabei als gegeben angesehen, weder eine Abschaffung noch eine Aufwertung stand im Mittelpunkt. Zentral waren die Verbesserungen der sozial- und zivilrechtlichen Verhältnisse in der Prostitution zugunsten derjenigen Frauen und Männer, die freiwillig ihren Lebensunterhalt durch Prostitution bestreiten (vgl. BMFSFJ 2007).
Rechtspolitisches Ziel war es, die rechtliche Benachteiligung von Prostituierten zu beseitigen, die aus der Bewertung der Prostitution als sittenwidriges und damit unwirksames Rechtsgeschäft (§ 138 BGB) entstanden war. Mit der Rechtswirksamkeit des Geschäfts, der Vereinbarung sexuelle Handlungen gegen Entgelt zu leisten, und der Möglichkeit eine abhängige Beschäftigung anzunehmen, wurde der Zugang zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung) eröffnet.
Die Veränderungen im Einzelnen verdeutlicht nachfolgende Übersicht:

Gegenüberstellung der alten, vorher angewendeten Gesetzestexte und des seit 2002 gültigen Prostitutionsgesetzes	
Alte Gesetze	**Neue und geänderte Gesetze**
Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) § 138 BGB Sittenwidriges Rechtsgeschäft; Wucher (1) ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig. (2) Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Zwangslage, der Unerfahrenheit, des Mangels an Urteilsvermögen oder der erheblichen Willensschwäche eines anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, die in einem auffälligen Mißverhältnis zu der Leistung stehen. (Dieser Paragraph als solcher bleibt bestehen, ist aber nicht mehr anzuwenden.)	Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse von Prostituierten (Prostitutionsgesetz - ProstG) § 1 Sind sexuelle Handlungen gegen ein vorher vereinbartes Entgelt vorgenommen worden, so begründet diese Vereinbarung eine rechtswirksame Forderung. Das Gleiche gilt, wenn sich eine Person, insbesondere im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses, für die Erbringung derartiger Handlungen gegen ein vorher vereinbartes Entgelt für eine bestimmte Zeitdauer bereithält. §2 Die Forderung kann nicht abgetreten und nur im eigenen Namen geltend gemacht werden. Gegen eine Forderung gemäß § l Satz l kann nur die vollständige, gegen eine Forderung nach § l Satz 2 auch die teilweise Nichterfüllung, soweit sie die vereinbarte Zeitdauer betrifft, eingewendet werden. Weitere Einwendungen oder Einreden sind ausgeschlossen. §3 Bei Prostituierten steht das eingeschränkte Weisungsrecht im Rahmen einer abhängigen Tätigkeit der Annahme einer Beschäftigung im Sinne des Sozialversicherungsrechts nicht entgegen.

Zugunsten des sexuellen Selbstbestimmungsrechts von Prostituierten wurde es als notwendig erachtet, das Weisungsrecht von Arbeitgebern weitgehend einzuschränken. Keine Prostituierte sollte aufgrund eines solchen Weisungsrechts dazu verpflichtet werden können, gegen ihren Willen einen bestimmten Kunden bedienen oder bestimmte Sexualpraktiken ausüben zu müssen.

Zum anderen war es Intention des Gesetzes, die soziale Lage der Prostituierten insgesamt zu verbessern. Zielsetzung war, die Tätigkeit von Prostituierten in geordnete Beschäftigungsverhältnisse münden zu lassen, die ihre Abhängigkeit von Zuhältern und anderen reduzieren und ihre Arbeitssituation hinsichtlich gesundheitlicher und hygienischer Rahmenbedingungen verbessern sollte. Dies sollte durch die Regelungen der §§ 1–3 ProstG und die gleichzeitige Einschränkung der Strafbarkeit der Förderung der Prostitution auf Fälle der Ausbeutung von Prostituierten (Änderung der §§ 180a, 181a StGB) ermöglicht werden:

Änderung des Strafgesetzbuches	
§ 180 a StGB Förderung der Prostitution	§ 180 a StGB Ausbeutung von Prostituierten
(1) Wer gewerbsmäßig einen Betrieb unterhält oder leitet, in dem Personen der Prostitution nachgehen und in dem 1. diese in persönlicher oder wirtschaftlicher Abhängigkeit gehalten werden oder 2. die Prostitutionsausübung durch Maßnahmen gefördert wird, welche über das bloße Gewähren von Wohnung, Unterkunft oder Aufenthalt und die damit üblicherweise verbundenen Nebenleistungen hinausgehen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.	(1) Wer gewerbsmäßig einen Betrieb unterhält oder leitet, in dem Personen der Prostitution nachgehen und in dem diese in persönlicher oder wirtschaftlicher Abhängigkeit gehalten werden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Ebenso wird bestraft, wer 1. einer Person unter achtzehn Jahren zur Ausübung der Prostitution Wohnung, gewerbsmäßig Unterkunft oder gewerbsmäßig Aufenthalt gewährt oder 2. einen anderen, dem er zur Ausübung der Prostitution Wohnung gewährt, zur Prostitution	(2) Ebenso wird bestraft, wer 1. einer Person unter achtzehn Jahren zur Ausübung der Prostitution Wohnung, gewerbsmäßig Unterkunft oder gewerbsmäßig Aufenthalt gewährt oder 2. einen anderen, dem er zur Ausübung der Prostitution Wohnung gewährt, zur Prostitution anhält oder im Hinblick auf sie ausbeutet.

Mit dem Gesetz wurde auch die Erwartung verknüpft, dass die kriminellen Begleiterscheinungen der Prostitution zurückgedrängt und die Ausstiegsmöglichkeiten für Prostituierte erleichtert würden. Prostitution sollte dabei kein „Beruf wie jeder andere“ werden.

Zudem ist grundsätzlich Prostitution mit unter 18-Jährigen [6] für die Kunden strafbar. Personen aus den alten EU-Ländern können in allen Bereichen des Sexgewerbes, aus den neuen EU-Beitrittsländern jedoch nur als Selbständige, legal arbeiten. Personen aus Nicht EU-Ländern brauchen einen entsprechenden Aufenthaltsstatus mit Arbeitserlaubnis.

6 Mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe oder Geldstrafe bedroht sind Personen über 18 Jahren, die mit einer Person unter 18 Jahren gegen Entgelt sexuelle Handlungen ausüben (§182)Abs. 1 Nr. 1 StGB).
Eine 16- oder 17-jährige Person für sexuelle Dienstleistungen zu entlohnen, ist dabei erst seit dem 6. November 2008 strafbar, als in Deutschland das diesbezügliche Schutzalter von 16 auf 18 Jahre angehoben wurde. (EU-Anpassung)

Zuhälterei

6.2. Zuhälterei

Nicht verändert wurde das Verbot der sogenannten dirigistischen oder auch dirigierenden Zuhälterei (§ 181a Abs. 1 Nr. 2 StGB).

Zuhälterei (§ 181a StGB)

(1) Mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer

1. eine andere Person, die der Prostitution nachgeht, aus oder
3. seines Vermögensvorteils wegen eine andere Person bei der Ausübung der Prostitution überwacht, Ort, Zeit, Ausmaß oder andere Umstände der Prostitutionsausübung bestimmt oder Maßnahmen trifft, die sie davon abhalten sollen, die Prostitution aufzugeben,

und im Hinblick darauf Beziehungen zu ihr unterhält, die über den Einzelfall hinausgehen.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer die persönliche oder wirtschaftliche Unabhängigkeit einer anderen Person dadurch beeinträchtigt, dass er gewerbsmäßig die Prostitutionsausübung der anderen Person durch Vermittlung sexuellen Verkehrs fördert und im Hinblick darauf Beziehungen zu ihr unterhält, die über den Einzelfall hinausgehen.

(3) Nach den Absätzen 1 und 2 wird auch bestraft, wer die in Absatz 1 Nr. 1 und 2 genannten Handlungen oder die in Absatz 2 bezeichnete Förderung gegenüber seinem Ehegatten vornimmt.

Für die Strafbarkeit ist Voraussetzung, dass die Prostituierte vom Zuhälter in Abhängigkeit gehalten und in ihrer Selbstbestimmung beeinträchtigt wird. Sie muss zu nachhaltiger Prostitutionsausübung angehalten werden (Arbeitszwang) oder in ihrer Entscheidungsfreiheit in sonstiger Weise nachhaltig beeinflusst werden. Der Begriff ist sehr schwer zu definieren. Es gibt unter den `Zuhältern´ durchaus korrekte Manager, sie unterscheiden sich häufig vom `normalen´ Geschäftsmann, Ehemann und Freund nur graduell oder gar nicht. Die Grenzen sind fließend. Wann hört der Freund, Geliebte, Ehemann auf? Wann fängt der Zuhälter an? Diese Situation ist darüber hinaus nur sehr schwer von außen einzuschätzen. In seinen graduellen Ausprägungen findet sich entsprechend vieles rund um die Kurfürstenstraße wieder und kann dort gut beobachtet werden. Zudem ist Zuhälterei nur nachweisbar, wenn die betroffenen Frauen eine entsprechende Anzeigen machen.

Im Gesetzgebungsverfahren hinsichtlich des ProstG wurde in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht, dass das Überwachen und Bestimmen von Ort und Zeit eigentlich Arbeitgeberhandlungen seien, die, wenn sie strafbar blieben, „einen Widerspruch zu den zivilrechtlichen Regelungen und der Intention des Gesetzgebers, Prostituierte in Beschäftigungsverhältnissen abzusichern, bedeuten würden. Der Gesetzgeber hat dazu in der Begründung ausgeführt, `eine freiwillig getroffene Vereinbarung über Ort und Zeit der Prostitutionsausübung, also ein einvernehmlich begründetes rechtlich wirksames Beschäftigungsverhältnis` erfülle nicht den Tatbestand der dirigistischen

Zuhälterei. Der Absatz 1 diene dem Schutz der wirtschaftlichen und persönlichen Bewegungsfreiheit der Prostituierten und sei daher restriktiv auszulegen. Eine Änderung des § 181a Abs. 1 Nr. 2 StGB wurde aus diesem Grund als nicht notwendig erachtet“. (BMFSFJ 2007:42)

Konsequenter Weise hat der Bundesgerichtshof (BGH) dann mit Beschluss des 2. Strafsenats vom 1. August 2003 (2 StR 186/03; BGHSt 48, 314 sowie NJW 2004, 81 ff.) aus dem Inkrafttreten des ProstG die Maßstäbe für die Auslegung des § 181a Abs.1 Nr. 2 StGB neu justiert:

„Arbeitet eine Prostituierte freiwillig in einem Bordell oder bordellähnlichen Betrieb, liegt allein in der Eingliederung in eine Organisationsstruktur durch Vorgabe von festen Arbeitszeiten, Einsatzorten und Preisen noch kein „Bestimmen“ im Sinne von § 181a Abs.1 Nr. 2, 2. Alt. StGB vor. Dies gilt nicht nur bei legalen Beschäftigungsverhältnissen im Sinne von § 1 Prostitutionsgesetz, sondern auch dann, wenn dabei gegen sonstige Rechtsvorschriften etwa ausländerrechtlicher, steuerrechtlicher oder sozialversicherungsrechtlicher Art verstoßen wird. Der/die BordellbetreiberIn darf Art und Ausmaß der Prostitutionsausübung allerdings nicht vorgeben. Die Prostituierte muss das Recht haben, jederzeit zu kündigen, sie muss berechtigt sein, sexuelle Handlungen abzulehnen und darf auch keinem Direktionsrecht in der Weise unterliegen, dass sie bestimmte Kunden annehmen muss.“

Nach Auffassung des BGH muss bei der Auslegung dieser Regelungen „das gesetzgeberische Ziel, die Prostitutionsausübung als sozialversicherungspflichtige Tätigkeit zu legalisieren und teilweise einem normalen Arbeitsverhältnis anzugleichen, berücksichtigt werden“.
(BMFSFJ 2007: 42)

Menschenhandel

6.3. Menschenhandel

Menschenhandel liegt vor, wenn Frauen mittels Täuschung, Drohungen, Gewaltanwendung angeworben werden und im Zielland zur Aufnahme und Fortsetzung von Dienstleitungen und Tätigkeiten gebracht oder gezwungen werden, die ausbeuterisch oder sklavenähnlich sind, d.h. ihre Menschenrechte verletzen.

Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung (§ 232 StGB)

(1) Wer eine andere Person unter Ausnutzung einer Zwangslage oder der Hilflosigkeit, die mit ihrem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist, zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution oder dazu bringt, sexuelle Handlungen, durch die sie ausgebeutet wird, an oder vor dem Täter oder einem Dritten vorzunehmen oder von dem Täter oder einem Dritten an sich vornehmen zu lassen, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine Person unter einundzwanzig Jahren zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution oder zu den sonst in Satz 1 bezeichneten sexuellen Handlungen bringt.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren ist zu erkennen, wenn
1. das Opfer der Tat ein Kind (§ 176 Abs. 1) ist,
2. der Täter das Opfer bei der Tat körperlich schwer misshandelt oder durch die Tat in die Gefahr des Todes bringt oder
3. der Täter die Tat gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat, begeht.

(4) Nach Absatz 3 wird auch bestraft, wer
1. eine andere Person mit Gewalt durch Drohung mit einem empfindlichen Übel oder durch List zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution oder zu den sonst in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten sexuellen Handlungen bringt oder
2. sich einer anderen Person mit Gewalt, durch Drohung mit einem empfindlichen Übel oder durch List bemächtigt, um sie zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution oder zu den sonst in Absatz 1Satz 1 bezeichneten sexuellen Handlungen zu bringen.

(5) In minder schweren Fällen des Absatzes 1 ist auf Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren, in minder schweren Fällen der Absätze 3 und 4 ist auf Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu erkennen.

Zur Erfüllung des Tatbestands Menschenhandel sind Nötigung, Zwang und Täuschung als Kernelemente notwendig. Der Zwang kann verschiedene Formen annehmen. Er kann durch direkte physische Gewalt oder durch Androhung derselben, Erpressung, unrechtmäßiges Einbehalten von Dokumenten und verdientem Geld, Raub, Isolation und Betrug ausgeübt werden. Auch das Ausnutzen einer hilflosen Lage, der Autoritätsmissbrauch und die Schuldknechtschaft sind Formen des Zwangs.
Auch hier ist Menschenhandel nur nachweisbar, wenn sich die betroffenen Frauen zu entsprechenden Aussagen entschließen und als Zeuginnen zur Verfügung stehen.

6.4. Verbot der Prostitution (Sperrgebiet/Sperrzeiten)

Verbot der Prostitution

Unverändert geblieben sind nach Einführung des ProstG auch der Straftatbestand (§ 184e StGB - Ausübung der verbotenen Prostitution) einer Zuwiderhandlung gegen eine auf Grundlage von Art. 297 EGStGB erlassenen Sperrgebietsverordnung.

Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EGStGB) Art. 297 Verbot der Prostitution

(1) Die Landesregierung kann zum Schutz der Jugend und des öffentlichen Anstandes

1. für das ganze Gebiet einer Gemeinde bis zu fünfzigtausend Einwohnern,
3. für Teile des Gebietes einer Gemeinde über zwanzigtausend Einwohnern oder eines gemeindefreien Gebietes,
5. unabhängig von der Zahl der Einwohner für öffentliche Straßen, Wege, Plätze, Anlagen und für sonstige Orte, die von dort aus eingesehen werden können, im ganzen Gebiet oder in Teilen des Gebiets einer Gemeinde oder eines gemeindefreien Gebiets durch Rechtsverordnung verbieten, der Prostitution nachzugehen. Sie kann das Verbot nach Satz1 Nr.3 auch auf bestimmte Tageszeiten beschränken.

(2) Die Landesregierung kann diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf eine oberste Landesbehörde oder andere Behörden übertragen.

(3) Wohnungsbeschränkungen auf bestimmte Straßen oder Häuserblocks zum Zwecke der Ausübung der Prostitution (Kasernierung) sind verboten.

und

Ausübung der verbotenen Prostitution (§ 184e StGB)

Wer einem durch Rechtsverordnung erlassenen Verbot, der Prostitution an bestimmten Orten überhaupt oder zu bestimmten Tageszeiten nachzugehen, beharrlich zuwiderhandelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu einhundertachtzig Tagessätzen bestraft.

Sperrbezirke und Sperrzeiten, also das Verbot der Ausübung von Prostitution an bestimmten Orten oder zu bestimmten Zeiten, müssen durch die Landesregierungen klar bestimmt sein. Die geltenden Sperrgebietsverordnungen anderer deutscher Städte umschreiben die Sperrbezirke und/oder Toleranzzonen oder auch Sperrzeiten durch Aufzählung der betroffenen Straßen und Wege.

Sperrgebietsverordnungen sind im Prinzip städtische oder kommunale Steuerungsinstrumente. Städte und Gemeinden regeln diese meistens selbst, da die entsprechenden Landesregierungen der Bundesländer die Handhabe dazu durch eine Rechtsverordnung auf andere (städtische oder kommunale) Behörden übertragen haben. Mit diesem Instrument wird festgelegt, wo Prostitution stattfinden darf (Toleranzzonen) und wo nicht (Sperrbezirke/Sperrgebiete).

Die einzigen Städte in Deutschland, die keine Sperrgebietsverordnungen besitzen, sind Berlin und Rostock. In Berlin scheinen keine weitergehen-

Verbot der Prostitution

den oder speziellen Regelungen für Orte der Prostitution in gewerberechtlicher, baurechtlicher oder sonstiger Hinsicht zu bestehen. Die Prostitution an sich ist kein Regelungsgegenstand in Berlin.

Zudem hat die Landesregierung des Landes Berlin ihre Ermächtigung nicht durch eine Rechtsverordnung auf andere bezirkliche Behörden übertragen, so dass die Bezirke hier rechtlich nicht handeln können und dürfen.

Des weiteren muss bedacht werden:

1. Die Nutzung eines bestimmten Gebiets als „Toleranzzone“, z.B. rund um die Kurfürstenstraße, sagt allein noch nichts darüber aus, ob der Schutz der Jugend und des öffentlichen Anstandes in diesem Bereich auch gewährleistet ist. Solche faktischen Toleranzzonen können laut Gesetzgeber dann zu Sperrgebieten erklärt werden, wenn sie den Schutz nicht gewährleisten und es möglich ist, andere, weniger schutzbedürftige Teile einer Stadt oder Gemeinde als Toleranzzonen auszuweisen. Das hieße allerdings für Berlin eine landes- und stadtweite Diskussion um Toleranzzonen, die dann festgelegt werden müssen. Denn der Gesetzgeber hat entschieden, dass in Bezirken und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern, die Prostitution grundsätzlich zuzulassen ist und entsprechende Teile des Gebiets ausgewiesen werden müssen.

2. Grundsätzlich ist eine Sperrgebietsregelung für einen Bezirk oder eine Gemeinde mit mehr als 50.000 Einwohnern, die faktisch für das gesamte Gebiet die Ausübung der Prostitution verbietet, unzulässig. Andererseits ist die Verordnung aber so weit gefasst, dass die für erforderlich gehaltenen Sperrgebietsregelungen den örtlichen Gegebenheiten und der Struktur des jeweiligen Gemeindegebietes angepasst werden können. Die Sperrgebiete können auch das überwiegende Gebiet eines Bezirks oder einer Gemeinde umfassen. Als ausreichend gelten gemeinhin Toleranzzonen, die flächenmäßig zur Aufnahme der vorhandenen Prostituierten und u.U. Bordelle in der Lage sind und über eine ausreichende verkehrstechnische Anbindung verfügen. Die Ausweisung der Toleranz- und Sperrgebiete muss zudem das Kasernierungsverbot berücksichtigen, d.h. sie müssen in einem gewissen Umfang vorhanden sein. Es sind Beschränkungen verboten, die dazu führen, dass die Ausübung der Prostitution auf bestimmte Straßen oder Häuserblocks beschränkt wird.

3. Zudem wird es vom Gesetzgeber als nicht zweckmäßig erachtet, wenn infolge einer Neuausweisung bislang von der Prostitutionsausübung nicht betroffene und in nicht geringerem Maße schutzbedürftige Stadtteile in Mitleidenschaft gezogen werden und dann in diesen Teilen der Schutz der Jugend und des öffentlichen Anstandes beeinträchtigt wird, z.B. wenn eine bisherige faktische Toleranzzone zum Sperrgebiet wird. Der Erlass einer Sperrgebietsverordnung darf laut Gesetzgeber nicht zu relevanten Beeinträchtigungen von Belangen des Jugendschutzes und des

öffentlichen Anstandes bei Teilen der Wohnbevölkerung führen, die bisher von Beeinträchtigungen durch die Prostitution und ihren Begleiterscheinungen nicht berührt waren.

6.5. Jugendgefährdende Prostitution

Jugendgefährdende Prostitution

Jugendgefährdende Prostitution (§ 184f StGB)

Wer der Prostitution

(1) in der Nähe einer Schule oder anderen Örtlichkeit, die zum Besuch durch Personen unter achtzehn Jahren bestimmt ist, oder

(3) in einem Haus, in dem Personen unter achtzehn Jahren wohnen,

in einer Weise nachgeht, die diese Personen sittlich gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Ein Verhalten gilt dann als unsittlich, wenn es nach Art und Weise objektiv geeignet ist, in sexueller Hinsicht das allgemein bestehende Scham- und Sittlichkeitsgefühl gröblich zu verletzen. Das Tatbestandsmerkmal „unsittlich“ ist damit im hohen Maße uneindeutig und an gesellschaftliche Normen und Normen der Erziehung geknüpft, die durchaus von Region zu Region und Familie zu Familie sehr unterschiedlich sein können und stark an individuelle (Moral-)Vorstellungen gekoppelt sind. Damit sind sie schwer zu fassen oder zu überprüfen. Umstände, die diesen Tatbestand erfüllen können, sind z.B. Darstellungen, die Promiskuität, Gruppensex oder Prostitution verherrlichen, die Frauen und auch Männer als jederzeit verfügbare Lust- und Sexualobjekte erscheinen lassen, oder aus anderen Gründen als entwürdigend erscheinen.

Bei Kindern und Jugendlichen ist dann eine mögliche sittliche Gefährdung anzunehmen, wenn zu befürchten ist, dass das sittliche Verhalten des Kindes oder des/der Jugendlichen im Denken, Fühlen, Reden oder Handeln von den Normen der Erziehung (nach dem Grundgesetz und Kinder- und Jugendhilfegesetz - KJHG/SGB VIII) wesentlich abweicht. „Eines der Erziehungsziele ist die Integration der Sexualität in die Gesamtpersönlichkeit des Menschen. Kinder und Jugendliche brauchen Hilfestellung und Orientierung, um ihre sexuelle Identität zu finden, um Sexualität als bereichernd und lustvoll zu erleben, um bindungsfähig zu werden, um überkommene Rollenvorstellungen zu überwinden, um urteilsfähig zu werden und verantwortungsbewusst zu handeln“ (Janzing 1995:337).

Um den Tatbestand der jugendgefährdenden Prostitution zu erfüllen, müssten zum einen die Prostituieren vor der Schule, der Jugendeinrichtung oder Kindertagesstätte in oben beschriebener Art und Weise, d.h. gröblich und erheblich sittlich gefährdend, auftreten und zum anderen müssten sie durch ihr Auftreten und Verhalten die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen beschädigen bzw. deren Herausbildung ver- oder behindern. Beides ist von Belang und müsste nachgewiesen werden.

Ordnungsrecht

Ordnungsrecht – Verstöße gegen die öffentliche Ordnung
Eine Ordnungswidrigkeit ist eine geringfügige Verletzung von Rechtsregeln und wird grundsätzlich mit einer Geldbuße geahndet. Ordnungswidrigkeiten sind gemäß der dazu ausgestalteten Gesetze (OWiG) rechtswidrige und selbst verschuldete Handlungen, die verantwortlich, vorsätzlich und mit Unrechtsbewusstsein geschehen. Ca. 95% aller Ordnungswidrigkeiten werden im Bereich des Verkehrsrechts begangen.
Sachlich zuständig sind im Allgemeinen die örtlichen Ordnungsbehörden. Wenn diese Behörde nicht handeln kann (beispielsweise am Wochenende oder nachts), dann ist die Polizei zuständig.

Unverändert geblieben ist nach Einführung des ProstG das Ordnungsrecht (§ 120 OWiG - Verbotene Ausübung der und Werbung für Prostitution - siehe Anhang).
Ersteres betrifft das durch eine Rechtsverordnung erlassene Verbot, an bestimmten Orten oder zu bestimmten Tageszeiten der Prostitution nachzugehen. Es ist verknüpft mit einer Sperrgebietsverordnung.

6.6. Unzulässiger Lärm

Unzulässiger Lärm (OWiG § 117)

(1) Ordnungswidrig handelt, wer ohne berechtigten Anlass oder in einem unzulässigen oder nach den Umständen vermeidbaren Ausmaß Lärm erregt, der geeignet ist, die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft erheblich zu belästigen oder die Gesundheit eines anderen zu schädigen.
(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden, wenn die Handlung nicht nach anderen Vorschriften geahndet werden kann.

Grundsätzlich ist es von 22.00 bis 06.00 Uhr verboten, Lärm zu verursachen, durch den andere Personen in ihrer Nachtruhe gestört werden können. Überwacht wird die Einhaltung der Nachtruhe im Prinzip von den örtlichen Ordnungsbehörden, falls diese nicht erreichbar sind, ist es die Polizei. Geht die störende Betätigung von einem Gewerbebetrieb aus, sind grundsätzlich die staatlichen Umweltämter für die Ergreifung der notwendigen Maßnahmen zuständig.
Wann eine Störung der Nachtruhe vorliegt, ist unter Berücksichtigung der Umstände in jedem Einzelfall festzustellen. Dafür ist insbesondere der Gebietstyp (siehe Auflistung unten) von Bedeutung. Ergeben

Unzulässiger Lärm

die planungsrechtliche Ausweisung oder die tatsächliche Bebauung eines Gebietes, dass es nur eingeschränkt schutzbedürftig ist (z.B. wegen überwiegender gewerblicher Nutzung), werden lärmende Geräusche anders beurteilt als z.B. in Wohngebieten.
Zur Beurteilung der Störung der Nachtruhe können entsprechend bestehende Richtlinien (TA und VDI Richtlinie 2058) über Lärmrichtwerte herangezogen werden, die allerdings nicht schematisch anzuwenden sind. Sie müssen jeweils an die besonderen Erfordernisse und Gegebenheiten des Einzelfalles angepasst werden. Dies ist insbesondere dort der Fall, wo Gebiete unterschiedlicher Nutzungsart aufeinander treffen, was in und rund um die Kurfürstenstraße durchaus der Fall ist, und wo das Gebot gegenseitiger Duldung und Rücksichtnahme gilt.
Eine der beiden Richtlinien (VDI Richtlinie 2058) ist im nachfolgenden zur Anschauung und groben Orientierung aufgeführt. Sie diente zunächst nur der Beurteilung von Arbeitslärm in der Nachbarschaft, gilt heute aber als eine der allgemein anerkannten akustischen Grundregeln. Je nach Schutzbedürftigkeit des Gebiets gelten unterschiedliche Lärmrichtwerte, die nicht überschritten werden dürfen:

Gebietstyp:	Grenzwerte in db(A):
Kurgebiete, Krankenhäuser und Pflegeanstalten	Tag: 45 Nacht: 35
Reine Wohngebiete	Tag: 50 Nacht: 35
Allgemeine Wohngebiete	Tag: 55 Nacht: 40
Dorf- und Mischgebiete	Tag: 60 Nacht: 45
Kerngebiete	Tag: 60 Nacht: 45
Gewerbegebiete	Tag: 65 Nacht: 50
Industriegebiete	Tag: 70 Nacht: 70

Die Bezeichnungen der Gebiete, auf die sich die Einhaltung dieser Immissionswerte beziehen, lehnen sich in den Grundzügen an die Einteilung der Baunutzungsordnung an.

Das Prostitutionsgebiet rund um die Kurfürstenstraße umfasst mehrere Straßen, die unterschiedlich nach der Baunutzungsordnung ausgezeichnet sind. So ist die Potsdamer / Ecke Kurfürsten Straße z.B. als Kerngebiet ausgezeichnet.

Die Kerngebiete sowie die Wohngebiete, die direkt an die Kerngebiete angrenzen, sind zwangsläufig am stärksten durch Lärm, vor allem durch den Straßenverkehr, aber auch durch das Betreiben von Gaststätten und durch die Standorte der Prostituierten und die Prostitutionsanbahnungen, belastet. Dies ist insbesondere in der Froben/Ecke Bülow Straße mit dem dort ansässigen „Spätkauf“ der Fall.
Die daran angrenzenden, etwas entfernt liegenden Wohngebiete sind durch die teilweise dort stattfindende Prostitutionsausübung betroffen und belastet.

6.7. Anstößige und belästigende Handlungen

Anstößige und belästigende Handlungen (OWiG § 119)

(1) Ordnungswidrig handelt, wer

1. öffentlich in einer Weise, die geeignet ist, andere zu belästigen, oder

3. in grob anstößiger Weise durch Verbreiten von Schriften, Ton- oder Bildträgern, Abbildungen oder Darstellungen oder durch das öffentliche Zugänglichmachen von Datenspeichern

Gelegenheit zu sexuellen Handlungen anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekannt gibt.

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer auf die in Absatz 1 bezeichnete Weise Mittel oder Gegenstände, die dem sexuellen Gebrauch dienen, anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekannt gibt.

(3) Ordnungswidrig handelt ferner, wer öffentlich Schriften, Ton- oder Bildträger, Datenspeicher, Abbildungen oder Darstellungen sexuellen Inhalts an Orten ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht, an denen dies grob anstößig wirkt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 mit einer Geldbuße bis zu eintausend Euro, in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

Sich öffentlich grob anstößig zu verhalten oder zu wirken ist ein ebenso schwer zu fassender und zu definierender Sachverhalt wie der der Sittenwidrigkeit oder sittlichen Gefährdung von Kindern und Jugendlichen. Diese Formen von „Sitte“ sind nicht gesetzlich oder schriftlich als Norm ausformuliert. Sie stehen für das allgemeine (Rechts-) Empfinden der Mehrheit der Menschen einer Gemeinschaft und stellen somit eine Art kollektive Übereinkunft über das, was als sittengemäß bzw. sittenwidrig und anstößig gilt, dar. Sie sind durch die mehrheitlichen Ansichten innerhalb einer Gesellschaft und ihrer vorherrschenden Moralvorstellungen geprägt. Diese Sachverhalte sind also einem steten Fluss und unterschiedlichen Einschätzungen unterworfen.
Im weiterführenden deutschen Recht sind die unterschiedlichen Formen der „Sitte“ in verschiedenen Rechtsgebieten von Bedeutung, meist eine Angelegenheit des Strafrechts und des Ordnungswidrigkeitsrechts.

6.8. Polizeirecht

Polizeirecht

In den Polizeigesetzen der Länder sind die verschiedensten polizeirechtlichen Eingriffsbefugnisse festgelegt. Auf der Berliner Landesebene regelt dies das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Berlin (ASOG) [7]. Hier sind vor allem Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse der Berliner Ordnungsbehörden und der Berliner Polizei niedergelegt.
Neben der Generalklausel der Polizei (in Berlin: §17 ASOG) – sie muss grundsätzlich eingreifen, wenn Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung [8] abzuwehren sind – enthalten einzelne Polizeigesetze der Länder weitere besondere Eingriffsbefugnisse im Hinblick auf die Prostitution.

So werden in Berlin, laut Aussage der Polizei „kriminalitätsbelastete Orte“ durch Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses festgelegt. Diese Kategorisierungen erfolgen aufgrund der Häufigkeit von Straftaten und werden immer wieder neu geprüft. So ist diese Einstufung beim Straßenstrich laut Polizei durch die Anzahl und Schwere der Taten (Verstöße im Zusammenhang mit Drogenabhängigkeit, gegen das BtM-G oder gegen das StGB (Delikte der Beschaffungskriminalität und Straßenkriminalität) und durch sein unmittelbares öffentliches Umfeld gegeben.
Zur Gefahrenabwehr und Verhinderung von Straftaten können dann an diesen Orten alle Personen angehalten, nach Personalien befragt und/oder durchsucht werden. Diese Eingriffsrechte der Polizei für kriminalitätsbelastete Orte sind teilweise im Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Berlin (ASOG) besonders geregelt. Jede Polizeimaßnahme muss dabei jedoch auf die verfassungsrechtliche Verhältnismäßigkeit abstellen, d. h. den gefahrenabwehrenden Zweck, hier die weitgehende „Befriedung“ des Gefahrenraums Kurfürstenstraße, verfolgen.

Durch diese ortsspezifisch festgelegten „einfacheren“ Überprüfungs- und Durchsuchungsmöglichkeiten können drogenkonsumierende oder drogenkonsumbereite Frauen und Männer festgestellt werden. Gegen sie kann, unabhängig davon, ob sie konkret der Prostitution nachgehen, ein „Aufenthaltsverbot“ oder ein „Platzverweis“ durchgesetzt werden. Angenommen wird, dass die betreffende Frau/Prostituierte Verstöße gegen das BtM-G begangen hat bzw. weiterhin begehen wird.

Laut Aussagen von PolizeiexpertInnen, die leider auf unveröffentlichte Statistiken und Erfahrungswerte verweisen (müssen), besteht im Vergleich zu anderen Wohngegenden rund um die Kurfürstenstraße eine erhöhte Anzahl von Kriminalitätsdelikten. Diese stehen vor allem im Zusammenhang mit Drogenabhängigkeit und Prostitution. Delikte sind zum Beispiel: Drogenhandel, Raub, Diebstahl, Körperverletzungsdelikte, Nötigung, Erpressung, Menschenhandel, Vergewaltigung. Die Delikte finden meist auf der Straße oder in den einschlägigen Gaststätten statt. In den offiziellen und für die Öffentlichkeit bestimmten polizeilichen Statistiken (PKS Berlin 2010) findet sich diese Häufung von Straftaten sowie die Eingruppierung nach den aufgeführten Stadtbe-

7 Der Langtitel lautet Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin.

8 Unter öffentlicher Ordnung versteht man den Inbegriff von Regeln, deren Befolgung nach den allgemeinen Sitten- und Moralvorstellungen für ein gedeihliches Zusammenleben der Menschen unabdingbar sind.

Polizeirecht

zirken nicht wieder. Dies ist offensichtlich der Übersicht und der Zusammenfassung nach Bezirken mit wenigen Unterbezirken geschuldet. Es besteht hier keine detaillierte Aufschlüsselung der kleineren Stadtteile entsprechend der Kategorien.

Zudem sind Daten zu Personengruppen, z. B. Angaben über die „Kriminalität von Prostituierten“ nicht möglich, da Prostituierte nicht als Tätergruppe erfasst werden.

Exkurs: Spannungsfeld Prostitution

6.9. Exkurs: Spannungsfeld Prostitution – Beispiel ProstG

Die Diskussionen um die Prostitution, die Prostituierten und ihr Umfeld, sind häufig von Ambivalenzen gekennzeichnet, die von Ablehnung über Mitgefühl für die „Opfer“ bis hin zur Akzeptanz reichen können. Sie bestehen vor dem Hintergrund des eigenen Gewordenseins, den Schilderungen aus zweiter und dritter Hand, aus eigenen Beobachtungen und sind eingebettet in die jeweilige eigene Alltagswelt mit ihren spezifischen Herausforderungen. Auf dieser Grundlage und aus diesem Konglomerat heraus werden Einschätzungen und Forderungen nach Verbesserungen entwickelt.
Anhand der Diskussionen im Vorfeld der Verabschiedung des Prostitutionsgesetzes lassen sich diese grundlegend unterschiedlichen ethischen Haltungen zur Prostitution, die sich auch in den Diskussionen und Gesprächen rund um die Kurfürstenstraße wieder finden lassen, recht gut darlegen. Dies könnte auch für die Entwicklung einer städtischen Konzeption hilfreich sein. Aus diesem Grund werden sie im Folgenden kurz dargelegt.

Die Verabschiedung des Prostitutionsgesetzes war, laut Bericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2007 [9], „das Ergebnis eines schwierigen politischen Prozesses, der über einen Zeitraum von ca. 30 Jahren immer wieder Impulse aus unterschiedlichen Richtungen und Anlässen erhalten hat, ohne in einen breiten, abschließenden gesellschaftlichen Konsens hinsichtlich des richtigen Umgangs mit der gesellschaftlichen Realität der Prostitution zu münden“ (BMFSFJ 2007:5). Unterschiedliche ethische Grundhaltungen beeinflussten dabei stark die Diskussionen im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsverfahren. Dabei wurden „Kategorien wie Menschenwürde, individuelle Handlungsfreiheit, sexuelle Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von Mann und Frau in unterschiedlicher Weise inhaltlich gefüllt und gegeneinander abgewogen“ (BMFSFJ 2007:9). Auch innerhalb der verschiedenen politischen Parteien gab es teilweise unterschiedliche Positionen dazu.

In der Spannbreite der Diskussionen und Regelungsmodelle, so z.B. auch auf europäischer Ebene in den Niederlanden und Schweden, spiegeln sich neben den unterschiedlichen Traditionen und Praxen, die rechtsethischen Prämissen, die der Reglementierung der Prostitution zugrunde liegen, sowie die damit verbundenen rechtspolitischen Implikationen wider.

9 Das BMFSFJ hat zur Vorbereitung des Berichts insgesamt drei wissenschaftliche Gutachten vergeben, die entsprechend ausgewertet wurden:

1. „Untersuchung zu den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes“, erstellt durch das Sozialwissenschaftliche FrauenForschungsInstitut `SoFFi K`, der Kontaktstelle praxisorientierte Forschung e. V. an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg, Projektleitung: Prof. Dr. Cornelia Helfferich; Durchführung: Prof. Dr. Barbara Kavemann et al.

2. „Vertiefende Untersuchung zu den Aspekten des Ausstiegs aus der Prostitution und der Kriminalitätsbekämpfung“, ebenfalls erstellt von `SoFFI K`, Prof. Dr. Cornelia Helfferich, Prof. Dr. Barbara Kavemann u. a.

3. „Reglementierung von Prostitution: Ziele und Probleme – eine kritische Betrachtung des ProstG“, erstellt von Prof. Dr. Joachim Renzikowski.

Daneben wurden u. a. die im Auftrag des Bundesministeriums des Innern sowie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellte Studie von Annette Herz und Eric Minthe „Straftatbestand Menschenhandel – Verfahrenszahlen und Determinanten der Strafverfolgung“ berücksichtigt.

Exkurs: Spannungsfeld Prostitution

Daraus lassen sich laut Renzikowski (BMFSFJ – Renzikowski 2007:26 ff) vier mögliche Bewertungen der Prostitution voneinander ableiten:

- Prostitution als Verletzung der Menschenwürde,
- Prostitution als – lediglich – Verstoß gegen die Moral bzw. gegen die guten Sitten,
- Prostitution als autonome Entscheidung zu einer riskanten Tätigkeit,
- Prostitution als Beruf wie jeder andere.

Deutschland ordnet sich laut Aussage des Berichts der Bundesregierung mit dem Prostitutionsgesetz und dem eingeschlagenen Weg dem Punkt drei zu: Prostitution ist also als eine vom Recht zu respektierende autonome Entscheidung aufzufassen, die aber mit erheblichen Gefahren und Risiken behaftet ist. „Dazu gehören etwa psychische und physische Auswirkungen auf die betroffene Person. Diese Risiken und Gefahren sind aber nicht mit allen Formen der Prostitution in gleichem Ausmaß verbunden, sondern sie hängen wesentlich von den Bedingungen ab, unter denen sie ausgeübt wird“ (BMFSFJ 2007:6).

Dabei besteht die grundsätzliche Haltung darin, dass ein Kennzeichen des freiheitlichen Rechtsstaates die Respektierung der autonomen Entscheidung der Einzelnen ist – so lange keine rechtlich geschützten Interessen anderer verletzt werden. Die eigenverantwortlich ausgeübte Prostitution verstößt somit nicht automatisch gegen die Menschenwürde der Prostituierten.
„Da die freie Selbstbestimmung Ausdruck der Menschenwürde ist, bestimmen der oder die Einzelne zuallererst selbst, was ihre Würde ausmacht. Selbst durch moralisch unwürdiges Verhalten würde die Menschenwürde nicht verloren gehen. Die individuelle Freiheit stößt erst dann an ihre Grenzen, wenn rechtlich geschützte Interessen anderer oder der Allgemeinheit beeinträchtigt werden“ (BMFSFJ 2007:9).
Und weiter sagt der Bericht deutlich: Es ist auch nicht die Aufgabe eines Staates, „Menschen vor den Folgen ihrer Lebensentscheidungen zu bewahren, die sie in freier Selbstverantwortung getroffen haben. Freiwilligkeit bedeutet im Zusammenhang mit dem sexuellen Selbstbestimmungsrecht, dass Individuen frei über das „Ob“, das „Wann“ und das „Wie“ einer sexuellen Begegnung entscheiden können.
Die Prostitution fällt daher heute wie jede andere auf Dauer angelegte Tätigkeit zur Schaffung und Erhaltung einer Lebensgrundlage unter die Garantie des Art. 12 Abs. 1 des Grundgesetzes“ (BMFSFJ 2007:9).

Selbstverständlich steht dabei außer Frage, „dass Kriminalität im Umfeld von Prostitution sowie sozialschädliche und menschenrechtswidrige Formen von Prostitution wie Zwangsprostitution, Menschenhandel und sexueller Missbrauch Minderjähriger mit allen Mitteln des Rechtsstaats, d. h. mit den Mitteln des Strafrechts, durch ordnungsbehördliche Überwachung, durch präventive und repressive Maßnahmen sowie durch Schutz und Hilfe für die Opfer bekämpft werden müssen“ (BMFSFJ 2007: 9/10).

Abschließend wird festgehalten, dass den mit der Prostitution verknüpften Risiken nicht dadurch begegnet werden kann, „dass Prostitution durch repressive Maßnahmen in ein Dunkelfeld abgedrängt wird; vielmehr lassen sich die problematischen Aspekte besser dadurch begrenzen, dass Prostitution möglichst in ein Hellfeld überführt wird und die Bedingungen, unter denen sie praktiziert wird, in rechtsstaatlicher Weise kontrolliert werden“ (BMFSFJ 2007:11).

Exkurs: Gewerberecht

Exkurs: Gewerberecht

Ein wichtiges Ziel des Prostitutionsgesetzes war es, „den kriminellen Begleiterscheinungen durch die Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die Ausübung der Prostitution den Boden zu entziehen (s. BT-Drs. 14/5958). “Die Risiken der Tätigkeit geben oft den Ausschlag dafür, dass sich Prostituierte in die Obhut eines Zuhälters oder eines Bordellwirts begeben, was sie zugleich anfällig für vielfältige Pressionen macht. Hierdurch entsteht eine weitere typische Anfälligkeit für verschiedene Formen von Ausbeutung und Gewalt, die von solchen Personen, die der Infrastruktur des Milieus zuzurechnen sind, ausgehen und die durch Körperverletzungs-, Sexual-, Gewalt-, Vermögens- und Eigentumsdelikte gekennzeichnet sind“ (BMFSFJ 2007:43). Durch die Schaffung eines rechtlichen Rahmens sollten die bestehenden geschäftlichen Beziehungen zwischen Prostituierten, Bordellbetreibern und selbst den sogenannten Zuhältern klar definiert werden. Rechte wie Pflichten könnten mit einem guten Rechtsinstrumentarium eindeutig gegeben und einklagbar sein. Das würde ohne Zweifel kriminellen Machenschaften den Boden entziehen und die Frauen in ihrer Position stärken.

Das Prostitutionsgesetz enthält jedoch keine positiven Regelungen bezüglich der Arbeitsbedingungen, sondern es setzt allein auf den Abbau zivil- und strafrechtlicher Hürden, so z.B. die Förderung der Prostitution nach §181a Abs.1.aF. StGB (BMFSFJ 2007:62) – obwohl es ein Ziel des Gesetzes war, die Arbeitsbedingungen grundsätzlich zu verbessern. Der Gesetzgeber ging offensichtlich davon aus, dass mit „der Abkehr vom Sittenwidrigkeitsverdikt der Weg für die Anwendung anderer, bereits bestehender Rechtsmaterien auf die Prostitution freigemacht würde“.“ (BMFSFJ 2007:62). So erhoffte man sich mit der Anwendung des Gaststätten- und Gewerberechts und den damit verbundenen Anforderungen an Betreiber und Betriebsstätten eine „Aufhellung des Milieus“ und damit langfristig auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Prostituierten. Des Weiteren bestand die Vorstellung, dass „mit einer Überführung von Prostitutionsstätten ins `legale Hellfeld´ auch die Anwendung der Maßstäbe des Arbeits-, Gesundheits- und Unfallschutzes eine allmähliche Veränderung bewirken würde“ (BMFSFJ 2007:63).

„Hieraus ergibt sich zweifelsfrei, dass eine Auswirkung des ProstG auf das Gaststätten- und Gewerberecht vom Gesetzgeber beabsichtigt und als eindeutige rechtliche Konsequenz angesehen wurde. Dieser Sichtweise hat sich die gewerberechtliche Praxis und Literatur nach Inkrafttreten des ProstG dennoch nur teilweise angeschlossen, vielmehr wurde von Teilen der Literatur und der Praxis zunächst vertreten,

Exkurs:
Gewerberecht

dass sich an der gewerbe- und gaststättenrechtlichen Einordnung von Prostitution als unsittlich und sozialwidrig nichts verändert habe“ (BMFSFJ 2007:66).

Geht man jedoch davon aus, dass eine Sittenwidrigkeit sowie die Strafbarkeit der Prostitutionstätigkeit und des Betreibens entsprechender Einrichtungen grundsätzlich nicht mehr gegeben ist, kann und sollte die volle Anwendung der Gewerbeordnung und des Gaststättengesetzes mit folgenden Auswirkungen erfolgen:

- Selbstständig arbeitende Prostituierte haben ihr Gewerbe nach § 14 Gewerbeordnung bei der zuständigen Behörde (Gewerberegister) anzuzeigen.
- Prostituierte, die außerhalb ihrer Betriebsstätte ohne vorhergehende Bestellung ihre Leistung anbieten (Straßenprostitution), bedürfen dann eigentlich einer Reisegewerbekarte (§ 55 ff GewO). Hier sollte allerdings der Gesetzgeber gebeten werden zu prüfen, ob nicht eine Aufnahme in § 55 a Gewerbeordnung (Reisegewerbekartenfreie Tätigkeiten) aufgrund der eingeschränkten Schutzwirkung infolge der zivilrechtlichen Regelungen möglich ist.
- Die Betreiber von Einrichtungen zur Prostitutionsausübung (vom Privatclub bis zum Großbordell) unterliegen der Anzeigepflicht – nach § 14 Gewerbeordnung und damit auch der Zuverlässigkeitsprüfung.

Es wäre zu überprüfen, inwieweit sich dem Bezirk auf dieser Ebene nicht Möglichkeiten der Gestaltung bieten. Dies würde zumindest auch die Diskussion um ein mögliches Laufhaus versachlichen. Weiterhin könnten hier auch baurechtliche Verordnungen heran gezogen werden.

Maßnahmen in der Frobenstraße

1. Ziele und Fragestellungen

Zielführend für das hier vorgestellte Projekt war es, präzisere Problembeschreibungen hinsichtlich der Straßenprostitution von allen Beteiligten, die im „Kurfürstenkiez“ leben und arbeiten, zu erhalten und die Faktoren herauszuarbeiten, die für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Viertel genannt und beschrieben werden. Grundlegende und leitende Fragestellungen waren hierbei:

Wie sieht die aktuelle Entwicklung der Prostitutionsszene aus (positiv wie negativ)?
Hat sich in den letzten Jahren/Jahrzehnten etwas verändert?
Wie würden Sie die zentralen Probleme im Viertel rund um die Straßenprostitution beschreiben?
Was erachten Sie als problematisch?
Was stört Sie am meisten?

Was sollte dringend verbessert werden?
Wie könnte man es verbessern?
Haben Sie gute Ideen, wie man etwas verändern könnte? Gerne auch verrückte...
Welche Hindernisse und Grenzen erschweren Ihrer Meinung nach die Umsetzung?
Was müsste bedacht werden?

Falls nicht benannt: Wie nehmen Sie die Kunden/Freier wahr?
Was stört Sie hier am meisten?
Was könnte hier verbessert werden?
Wie könnte man es verbessern?

Es wurden eine quantitative Befragung mittels eines Fragebogens im Rahmen einer Bürgerversammlung sowie qualitative Befragungen orientiert an der Methode des problemzentrierten Interviews durchgeführt.
Es wurden beispielhaft VertreterInnen der unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbereiche im Viertel für eine Befragung/ein Interview angesprochen. Die Interviews waren durch einen Leitfaden, der sich an den oben genannten zentralen Fragestellungen orientierte, thematisch strukturiert, wurden aber offen, am Erzählduktus der Interviewten entlang, geführt.

Zudem wurde über die Presse ein Aufruf gestartet, um AnwohnerInnen und Kunden für ein Gespräch zu gewinnen.

Mithilfe beim Forschungsprojekt zur Straßenprostitution gesucht
Pressemitteilung Nr. 248 vom 26.05.2011

Forschungsprojekt „Straßenprostitution rund um die Kurfürstenstraße“
Anwohner und Anwohnerinnen sowie Kunden für Gespräche gesucht

Ein Forschungsprojekt zur Straßenprostitution und ihre Nachfrage im Raum Schöneberg-Nord/Tiergarten-Süd (rund um die Kurfürstenstraße) wird zurzeit durch das „Zentrum Technik und Gesellschaft„ der Technischen Universität Berlin im Auftrag des Bürgermeister Ekkehard Band durchgeführt (Zeitraum: April-Juni 2011).

Ziele und Fragestellungen

Hierfür werden Anwohnerinnen und Anwohner rund um die Kurfürstenstraße, die sich gerne zu ihren Erfahrungen zum Thema Straßenprostitution befragen lassen möchten, gesucht. Zudem werden auch Kunden der Straßenprostituierten, die ihre Einschätzungen der Situation darlegen möchten, gebeten sich zu melden.

Im Rahmen des Forschungsprojekts werden eine Bestandsaufnahme (z.B. Auswertung von Materialien, Presseartikeln) vorgenommen und Gespräche/Interviews mit Beteiligten/Akteuren durchgeführt. Leitende Fragen sind hierbei:
Wo liegen Ihrer Meinung nach genau die Probleme?
Welche Lösungsvorschläge und gute Ideen haben Sie?
Welche Hindernisse und Grenzen erschweren Ihrer Meinung nach eine Verbesserung?

Das Ziel der Untersuchung sind Handlungsempfehlungen für eine positive Entwicklung im „Kurfürstenkiez". Die gewonnenen Ergebnis und Empfehlungen werden dem Bezirksamt zur Verfügung gestellt und in einem kurzen Bericht/Broschüre im PDF Format aufbereitet, dokumentiert und allen Beteiligten zugänglich gemacht.

Bitte nehmen Sie Kontakt auf über:
Email: howe@ztg.tu-berlin.de oder
Mobilnummer: 0170-1916584

Der Aufruf erschien in drei Zeitungen, der ***Berliner Morgenpost,*** der ***Bild*** und der ***Berliner Woche*** – *Ausgabe Schöneberg* (zwei Beispiele, siehe Anhang).

2. Die qualitative Befragung

Die qualitative Befragung

Von Mitte April bis Ende Juni wurden insgesamt mit 76 VertreterInnen in 60 Interviews rund um die Kurfürstenstraße Gespräche geführt. 11 Interviews fanden mit mehreren GesprächspartnerInnen statt. Es wurden befragt:

17 AnwohnerInnen:
11 männlich und 6 weiblich, darunter 2 Jugendliche (15-17 Jahre) mit türkisch-arabischem Migrationshintergrund und 2 SeniorInnen. (Wohnhaft in den Straßen: Potsdamer, Bülow, Froben, Kurmärkische, An der Apostelkirche, Magdeburgerplatz, Zieten, Pohl)

17 Gewerbetreibende:
darunter 5 Personen mit türkischem Migrationshintergrund.
(Apotheke, Metzgerei (deutsche und türkisch-islamische),
Rossmann, REWE, LSD, Deutsche Bank, Ballongeschäft, Gastwirt, Krieger Baby, Möbel Hübner, Curry Wurst und Döner Stand, Künstlerin und Journalistin aus dem Viertel)

9 Angestellte
4 dort arbeitende Personen aus umliegenden Bildungseinrichtungen
(2 Schulen (Lützow, Derfflinger Straße), 1 Hochschule (Kurfürsten Straße),
1 Kita (Haus der Kinder, Kurmärkische Straße)
3 dort arbeitende Personen aus Sozialen Projekten (Huzur, Villa Schöneberg)
2 Personen aus den Gemeinden an der Kurfürstenstraße (christlich, muslimisch)

7 Prostituierte darunter 3 mit Migrationshintergrund (Polen: 2, Ukraine: 1)
1 Kunde/Freier

23 ExpertInnen [10]:
5 VertreterInnen von Gesundheitsämtern (Mitte und Charlottenburg/Wilmersdorf)
7 VertreterInnen der sozialen Anlauf-/Beratungsstellen (Olga, Hydra, Gangway, Subway, Neustart)
5 VertreterInnen der Polizei (Präventionsteams: 2 Tiergarten-Süd, 2 Schönberg-Nord, LKA/Abt. Menschenhandel: 1)
6 VertreterInnen aus der politischen Verwaltung (SPD, CDU, Grüne) und Verwaltung/QM aus beiden Bezirken

22 Gespräche waren zwischen 10-30 Minuten lang. 38 Gespräche dauerten zwischen 45 Minuten und mehr als zwei Stunden, durchschnittlich etwa eine Stunde. Auf den Presseaufruf meldete sich ein Anwohner mit seiner Einschätzung telefonisch, die mit protokolliert wurde, sowie ein Anwohner über Email.

Von den 60 geführten Interviews konnten 32 digital mit einem Recorder aufgenommen werden, 28 Interviews sind auf Wunsch der Befragten oder auf Grund der Umstände nicht aufgenommen worden und konnten nur während oder nach den Gesprächen protokolliert werden. In der Auswertung wurden die Problembeschreibungen und die Lösungsvorschläge aus allen Gesprächen berücksichtigt.
22 Gespräche waren zwischen 10 - 30 Minuten lang. 38 Gespräche dauerten zwischen 45 Minuten und mehr als zwei Stunden, durchschnittlich etwa eine Stunde.

Die Studie war explorativ angelegt, d.h. es wurden Befunde, Informationen und Einschätzungen sowie Vorschläge zusammentragen.

10 ExpertInnen sind hier definiert als Personen, die qua Arbeitsauftrag beruflich mit dem Thema von außen kommend befasst sind.

Die qualitative Befragung

Daraus erfolgte dann eine sorgfältige Beschreibung der Phänomene, der sie bedingenden Faktoren und möglicher Lösungen. Übergreifende Zusammenhänge und Strukturen (Weischer 2007:108) wurden herausgearbeitet und entsprechende Zuordnungen vorgenommen.

Methode

Die qualitativen Interviews wurden Leitfaden gestützt nach der Methode des problemzentrierten Interviews (Witzel 2000) geführt. Die Prinzipien dieser Methode „zielen auf eine möglichst unvoreingenommene Erfassung individueller Handlungen sowie subjektiver Wahrnehmungen und Verarbeitungsweisen gesellschaftlicher Realität“ (Witzel 2000: 1). Diese Art der empirischen Untersuchung erfolgt aus der Akteursperspektive und kann als befragtenzentrierte Kommunikation beschrieben werden. Das problemzentrierte Interview ist dabei ein diskursiv-dialogisches Verfahren, das erzähl- und verstehensgenerierend vorgeht und alle Befragten als ExpertInnen ihrer Lebenswelten, ihrer Orientierungen und Handlungen, begreift. Das Interview bildet hierbei das wichtigste Instrument. Es können aber auch Methoden kombiniert werden, z.B. Einzelgespräche mit Gruppendiskussionen oder standardisierte Befragungen durch Fragebögen.
Parallel zur Erhebung des Datenmaterials und der Durchführung der Interviews wird an der Auswertung und Interpretation gearbeitet. Der Prozess der Datenerhebung wird hier mit der Datenanalyse verschränkt. Die Datenerhebung erfolgt somit in Abhängigkeit von den bisher gewonnenen Untersuchungsergebnissen. Sowohl der Erhebungs- als auch der Auswertungsprozess ist durch dieses Wechselverhältnis gekennzeichnet.

Von den 32 digital aufgenommenen Interviews wurden exemplarisch 17 Interviews mit 22 GesprächspartnerInnen detaillierter ausgewertet und zusammengefasst, davon waren 11 ExpertInnen, 8 AnwohnerInnen und 3 Gewerbetreibenden. 13 Interviews wurden dafür komplett verschriftet.
In der Auswertung wurden dann diese 17 Interviews inhaltsanalytisch zusammengefasst (Mayring 2003). Dies erfolgte zum einen durch eine strukturierende Zuordnung entlang des Leitfadens (verständnisgenerierend, theoriegeleitet, deduktiv) und zum anderen durch Kennzeichnung und Aufnahme neuer thematische Aspekte, die benannt wurden (erzählungsgenerierend, induktiv).
Hinzu kamen Protokolle, die bei 8 weiteren Gewerbetreibenden, 2 ExpertInnen, 3 AnwohnerInnen und 7 Prostituierten nach den Gesprächen angefertigt wurden, die ebenfalls in die Auswertung einflossen.

Es wurden allen GesprächsteilnehmerInnen vollständige Anonymität und bei einer Zitierung ihrer Aussagen nur die Benennung Ihrer Gruppenkennzeichnung (ExpertIn, AnwohnerIn, Gewerbetreibende etc.) zugesichert.

3. Die quantitative Befragung (Fragebogen)

Am 15. Juni 2011 wurde im Nachbarschaftstreff Huzur zum Thema Auswirkungen und Begleiterscheinungen der Straßenprostitution eine Bürgerversammlung abgehalten. Dieser Rahmen wurde genutzt, um einen Fragebogen zur Überprüfung, zur Validität der bis zu diesem Zeitpunkt erarbeiteten Ergebnisse und Annahmen an die dort anwesenden AnwohnerInnen zu verteilen. Der Fragebogen ist entsprechend aufgebaut und im Anhang zu finden. Von etwa 110 verteilten Fragebögen kamen 43 Bögen ausgefüllt zurück, die ausgewertet werden konnten. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 39 Prozent.
Die Auswertungsergebnisse der Fragebögen entsprechen und bestätigen die qualitativen Ergebnisse. Die Zahlen aus der quantitativen Befragung können allein nicht als repräsentativ gewertet werden. Sie dienten der Überprüfung und werden im Weiteren zur „Unterfütterung“ und zur Veranschaulichung der Gesamtergebnisse genutzt.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass auf Bürgerversammlungen im allgemeinen diejenigen BürgerInnen zu finden sind, die bereits schon interessiert sind und sich engagieren. Diese Bürgerversammlungen selbst geben damit keinen repräsentativen Ausschnitt eines Stadtviertels wieder. Unter den dort Anwesenden finden sich vor allem auch diejenigen, die aktiv, meist mit kritischem Blick, ihr Umfeld mit gestalten oder verändern wollen.

Da von einigen VertreterInnen der Politik und Verwaltung im Vorfeld die Überlegung geäußert wurde, dass es sich bei den sich beschwerenden BürgerInnen vor allem um Neuzugezogene handeln könnte, haben wir u.a. nach der Wohndauer im Viertel gefragt. Das Ergebnis ist insofern aufschlussreich, da sich das Verhältnis von Neu- zu Altbürgern recht ausgewogen darstellt.

Von den 43 Befragten leben im Viertel seit:

1 - 1,5 Jahre:	9 Personen
2 - 4 Jahre:	3 Personen
8 - 9 Jahre:	5 Personen
10 - 18 Jahre:	11 Personen
24 - 32 Jahre:	10 Personen
41 Jahre:	1 Person
63 Jahre:	1 Person
Keine Nennung:	3

Zudem haben wir nach dem Wohnort gefragt. Dies gibt auch Auskunft über die zur Zeit der Befragung relevanten Konflikträume.

Von den Befragten leben in der:

Bülowstraße:	17 Personen
An der Apostel Kirche:	8 Personen
Frobenstraße:	6 Personen
Kurfürstenstraße:	3 Personen

Die quantitative Befragung

Winterfeldstraße:	2 Personen
Nollendorfstraße:	2 Personen
Zietenstraße:	1 Person
Kurmärkische Straße:	1 Person
Else-Lasker-Schüler Straße:	1 Person
Katzlerstraße:	1 Person
Keine Nennung:	1

Bürgerveranstaltung des Bezirksamts im „Pallast“ am 11.10.2007.

Offensichtlich hatte sich die Situation zum Zeitpunkt der Bürgerversammlung auf der Bülowstraße, an der Apostelkirche und in der Frobenstraße am meisten verändert. Dort hatte die Anzahl der Prostituierten für die AnwohnerInnen im Vergleich zu vorher spürbar zugenommen. Auf der Bülowstraße Richtung Nollendorfplatz standen laut Aussagen der AnwohnerInnen wieder mehr Prostituierte, teilweise wurden nachts sexuelle Handlungen direkt unter dem Bülowbogen (Hochbahn der U-Bahn) vollzogen. Hinter der Apostelkirche fand zunehmend nachts, teilweise direkt einsehbar oder vor den Häusern die Prostitutionsausübung statt.
In der Bülowstraße/Ecke Frobenstraße etablierte sich ein neuer Kiosk „Spätkauf“, der rund um die Uhr geöffnet hat und in/an dem sich eine Vielzahl von unterschiedlichen Menschen trifft, sich bis in die Morgenstunden laut unterhält, mitunter streitet und Alkohol trinkt. Durch diesen Kiosk hat sich die Situation der AnwohnerInnen, vor allem in dem Eckhaus, hinsichtlich Lärmbelästigung und Verschmutzungen stark verändert.

Bürgerveranstaltung des Bezirksamts im „HUZUR“ am 13.7.2011.

Von den insgesamt 43 Personen, die den Fragebogen ausgefüllt haben, signalisierte ein gutes Drittel (15 Personen / 35%) grundsätzlich Interesse an einem Gespräch und über die Hälfte (26 Personen / 60%) waren an den Ergebnissen der Studie interessiert.
Nur ein Drittel (14 Personen / 33%) äußerten weder Interesse an einem weiteren Gespräch noch an den Ergebnissen der Studie. Davon sucht der größere Teil, mehr als zwei Drittel von ihnen (10 von 14 Personen / 71%), die Bürgerversammlungen auf, um Ärger und Kritik kund zu tun. Politik und Verwaltung sollen hier die Probleme regeln. Knapp ein Drittel von ihnen (4 von 14 Personen/29%) schätzten die Probleme als nicht so gravierend ein, dass sie dafür weitere Zeit opfern möchten.

Aufgrund der Auswertungen der quantitativen und qualitativen Daten und der Teilnahme an den Bürgerversammlungen kann – mit aller gebotenen und vorsichtigen Schätzung - davon ausgegangen werden, dass sich insgesamt etwa 20-25% der AnwohnerInnen auf diesen Veranstaltungen nur beschweren möchten. Die Mehrheit von 75% ist aber durchaus an Informationen, Diskussionen und Lösungen interessiert und in der Sache eher pragmatisch ausgerichtet. Davon sind etwa 20-25% sind an einer weiteren Mitwirkung interessiert. Da man davon ausgehen kann, dass sich bereits ausschließlich interessierte oder unter der Situation leidende Menschen in diesen Bürgerveranstaltungen zusammenfinden, können diese Zahlen nicht ohne weiteres auf die Menschen im gesamten Viertel übertragen werden. Es bleibt eher ein Ausschnitt.

4. Begehungen im Viertel – Gespräche mit Gewerbetreibenden

Begehungen im Viertel

Vier Begehungen zu zweit (tagsüber, abends und spätabends) fanden im Mai und Juni über einen Zeitraum von 4-5 Stunden rund um die Kurfürstenstraße statt. Dabei wurden verschiedene Geschäfte vor Ort aufgesucht, MitarbeiterInnen und auch anwesende KundInnen zum Straßenstrich befragt. Darüber hinaus erfolgten kürzere, einzelne Begehungen im Viertel von Mai bis Juli etwa ein Mal die Woche.

Nachfolgend eine kleine Auswahl und Zusammenfassung von Gesprächen, die im Rahmen zweier Begehungen stattfanden und nachträglich protokolliert worden sind. Sie geben die Einschätzungen und Meinungen der Gewerbetreibenden recht gut wieder. Viele von ihnen wohnen in anderen Vierteln Berlins.

Exemplarische Einschätzungen und Meinungen einiger Gewerbetreibenden im Viertel:
Eine etwa 50 jährige Mitarbeiterin eines Geschäftes in der Kurfürstenstraße meinte: „Da tangiert mich das da draußen eigentlich wenig“. Der Hof würde weitestgehend respektiert, es störe sie aber, wenn die „Saufköppe“ vom Adler die Einfahrt mit ihren Stühlen versperren. Dass es etwas schmuddelig sei und wenn sich die Frauen über die Straße hinweg „ankeifen“, stört sie; ebenso, dass die Frauen sich an die geparkten Autos anlehnen und diese zerkratzen. Aber grundsätzlich hat sie nichts gegen den Strich und sagt: „Jeder kann ja machen, was er schön findet“. Ihrer Meinung nach kann man daran nichts ändern.

Eine etwa 28/29 jährige Pförtnerin der Beuth-Hochschule in der Kurfürstenstraße arbeitet dort seit März 2011 und wohnt in Reinickendorf. Sie erzählt, dass sie erst Horror vor der Straße hatte, bevor sie den Job anfing. Aber sie habe sich an das Straßenbild gewöhnt, und in letzter Zeit sei nicht viel los. Ihr falle bloß auf, dass viele Männer ziellos über die Straße laufen und man die Damen zu jeder Zeit sieht. Morgens stehe immer ein LKW vor der Hochschule, ob das vielleicht „Schirmherren“ seien? Sie selber sei noch nie angesprochen worden, aber männliche Kollegen schon. Die Hochschule und die Straße komme ihr vor wie „Parallelwelten“, jede mache so ihr Ding. An dem Strich könne man nichts ändern. Nur beim Dreck könnte man noch nachbessern, meinte sie, also mehr Reinigungen (durch die BSR). Dem stimmt ihr männlicher Kollege (ca. 48 Jahre), der zum Ende des Gesprächs dazu kommt, zu. Der Müll würde zudem viele Vögel anziehen (die wiederum auch Hinterlassenschaften produzieren).

Der Besitzer (ca. 58 Jahre) eines Curry Wurst Imbisses an der Kurfürsten-/ Ecke Genthiner Straße ist seit 1973 an diesem Standort. Er wohnte anfangs auch in der Gegend, ist dann aber weggezogen. Er sei schon oft zum Straßenstrich befragt worden, auch von Fernsehteams. Grundsätzlich habe er nichts gegen den Strich, sehe aber viele negative Veränderungen. Früher waren die Frauen nur abends da, nicht tagsüber. Jetzt gebe es hier abends einen regelrechten Auto-Stau. Okay, schiebt er ein, früher gab es noch den Drogenstrich, der ist jetzt weg. Aber ansonsten fehle hier inzwischen die Kultur, die Frauen hätten „keine Etikette“. Damit meint er vor allem die Kleidung („superknapp und unästhetisch“) und die Ansprache („reißen Autotüren auf und schlagen aufs Autodach“). Er benutzt eine Metapher: „man sieht lieber eine Blume als einen verdorrten Kaktus“ und meint: „die Frauen sollten doch besser was fürs Auge hergeben, früher haben die Frauen mehr Stil gehabt“. Manche sind seiner Einschätzung nach noch keine 20 Jahre. Er hat beobachtet, dass manche Frauen zu dieser Kleidung unter Gewalt gezwungen werden, eine wollte einmal eine Hose tragen, da kam ein Mann, schlug sie und sie musste sich einen Rock anziehen. Es seien vor allem Osteuropäerinnen. Seiner Meinung nach kämen diese hierher, weil bei ihnen zu Hause der Straßenstrich verboten ist. Er möchte nicht, dass die Frauen an seinen Imbiss kommen- zumindest nicht zur Kontaktanbahnung, zum Cola-Kaufen schon. Reden kann er mit ihnen ein bisschen, aber, meint er noch, „Sprache ist eigentlich nicht so wichtig“.

Das Gespräch wurde von zwei Imbiss-Kunden verfolgt, beides Handwerker; der eine (ca. 46 J.) schaltet sich ein und ergänzt: „Es ist immer eine Frage von Angebot und Nachfrage.“ Gerade abends stehen hier so viele Frauen, man komme mit dem Auto nicht durch. Er sei regelmäßig in der Gegend, es sei sein Weg zur Arbeit und zurück. Einmal stand er an der roten Ampel, eine Prostituierte riss die Fahrertür auf und nannte ihm ihre Preise. Auf Nachfrage sagte er dann: „30 Euro für GV, 20 fürs Blasen, 40 für beides“. Dann wurde die Ampel grün.

Am Dönerladen Potsdamer/ Ecke Kurfürstenstraße erzählt der Besitzer (zwischen 50 u. 60 Jahre alt), dass er seit 30 Jahren in der Gegend wohnt und seinen Laden seit 11 Jahren hat. Er sagt, dass keine deutschen Frauen mehr da seien, es seien jetzt vor allem Ungarinnen. Seiner Information nach arbeiten sie sehr „günstig“ (für 10-15 Euro) und hätten einfach insgesamt zu wenig an. Seiner Meinung nach haben sie die Konkurrenz in die Flucht geschlagen und werden immer mehr. Sie stehen auch immer weiter in die Potsdamer Straße hinein als früher. Natürlich verkauft er dann auch mehr, das ist gut fürs Geschäft. Aber als Familienvater macht er sich Sorgen. Seine Töchter, 20 und 22 Jahre, hätten keine Ruhe, er mache sich Sorgen, wenn sie vor die Tür gehen. Es sei lauter geworden, v.a. nachts, viel Autoverkehr und die Prostituierten höre man, wenn sie sich streiten.

Ein Kunde, ca. 30 Jahre mit türkischem Migrationshintergrund, geboren und aufgewachsen im Viertel, beteiligt sich am Gespräch: Früher seien hier die Junkies gewesen, die seien jetzt am Kotti (Kottbusser Tor). Seiner Meinung nach, werde die Gegend inzwischen von Rumänen, Bulgaren, Ungarn, ‚Zigeunern‘. dominiert. Die Zuhälter hätten die Deutschen `weggeekelt´. Er habe eine jüngere Schwester, um die mache er sich Sorgen, dass sie manchmal angemacht werden könnte, die Freier könnten nicht unterscheiden. Nicht dass sie sich selber nicht gut wehren könnte, aber er mache sich halt so seine Gedanken.
Er meint, dass in Berlin einfach mal klar geregelt werden müsste, wo Prostitution stattfindet. Er erwähnt die Kaiserstraße in Frankfurt/Main als gutes Beispiel. In Berlin sei es zu verteilt, besser sei es doch, 2-3 Straßen zu kennzeichnen.

Für das nächste Gespräch besuchen wir die Hizmet Fleischerei, sie besteht seit 10 Jahren in der Kurfürstenstraße in Verbindung zur dahinter liegenden Samarkand-Moschee. Die Männer im Laden erzählten, dass es für sie anfangs schwierig gewesen sei, inzwischen hätten sie sich aber an die Frauen gewöhnt. „Was soll man machen?“. Es sei schon ein ernstes Problem, Kunden werden angesprochen und für die Kinder sei es hier „richtig schlecht“. Es ist besser, wenn die Frauen alleine zum einkaufen kommen, sie würden nicht angesprochen. Die Männer würden schauen, da sie die freizügig gekleideten Prostituierten ja kaum übersehen könnten und das würden ihre Ehefrauen dann mitbekommen, das gäbe dann richtig Ärger zu Hause. Manchmal kommt es vor, dass morgens eine Frau auf den Treppenstufen zum Laden schläft. Die Männer von Hizmet/ Samarkand sagen, es wäre schön, wenn man eine Lösung finden könnte und die Frauen vielleicht woanders hin gingen.

Eine Angestellte der Deutsche Bank Potsdamer/Bülowstraße berichtet, dass die Nachtschließung des SB-Kassenbereichs seit Januar 2011 (von 22.00 bis 6.00 Uhr) besteht. Das machen „die anderen“ (Commerzbank, Postbank) auch, weil v.a. im Winter die Frauen sich im Vorraum aufhalten und die Kunden ansprechen, z. B. beim Geldabheben: „Der 50er ist meins“. Sie hätten viel Müll hinterlassen (Zigaretten, Taschentücher), man habe das auf den Überwachungskameras gesehen. Die Prostitution störe sie – die Bankangestellte – persönlich nicht besonders, aber sie würden hier nicht wohnen wollen – „keine Gegend für Kinder!“

5. Teilnahme an Treffen / Werkstattgespräche

Teilnahme an Treffen / Werkstattgespräche

Zwei Mal wurde am Seniorenfrühstück, ein Mal an der Mittwochsinitiative der Zwölf Apostel Gemeinde und ein Mal an einer Sitzung der Fachgruppe Kurfürsten teilgenommen, sowie eine Aktion der Arbeitsgruppe *Aktion Gesunder Kunde* in der Oranienburger Straße in Berlin Mitte begleitet.
Zudem nahmen wir an den beiden Bürgerversammlungen, am 15. Juni mit Bürgermeister Band und etwa 110 AnwohnerInnen, sowie am 13. Juli mit Stadträtin Schöttler und etwa 85 Personen teil.

In drei Werkstattgesprächen – in der Fachgruppe Kurfürsten mit sechs Personen, dem QM beider Bezirke mit vier Personen und einem Treffen mit zehn AnwohnerInnen – wurden im Juni die Zwischenergebnisse vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Die Werkstattgespräche wurden mit dem Ziel durchgeführt, Kritik und Feedback zu erhalten. Sie dienten dazu, die Untersuchungsergebnisse bekannt zu geben und gemeinsam zu reflektieren und zu diskutieren.

Beim Werkstattgespräch mit den AnwohnerInnen brachten diese zunächst eher allgemein zum Ausdruck, dass ein Unbehagen mit der Situation im Kiez besteht. Es wurden dann noch einmal die bekannten Probleme, wie z.B. Verschmutzung / Müll, Lautstärke, kriminell wirkendes Publikum rund um den Kiosk in der Frobenstraße, thematisiert. Tendenziell wurde dafür zwar der Straßenstrich als Ursache angesehen, doch könne dieser nicht einfach „wegorganisiert“ werden. Auch eine Sperrgebietsverordnung wurde als nicht hilfreich eingeschätzt. In der danach folgenden Diskussion wurde deutlich, dass die zehn anwesenden AnwohnerInnen an punktuellen Lösungen interessiert sind. Dazu wurden die bereits gesammelten Ideen aus der Auswertung diskutiert und weitere entwickelt. Die Vorschläge und Ergebnisse sind in die Lösungsszenarien und Empfehlungen eingeflossen.

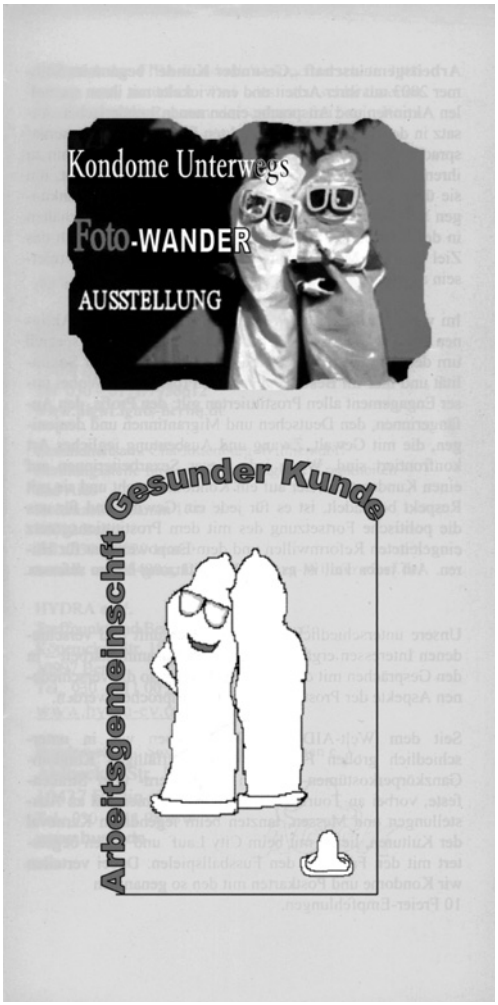
AnwohnerInnen-Treffen am 28.6.2011

Darüber hinaus wurde der Wunsch geäußert, mehr über die Prostituierten zu erfahren. Die AnwohnerInnen möchten wissen, mit wem sie es zu tun haben. Sie möchten auch wissen, ob sie sich Sorgen machen müssen, dass es sich schlimmstenfalls um minderjährige Opfer von Menschenhandel handelt – oder ob sie einigermaßen beruhigt sein können, dass es sich um ‚gestandene, normale‘ Frauen handelt. Es wird dafür ein neues Treffen verabredet, das am 17. August im Nachbarschaftstreff Tiergarten Süd zusammen mit den VertreterInnen der Prostituiertenorganisationen stattgefunden hat.
Die Möglichkeit eines Straßenfestes wurde ebenfalls angesprochen. Die Frage, ob sich daraus nachhaltige Annäherungen zwischen AnwohnerInnen und Prostituierten ergeben könnten, wurde aber tendenziell kritisch gesehen.

AnwohnerInnen-Treffen am 17.8.2011 mit VertreterInnen vom Frauentreff Olga, von Gangway und Subway

Begleitung einer Freier-Aktion

Aktion der „Arbeitsgemeinschaft Gesunder Kunde“
Straßenaktion zur WM 2006



Flyer der „Arbeitsgemeinschaft Gesunder Kunde“

6. Begleitung einer Freier-Aktion

Die „Arbeitsgemeinschaft Gesunder Kunde“ ist ein Präventionsangebot, das sich speziell an Kunden sexueller Dienstleistungen wendet. Es besteht seit Sommer 2003. Die Aktionen und Ansprachen sind spielerisch gestaltet, es wird über Gesundheit und HIV/STD-Erkrankungen informiert und zu einem respektvollen Verhalten gegenüber Prostituierten animiert. Die Aktionen werden an unterschiedlichen öffentlichen Plätzen und Orten in Berlin durchgeführt. Die AktivistInnen tragen dabei teilweise „Ganzkörperkondome“ und führen Informationsmaterial und Kondome in „Bauchläden“ mit.
Die Arbeitsgemeinschaft besteht aus MitarbeiterInnen der Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung Charlottenburg Wilmersdorf, Friedrichshain Kreuzberg und Marzahn Hellersdorf sowie Hydra e. V. und Gangway e.V..

Am 1. Juni 2011 nahmen wir gegen Abend und im Vorfeld des Internationalen Hurentages (2. Juni) an einer Aktion der AG Gesunder Kunde in der Oranienburgerstraße teil. Die Kondomkostüme sind mit einem wirklich hervorragenden Design ausgestattet und waren schon von weitem ein Blickfang. Menschen, Männer wie Frauen, reagierten sehr positiv auf die Gruppe und die Aktion und stellten Fragen zu unterschiedlichen gesundheitliche, medizinischen und sozialen Aspekten. Manche Kontakte waren auch nur kurz, viele fanden die Aktion sehr gut und begrüßten sie. Fotos wurden gemacht und manches Gelächter kam auf. Es konnten an diesem Abend auch viele junge Männer und Frauen erreicht werden, deren Interesse – nach anfänglicher Verlegenheit - groß war. So ergab sich manche Diskussion über Sexualität, Männer und Frauen und Prostitution.
Die Prostituierten wurden über die Aktion im Vorbeigehen informiert, manche kannten die AktivistInnen bereits, manche reagierten sehr positiv, manche verhaltener.
Es wäre in jedem Fall zu begrüßen, wenn die Aktionen regelmäßig auf der und rund um die Kurfürstentraße stattfinden könnten. Zudem wäre zu überlegen, ob man den „Knigge“ für die Freier den Gegebenheiten auf dem Straßenstrich anpasst und auch an die AnwohnerInnen verteilt.

Auswertung und Ergebnisse

Im Nachfolgenden ist die problematische Situation noch mal kurz skizziert und sind die Ergebnisse der quantitativen Befragung in statistischer Form und der qualitativen Befragungen in Form von exemplarischen Zitaten dargelegt. Sie sind unter den jeweiligen problematischen Punkten zusammengefasst. Die Auflistung erfolgt in der Rangfolge und ist nach der Häufigkeit der Benennungen aufgeführt.
Im Fragebogen konnten verschiedene Probleme mit einer Skala, in den Kategorien von 1 (stört mich kaum) bis 6 (stört mich sehr), bewertet werden. Des Weiteren konnte zu jedem Punkt eine genauere Beschreibungen oder Auflistung erfolgen (siehe Fragebogen im Anhang). Manche der 43 Personen, die den Fragebogen ausfüllten, haben nur die Nummern der Skala eingetragen, manche nur die genauere Beschreibung, bei der auch Mehrfachnennungen möglich waren, vorgenommen. So ergeben die unten aufgeführten Zahlen nicht immer die Gesamtzahl von 43 Personen.

Diese Ergebnisse der Fragebögen hinsichtlich der Problembeschreibungen entsprechen den Diskussionen in den Bürgerversammlungen sowie den ausführlicher im persönlichen Gespräch befragten Menschen, die rund um die Kurfürstenstraße leben und arbeiten.

1. Problembeschreibungen

Problembeschreibungen

Einige der befragten AnwohnerInnen leben schon sehr lange im Kiez und konnten dadurch die Entwicklung gut beschreiben. So erzählt eine Anwohnerin, die dort schon 25 Jahre lebt, stellvertretend für viele andere: „Früher kannten wir die Prostituierten, das waren eigentlich ständig die gleichen, die abends gekommen sind, im Sommer nicht vor 22 Uhr, im Winter nicht vor 20 Uhr.“ Laut ihrer Beschreibung gab es damals zwar viel Drogenhandel und drogenabhängige Prostituierte (die auf der Kurfürstenstraße von der Potsdamer Straße bis zur Frobenstraße standen), aber spätabends kamen. „Die anderen Prostituierten, die waren anders angezogen und vom Benehmen her auch. Sauberer. Die haben ihr Gewerbe nicht hier ausgeübt, sondern sind Richtung Tiergarten gefahren, wo keine Anwohner sind.“

Die Anwohnerin schildert die Situation auf der Kurfürstenstraße so, wie sie und auch andere sie von früher in Erinnerung haben, und macht dadurch deutlich was sie unter anderem an der heutigen Situation stört: „Was noch ein Unterschied war, sie waren unauffällig, man hat sie nicht gehört. Wurde man als Anwohnerin von einem Freier angesprochen, sind die ganz schnell aus dem Nichts aufgetaucht und haben dem klargemacht, dass sie die richtige Ansprechpartnerin sind. Die kannten Kind und Kegel, die wussten wer, wo wohnt, man wurde nicht belästigt. Spätabends waren sie schon offenherzig angezogen, aber man konnte mit den Damen reden. Die waren zufrieden, dass es toleriert wurde. Und man hatte nicht den Schmutz, die haben ihre Kondome und Taschentücher mitgenommen und selbst entsorgt.“ Dies sei heute nicht mehr der Fall.

In Bezug auf die Ausbreitung des Straßenstrichs erinnert sich eine andere Anwohnerin: „Die standen eigentlich nur an der Kurfürstenstraße und in der Bülowstraße. Richtung Winterfeldstraße standen die Transvestiten. Es gab noch welche in der Lützow und in der Genthiner Straße, aber das wurde später auch aufgelöst. In der Potsdamer Straße standen nur Mädchen, die in Bordellen gearbeitet haben. Die Mädchen standen draußen auf der Straße und sind dann nach oben gegangen. Den Straßenstrich gab es trotzdem. (…) Später hat man es in der Potsdamer Straße abgeschafft, weil man es dort nicht mehr haben wollte, die Konzessionen wurden einfach nicht verlängert. Danach blieb nur die Kurfürstenstraße."
Sie nehmen wahr, dass viele Prostituierte neu ankommen und dass sie mehrheitlich aus den mittel- und osteuropäischen EU-Ländern sind. Sie kennen offensichtlich die Gepflogenheiten rund um die Kurfürstenstraße nicht und benehmen sich anders. Sie sprechen die Kunden offensiver an und sind freizügiger gekleidet.
Neben dem bestehenden Straßenstrich betreiben einige Frauen nachts die Ausübung der Prostitution in den nahe liegenden, ruhigen und dunkleren Wohnstraßen. Auch dadurch kommt es zu den nachfolgend beschriebenen Lärmbelästigungen und dem Müllaufkommen.

Die problematischen Punkte wurden im Einzelnen wie folgt beschrieben:

Ruhestörungen / Lärm

1. 1. Ruhestörungen / Lärm

Laut Fragebogen bewerteten 23 Personen (54%) die nächtlichen Ruhestörungen und den Lärm als sehr störend (Kategorie 6), 2 Personen (5%) als mittel bis stark störend (Kategorie 4/5) und 8 Personen (19%) als kaum bis wenig (Kategorie 1-3).
In der beschreibenden Auflistung stehen das nächtliche Geschrei/Schreien/Kreischen der Frauen sowie das Herumstreiten untereinander und mit Männern mit 23 Nennungen mit großem Abstand an der Spitze der häufigsten Nennungen, gefolgt von fahrenden Autos (9), Hupen (5) und Türen schlagen (5) mit insgesamt 17 Nennungen.
Der Begriff Gewalt wurde ebenfalls 5 Mal angeführt, ohne einer näheren Erläuterung. Aus den Gesprächen ließ sich erschließen, dass hiermit offenbar lautstarke und tätliche Auseinandersetzungen gemeint sind.

Des Weiteren wurden lautes Telefonieren zwischen 2-5 Uhr morgens genannt, dann nachfolgend: laute Stöckelschuhe, lautes Musikhören über das Handy, anhaltendes Grölen durch (meist männliche) Passanten nachts auf den Straßen, Stöhnen auf Grund sexueller Handlungen.

Dazu sagt eine Anwohnerin im Gespräch: „Ich gehe arbeiten, wie soll das gehen, wenn ich nachts nicht schlafen kann. Man wird nachts wach, weil es hier an der Apostelkirche wie ein Trichter ist und auch von der Büllowstraße kommt der Schall. Autolärm, Türen knallen – da wirst'e irre! Dabei wohnen wir hier auch nicht billig, ich zahle über 700 Euro Miete. Meine Nachbarn, deren Wohnung wurde saniert, die zahlen 860,- pro Monat! Da kann ich doch erwarten, dass ich mich erholen kann, wenn ich von der Arbeit komme."

Der Kiosk „Spätkauf“ an der Ecke Froben/Bülow Straße nimmt eine besondere Stellung ein. Er ist rund um die Uhr geöffnet und zu einem Treffpunkt von Prostituierten, Zuhältern, Freiern und anderen Gäste avanciert, die sich offensichtlich gerne „betrinken, dauerhaft lärmen, an Wohnungstüren klingeln, an die Hauswand urinieren oder die sich mit den Prostituierten im Keller aufhalten“.

Der Kiosk „Spätkauf“, Bülowstraße / Ecke Frobenstr.

Insgesamt kann natürlich fest gehalten werden, dass die Lärmbelastung im Kurfürstenkiez, ähnlich wie in anderen Berliner Bezirken, durch die stark genutzten Hauptverkehrsachsen, die U-Bahn (Hochbahn), durch Kneipen, öffentliche Plätze, LKW-Anlieferung für Supermärkte etc. sowieso punktuell sehr stark gegeben ist und ein ruhiges Wohnen ohnehin erschwert. Durch Lockerung der Mietpreisbindungen in den anliegenden Wohnungen, d.h. Mietpreissteigerungen im Viertel und diese zunehmenden Belastungen entsteht bei manchen AnwohnerInnen verständlicherweise starker Ärger.

1. 2. Verschmutzungen

Verschmutzungen

Die Verschmutzungen rund um den Straßenstrich sind ein ebenso großes Problem. Auch diesen Punkt bewerten 26 Personen (60%) als sehr störend (Kategorie 6), 3 Personen (7%) als mittel bis stark (Kategorie 4/5) und 7 Personen (16%) als kaum bis wenig (Kategorie 1-3) störend. Herumliegende Kondome oder Kondomverpackungen standen mit 16 Nennungen an der Spitze, vor den Taschentüchern und den Spritzen mit jeweils 7 Nennungen.

Objet trouvé aus der Frobenstraße

Zudem wird offensichtlich die Notdurft in den Hauseingängen oder den Vorgärten verrichtet (7 Nennungen). Es fand sich Urin/Kot in den Hauseingängen Bülowstraße und im hinteren Eingang U-Bahn Nollendorfplatz. Danach wurden Cafébecher und Flaschen genannt, gefolgt von Zigaretten/ Zigarettenpackungen, und Glasscherben.

Als Orte der Verschmutzungen werden Hausflure, Fußwege und Vorgärten sowie Grünanlagen und Hinterhöfe (Apostelkirche) genannt, die regelmäßig „zugemüllt“ werden.
Rund um das Froben Kiosk wurde die Situation wie folgt beschrieben: Glasscherben, Kaffeebecher, Kondome, Kondomverpackungen, Spritzen, Urin, Erbrochenes, Flaschen liegen herum. Ein Anwohner meint dazu nur: „Es stinkt.“

1. 3. Verhalten der Frauen

Verhalten der Frauen

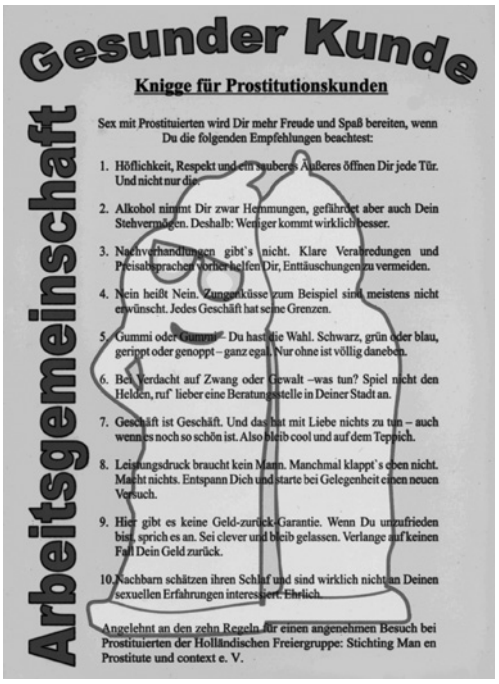
Das Verhalten und Benehmen der Prostituierten bewerten 22 Personen (51%) als sehr störend (Kategorie 6), 1 Person (2%) als im mittleren Bereich (Kategorie 4/5) liegend, demgegenüber stehen hier allerdings 9 Personen (21%), die es kaum bis wenig stört. Genannt wurden in der weiteren Beschreibung 14 Mal das Ansprechen von Anwohnern, gefolgt von Beleidigungen und Beschimpfungen (6) sowie das Anfassen von Anwohnern (5).
„Man wird in der Kurfürstenstraße ständig angesprochen, obwohl man offensichtlich gerade etwas anderes vor hat“, berichtet ein Anwohner.

Verhalten der Frauen

Manche Anwohner bezeichnen das Verhalten der Frauen als „haarsträubend mit Po zeigen und an den Busen fassen“ und meinen: „Sie sind billig und machen alles auf der Straße, vor jedem“.
Ein Anwohner, der seit etwa sieben Jahren im Viertel wohnt, beschreibt seine Erfahrungen differenzierter: „Als ich hergezogen bin, waren hauptsächlich junge Mädchen auf der Kurfürstenstraße von der Genthiner bis zur Kreuzung Potsdamer Straße. Diese hatten die Eigenschaft, dass sie sich auch quer stellten und die Fußgänger blockierten, sie ansprachen, aber das in einem weitaus geringeren Maß wie heute, wo man nicht mehr durchgehen kann ohne Spießruten zu laufen.
Die Situation in der Genthiner Straße war eigentlich ruhiger, dort waren meist nur 3,4 Frauen vertreten, auf der Seite von Möbel Hübner. Dort ist die Straße breit genug, um sich aus dem Weg zu gehen. Angesprochen wurde man trotzdem, aber nicht so penetrant wie es auf dem oben genannten Abschnitt der Kurfürstenstraße der Fall ist. Im hinteren Ende zur Lützowstraße hin ist es meist ruhiger wie vorn im Abschnitt zur Kurfürstenstraße. Im Abschnitt der Kürfürstenstraße bis zur Einemstraße sowie in der Einemstraße selbst standen immer reifere (30+), aber immer zurückhaltende Frauen. Diese, so habe ich es erlebt, wenn ich vorbeiging, haben mich nicht belästigt. Dieser Abschnitt war ok (persönliches Empfinden)“.

Die Kritik an der Kleidung der Prostituierten (zu knapp, zu wenig bekleidet, „halb nackt“) folgt als letzter Punkt, diese empfinden 18 Personen (42%) als sehr störend, 3 Personen (7%) liegen im mittleren Feld (Kategorie 4/5), dem gegenüber stehen 10 Personen (23%), die es als kaum bis wenig störend beschreiben.

Verhalten der Kunden


Gesunder Kunde

Knigge für Prostitutionskunden

Arbeitsgemeinschaft

Sex mit Prostituierten wird Dir mehr Freude und Spaß bereiten, wenn Du die folgenden Empfehlungen beachtest:

1. Höflichkeit, Respekt und ein sauberes Äußeres öffnen Dir jede Tür. Und nicht nur die.
2. Alkohol nimmt Dir zwar Hemmungen, gefährdet aber auch Dein Stehvermögen. Deshalb: Weniger kommt wirklich besser.
3. Nachverhandlungen gibt's nicht. Klare Verabredungen und Preisabsprachen vorher helfen Dir, Enttäuschungen zu vermeiden.
4. Nein heißt Nein. Zungenküsse zum Beispiel sind meistens nicht erwünscht. Jedes Geschäft hat seine Grenzen.
5. Gummi oder Gummi? Du hast die Wahl. Schwarz, grün oder blau, gerippt oder genoppt – ganz egal. Nur ohne ist völlig daneben.
6. Bei Verdacht auf Zwang oder Gewalt –was tun? Spiel nicht den Helden, ruf' lieber eine Beratungsstelle in Deiner Stadt an.
7. Geschäft ist Geschäft. Und das hat mit Liebe nichts zu tun – auch wenn es noch so schön ist. Also bleib cool und auf dem Teppich.
8. Leistungsdruck braucht kein Mann. Manchmal klappt's eben nicht. Macht nichts. Entspann Dich und starte bei Gelegenheit einen neuen Versuch.
9. Hier gibt es keine Geld-zurück-Garantie. Wenn Du unzufrieden bist, sprich es an. Sei clever und bleib gelassen. Verlange auf keinen Fall Dein Geld zurück.
10. Nachbarn schätzen ihren Schlaf und sind wirklich nicht an Deinen sexuellen Erfahrungen interessiert. Ehrlich.

Angelehnt an den zehn Regeln für einen angenehmen Besuch bei Prostituierten der Holländischen Freiergruppe: Stichting Man en Prostitute und context e. V.

Karte der „Arbeitsgemeinschaft Gesunder Kunde“

1. 4. Verhalten der Kunden

Das Verhalten der Kunden steht an vierter Stelle, 20 Personen (46%) bewerten es als störend, 3 (7%) als mittelmäßig und 6 Personen (14%) als kaum bis wenig störend. Das störende Verhalten wurde vor allem als Lärmbelästigung beschrieben, mit durchfahrenden, haltenden, anfahrenden Autos mit 11 Nennungen und Hupen sowie Schlagen von Autotüren mit jeweils 5 Nennungen beschrieben.
Zudem wurde das Ansprechen als Prostituierte von 4 Anwohnerinnen (16%) benannt: „Man wird als normale Bürgerin auch als Prostituierte abgestempelt“.

Über die Freier wird weiterhin berichtet, dass sie mit ihren Autos abgelegene Parkplätze, Garageneinfahrten und ruhige Seitenstraßen anfahren, um dort dem Sex mit den Prostituierten nachzugehen. „Die fahren hier, alles was hier ruhig ist an Straßen, also die Straße hier auch gerade rein. Alle kleinen Straßen, die es hier in der Umgebung gibt, die werden auch benutzt.“ (Ein Experte)
Neben diesen Orten gibt es laut Erzählungen einiger AnwohnerInnen noch angemietete Wohnungen im Kiez, wohin die Prostituierten mit ihren Freiern gehen. So wurde von AnwohnerInnen berichtet, dass angemietete Wohnungen in der Frobenstraße Nr. 4 und Bülowstraße Nr. 94/95 offensichtlich an Prostituierte untervermietet werden, auch

Verhalten der Kunden

mit Wissen der Hausverwaltung und sehr häufig gleichzeitig an mehrere Frauen, meist aus dem osteuropäischen Raum. Manche Hausflure (Frobenstraße Nr. 4) werden als Orte zur Prostitutionsausübung genutzt.

Ein Experte sagt zum Stichwort Kunden: die wollen schnellen, anonymen Sex, das schätzen sie am Autostrich in der Kurfürstenstraße, „da geht es um die schnelle Nummer“. Es sei auch ein heimliches Gewerbe, die Männer wollen, dass die Prostituierte schnell einsteigt und dann losfahren. „Denn er will zum einen nicht, dass sein Chef das mitkriegt, dass er in der Arbeitszeit mit Frauen rummacht, zum anderen will er nicht, dass seine Frau das sieht. Diese Männer wollen in Ruhe schnell ihr Ding durchziehen“.

Insgesamt gab es 7 Nennungen (27%) hinsichtlich der Sichtbarkeit von sexuellen Handlungen in der Öffentlichkeit, die als störend, unangemessen und unangenehm beschrieben werden. Dieser Punkt wurde mal bei den Freier und mal bei den Prostituierten aufgeführt.

1. 5. Thema Kinder

Thema Kinder

„Bisher habe ich mir noch nicht allzu viele Gedanken gemacht zum Thema, weil ich die Situation nicht als schlimmes Problem wahrnehme. Wäre eventuell anders, wenn wir Kinder hätten.“ (Eine Anwohnerin).
Einige AnwohnerInnen äußern ihre Besorgnis darüber, dass Kinder die Prostituierten in leichter Bekleidung oder unter Umständen auch sexuelle Handlungen in der Öffentlichkeit sehen können. So berichtet ein Anwohner: „Ich finde es supernervig, das ist mir letzte Woche, nee, diese Woche passiert, dass ich mit meinem Kind lang laufe, die Straße, trotzdem angesprochen werde.“
Auch der Umgang der AnwohnerInnen, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, gegenüber den Prostituierten sieht er kritisch. Diese würden die Prostituierten mit Kastanien bewerfen oder sie beschimpfen.

Eine Anwohnerin meint, dass der Kinder- und Jugendschutz hier keine Beachtung mehr fände. Ihrer Einschätzung nach bekämen die Kinder inzwischen alle Begleiterscheinungen des Prostitutionsgewerbes zu sehen. Das findet sie unverantwortlich: „Ein Kind muss nicht sehen, wie die Sexualpraktiken in allen Varianten vonstatten gehen. Und die Prostituierten sprechen auch Jungs an. Aber Kinder müssen doch geschützt werden, da nützt es nichts wenn die Politiker immer von Bildung reden, das soziale Umfeld gehört doch auch dazu!“.

Bei dem Thema Kinder ist sicherlich kritisch zu hinterfragen, warum der Kontakt von Kindern mit Prostituierten grundsätzlich schädlich für ihre Entwicklung ist. Ein offener und aufklärender Umgang mit unterschiedlichen Lebensweisen gehört durchaus zu einer toleranten und akzeptierenden Gesellschaft, die respektvoll miteinander umgeht.

Zusammenfassung

Zusammenfassung

Grundsätzlich besteht eine sehr pragmatische bis akzeptierende Haltung zur Prostitution bei den AnwohnerInnen. Kritik besteht vor allem an den Auswirkungen, die (gefühlt oder nicht) für manche zugenommen haben. Genannt und beschrieben wurden vor allem und an erster Stelle, die nächtlichen Ruhestörungen, der immer wiederkehrende Lärm (71%) und die Verschmutzungen (69%). Das Verhalten der Frauen (64%), aber auch der Freier (64%) und die Kleidung der Frauen (55%) wurden unterschiedlich und teilweise als wenig(er) problematisch eingeschätzt. Zudem wird von manchen wahrgenommen, dass das Verhalten der Frauen untereinander härter geworden ist, aber auch mehr Männer, d.h. Freunde oder Zuhälter auftreten.
Als ein weiteres Problem wurden die sexuellen Handlungen in der Öffentlichkeit (27%) und das Thema Kinder- und Jugendschutz benannt.

Die Probleme ergeben sich aus einer (teilweisen unklaren) Nutzung des Raumes durch unterschiedliche Akteure mit vielfältigen Interessen zur gleichen Zeit, die Unruhe, Belastungen, Unsicherheiten hervorrufen (z.B. durch AnwohnerInnen, Erwachsene, Jugendliche und Kinder, Gewerbetreibende, Schulen, Kitas, Gemeinden (Kirchen, Moschee), Prostituierte, Zuhälter, Freier, DrogenkonsumentInnen etc). Sie ergeben sich zudem aus dem gewerblichen Angebot Prostitution (Sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt), dass keine weiteren (Außen-)Räume für die Erbringung der Dienstleistung vorsieht, diese eher beschneidet - also der Nicht-Berücksichtigung der Trennung von Angebot und Ausübung der Prostitution im Bereich Straßenprostitution.

Ein Polizei-Experte zieht das Fazit: „Wir müssen uns immer sagen: Worum geht es? Dass die Frauen inzwischen teilweise nackig da stehen – okay, kann man hinkriegen, das zu verändern. Dass die zu laut sind – kriegt man schon nicht mehr hin. Denn die schreien ja nicht stundenlang, das sind immer so Ausschläge, und Lärm muss man zuordnen. Man kann die Prostitution in der Öffentlichkeit, sprich in Vorgärten und Hausfluren, da kann man bestimmte Maßnahmen machen. Man kann es auf ein bestimmtes Level runterfahren. Aber das wird nicht die Prostitution beseitigen. Wir müssen es einfach hinnehmen, es ist ein Wirtschaftszweig und der ist da. Es sei denn, die Gesellschaft entscheidet sich, eine andere Politik zu fahren“.

IV. Lösungsszenarien

Es wurden von fast allen Befragten Ideen eingebracht und Lösungs- sowie Verbesserungsvorschläge gemacht. Manche sind bereits durch die Bezirke, die Polizei, die Sozialen Träger oder andere Beteiligte aufgenommen oder auch umgesetzt worden. Sie können drei Grundhaltungen zugeordnet werden, die drei möglichen Lösungsszenarien entsprechen. Sie werden im Nachfolgenden skizziert.

Da die bestehenden oder bereits umgesetzten Lösungen zwischen den letzten beiden Szenarien, Eindämmen oder Akzeptieren, oszillieren, finden sich diese Lösungen und weitere Vorschläge unter dem jeweiligen Szenario wieder.

1. Verbote und Verlagerung – Sperrzeiten, Sperrgebiete und Toleranzzonen

Verbote und Verlagerung

„Zwölf Bezirke freuen sich, dass zwei die Probleme haben.“
(Eine Anwohnerin)

Vorschläge und Überlegungen seitens der Befragten gingen hier in die Richtung, dass die Prostitution grundsätzlich in Wohngebieten, vor Schulen und Kindergärten verboten und nach anderen Orten gesucht werden sollte, z.B. am Stadtrand oder in Gewerbegebieten, die dann extra darauf ausgerichtet werden.
Andere schlugen vor, die Straßenprostitution komplett zu verbieten und Bordelle, Puffs oder Laufhäuser einzurichten, damit sich die Prostitution innerhalb dieser Gebäude abspielt und nicht mehr sicht- und hörbar auf der Straße.

Zudem gab es Überlegungen, dass die Strassenprostitution nach 20 Uhr in Gewerbegebiete verlegt werden sollte oder es sollten Sperrzeiten von 7 Uhr morgens bis 20 Uhr abends eingerichtet werden, so dass die Prostituierten nicht mehr von 7.30 morgens bis 4/5 Uhr nachts auf den Straßen stehen.
Laut einer aktuellen Umfrage des Instituts info GmbH für das Wahlbarometer von Berliner Kurier und Berliner Rundfunk 91.4 (siehe Pressespiegel im Anhang) sind 49 Prozent der gesamten Berliner Bevölkerung für eine Sperrzeit zwischen 8 und 20 Uhr und 47 Prozent dagegen bei 4 Prozent Enthaltungen. Interessanterweise sind die Bezirke in denen vor allem die Straßen-Prostitution stattfindet mit 58 Prozent (Tempelhof-Schöneberg) und 52 Prozent (Mitte) ganz klar gegen eine Sperrzeit. 38 Prozent (Tempelhof-Schöneberg) und 46 Prozent (Mitte) sind für eine solche Sperrzeit.

Bei den vorliegenden 43 Fragebögen sind insgesamt 21 Personen (49%) für ein irgendwie geartetes Sperrgebiet:

- 7 Personen für eine Sperrzone in Wohngebieten allgemein und
- 6 Personen für die Einrichtung eines kompletten Sperrbezirks für den Straßenstrich im Viertel.
- 8 Personen sind für die Verlegung des Straßenstrichs in ein anderes Gebiet oder/und für eine dort ausgewiesene

Toleranzzone (z.B. Gewerbe, Industrie, Stadtrand).
4 Personen haben sich für klar abgegrenzte Sperrzonen rund um Kindertagesstätten, Schulen, Bushaltestellen und
2 Personen für die Einrichtung von Sperrzeiten tagsüber ausgesprochen.

Ein Gewerbetreibender beschreibt die Situation folgender maßen:
„Hier gibt es so viel Kitas, so viele Kinder, die müssen das doch nicht immer sehen… der Strich soll ja gar nicht ‚weg', aber wir brauchen tagsüber eine Sperrzeit. Da wäre es schön, wenn uns von Senatsseite geholfen würde, dass es tagsüber eingedämmt wird.

Damit sich hier auch mehr ‚normale' Gewerbetreibende ansiedeln" und den Ladenleerstand in der Potsdamer Straße beenden. Er meint: „Wenn man tagsüber auf der Kurfürsten machen kann was man will, dass die da nackt stehen usw., zieht das alles andere hinter sich her! Wo sowieso Chaos ist, zieht es noch mehr Chaos an." Den Einwand, Sperrzeiten alleine nützten nichts, solange es an Orten fehlt, wo die Prostituierten ihr Geschäft mit den Freiern erledigen können, findet er plausibel. Also wäre eine Kombination aus Sperrzeit und ‚Orte schaffen' eine gute Lösung.
„Ich bin natürlich interessiert daran, dass Bürger und Familien hierher kommen bzw. hier nicht wegziehen, also Leute, die Geld ausgeben in der Straße."

Vorteile

1.1. Vorteile

Vorausgesetzt das Stadtviertel rund um die Kurfürstenstraße würde vom Land Berlin zum Sperrgebiet – und nicht zur Toleranzzone – erklärt, wären die beschriebenen Probleme der Ruhestörungen, des Lärms, der Verschmutzungen, der freizügigen Kleidung mancher Prostituierter, wäre ihr offensives Auftreten und wären die öffentlich sichtbaren sexuellen Handlungen in dem Gebiet nicht mehr vorhanden. Je nachdem wo sich dann die ausgewiesenen Toleranzzonen befinden würden, bliebe das Problem jedoch für Menschen, die dort oder in der Nähe wohnen, bestehen. Zudem zeigen die Erfahrungen in anderen Städten mit Sperrgebieten (Köln, Essen, Hamburg etc.), dass sich zum einen die Straßen-Prostitution immer wieder an alt bekannten Orten „einfindet" – trotz Verbote und sich zum anderen auch rund um die Toleranzzonen ähnliche Problemlagen, wie die beschriebenen (Lärm, Verschmutzungen etc.) herauskristallisieren.

Nachteile

Eine Sperrgebietsverordnung stellt jedoch grundsätzlich ein mögliches Instrumentarium zur Regulierung der Prostitution dar. Durch sie könnten die Straßen und Orte rund um die Kurfürtenstraße festgelegt werden in denen die Prostitution – sowohl die Anbahnung, als auch die Ausübung – stattfinden darf oder nicht. Dies müsste dann regelmäßig von den entsprechenden Behörden überprüft werden.

1. 2. Nachteile / Schwierigkeiten

Nachteile / Schwierigkeiten

Die Einrichtung einer Sperrgebietsverordnung in Berlin obliegt dem Land Berlin, die Durchsetzung müsste dann in den Bezirken erfolgen. Es ist bisher nicht davon auszugehen, dass sich die Politik, auch keine der politischen Parteien, auf Landesebene mit diesem Thema näher und nachhaltig befassen wird (siehe ausführlicher zum Thema Sperrgebiet unter Gesetze Kap. 6.4.). Die Diskussion um eine Sperrgebietsverordnung hätte u.a. zur Folge, dass in Berlin darüber nachgedacht werden müsste, wo und wie Toleranzzonen zu schaffen wären. Es müsste ein Berlin weites Konzept dafür entwickelt werden. Dabei wäre es durchaus denkbar, dass gerade die Stadtviertel in denen bereits die Prostitution besteht, zu Toleranzzonen werden.
Des Weiteren wäre bei erfolgreicher Durchsetzung des Sperrgebietes rund um die Kurfürstenstraße zu befürchten, dass perspektivisch eine Aufwertung des gesamten Viertels erfolgt, d.h. Mieten und Preise insgesamt steigen und eine gewisse Verdrängung einsetzen würde (siehe auch Pressespiegel im Anhang über Gentrifizierung „Von Mitte in die Potsdamerstraße – ein Trend?“).

Die Einrichtung von Sperrzeiten (7 Uhr morgens bis 20 Uhr abends) würde an den nächtlichen Ruhestörungen, die als erstes und wichtiges Problem genannt wurden, nichts verändern. Zudem hätten Sperrzeiten eine Verdichtung und höhere Konkurrenz der Straßenprostituierten am Abend und in der Nacht zur Folge, da sie sich nicht mehr über den Tag verteilen könnten. Das heißt, es würde nachts vermutlich noch lauter. Und im Zuge der Anbahnungen würden die Männer gegebenenfalls noch offensiver angesprochen. Für Suchtmittel gebrauchende Frauen würde dies zudem bedeuten, dass sie sich in den Sperrzeiten auf anderem Wege Geld besorgen müssten.
Zu bedenken ist weiterhin, dass Prostitution eine der wenigen legalen Verdienstmöglichkeiten für Drogen gebrauchende Frauen ist, welche sie auf Grund ihrer Situation ausüben können. Verstöße gegen die Sperrzeiten bedeuten darüber hinaus eine weitere Kriminalisierung, denn verhängte Ordnungsstrafen müssen bezahlt werden. Das erhöht letztlich wieder den Druck des Geldverdienens.

2. Halten des fragilen Gleichgewichts – behindern und immer wieder verdrängen

Halten des fragilen Gleichgewichts

„Ich resigniere nicht, aber mir fehlen die Ideen. So, wie ich die Szene kenne, so, wie ich die Menschen kenne, fällt mir zum jetzigen Zeitpunkt keine Lösung ein außer der, dass wir punktuell an Einzelproblemen arbeiten und immer wieder gucken: wie können wir den Deckel auf dem Topf halten, damit der uns nicht explodiert“?
(Ein Experte)

Angesichts der langen Bestandsdauer der Prostitution vor Ort und eines nicht vorhandenen Sperrgebiets in Berlin, geht man im Rahmen dieses Lösungsszenarios davon aus, dass die Prostitution letztlich nicht komplett verdrängt werden kann und „man irgendwie damit leben muss“ (AnwohnerInnen wie ExpertInnen). Ziele der Überlegungen

und Ideen sind von daher, die Störungen zu minimieren und die Anbahnung an bestimmten Orten sowie die Ausübung der Prostitution in der Öffentlichkeit möglichst zu behindern und einzudämmen oder ganz zu verhindern. Dieser Ansatz entspricht auch der bisherigen Vorgehensweisen seitens der Politik, der Verwaltung und der entsprechenden Behörden. So sind die Räume für die Straßenprostitution bereits teilweise reduziert worden, z.B. durch Sperrungen von Straßen, Unbrauchbarmachung von öffentlichen Flächen und Neugestaltung öffentlicher Grünflächen. Man versucht so, die Belastungen für die AnwohnerInnen und damit auch die Konflikte möglichst gering zu halten.
Hier wurden von Seiten der Befragten noch folgende Verbesserungsvorschläge formuliert:

Verkehrsführung / Lichtgestaltung

Verkehrsführung / Lichtgestaltung
Hinsichtlich des Straßenverkehrs wären laut den Befragten weitere Möglichkeiten, wie z.B. die Einrichtung von Einbahnstraßen (z.B. in der Frobenstraße von Seiten der Bülowstraße) oder Tempo 30 Zonen zu überlegen. Verkehrsberuhigende Maßnahmen werden als noch nicht ausgeschöpft eingestuft, so auch die Überlegungen zur Schaffung von Sackgassen (z.B. Frobenstraße).
Eine Anwohnerin erzählt, dass der Platz vor der Apostelkirche nach langer Diskussion mit dem Bezirksamt mit Lampen ausgestattet wurde. Man erhoffte sich von der Beleuchtung, dass sich die Prostituierten nicht so verstecken können. Zum Ärger der Anwohner hat es dann Jahre gedauert, bis die Lampen auch tatsächlich beleuchtet wurden. Aber die Maßnahme habe nur bedingt etwas geholfen, weil manche „Freier es auch toll finden, eine Bühne zu haben.“ Dennoch kann hier an der einen oder anderen Stelle nachgebessert werden.

Verschmutzungen

Verschmutzungen
Hinsichtlich der Verschmutzungen sollten insgesamt mehr Papierkörbe aufgestellt werden, v.a. auch an den Stellen, wo die sexuellen Handlungen stattfinden, und diese bunt und mit einem Wiedererkennungseffekt gekennzeichnet werden.
Bei der Aufstellung von weiteren Mülleimern wurde überlegt, ob diese mit oder ohne Aufsatz für Pfandflaschen sinnvoll wären. Bei der BSR sollte in jedem Fall die Reinigungsfrequenz für die U-Bahn-Bögen Bülowstr. erfragt werden, diese ist nach Beobachtung der Anwohner niedrig (1 x wöchentlich?); grundsätzlich sei eine höhere Reinigungsfrequenz für die Strich-Straßen wünschenswert.
Es sollte über mehr Abwurfstellen für Spritzen nachgedacht werden.
Es müssten Toiletten aufgestellt werden, z.B. City-Toiletten v.a. auch im Bereich des „Transenstrichs“ im unteren Teil der Frobenstraße.

Hausverwaltungen

Hausverwaltungen
Es gilt, die Hausverwaltungen immer wieder anzusprechen, um die Häuser besser vor unerlaubtem Zutritt zu sichern. Insgesamt sollte auch der Zusammenhang von Sicherheit und Sauberkeit mit gedacht

werden. Die Erfahrung einer Anwohnerin zeigt, dass Bepflanzungen die Prostituierten und Freier davon abhalten, in die Vorgärten zu gehen: „Meine Nachbarn haben unterm Balkon im Vorgarten gepflanzt, damit da niemand hinkommt – es scheint zu wirken, seitdem ist da weniger Müll und Urin."

Polizei

Polizei

Gefordert und vorgeschlagen wurden in diesem Zusammenhang, die Kontrollen der Polizei zu erhöhen und mehr Polizeipräsenz zu zeigen. Zudem sollte die Polizei verstärkt die Freier kontrollieren. Auch die Kioske und Gewerbe sollten besser überprüft (Auflagen) und die mögliche Schließung von Lokalen ins Auge gefasst werden.
Eine monatliche Sprechstunde bei der Polizei im Gebiet für BewohnerInnen sollte angeboten werden. Insgesamt wird gewünscht, dass die Polizeibeamten „sichtbarer" sind.
Ein weiterer Vorschlag, der genannt wurde, ist, dass Prostituierte, die schon länger im Kiez arbeiten, neu eintreffenden Prostituierten eine sogenannte „Führung" geben und ihnen erklären, was bei der Bevölkerung nicht so gut ankommt, wie z.B. das aggressive Werben um Freier. „Dieses Einarbeiten... wenn sie dann da sind, dann so ein bisschen den Kiez auch vorstellen. Sagen, da und da sind die Einrichtungen und an die Punkte muss gedacht werden." Auch sollten die Prostituierten immer wieder auf die Situation „Wohngebiet" hingewiesen werden.
„Man könnte es echt dulden, wenn alles so irgendwie besser ablaufen könnte. Wenn die Kleidung stimmen würde, tagsüber zumindest. Und dann, wenn der ganze Müll nicht auf den Straßen liegen würde, dann wäre das wirklich schon für beide Seiten etwas einfacher und leichter."

2.1. Vorteile

Vorteile

Dieses Vorgehen verändert und verbessert punktuell die Situation, ohne sie im Ganzen oder nachhaltig zu verändern. Dadurch werden auch keine größeren Widerstände seitens der Bevölkerung produziert. Es ermöglicht immer wieder, Konflikte zu entschärfen, auch wenn es wieder andere hervorbringt. Es hält alle immer wieder in Bewegung, belässt die Situation aber letztendlich wie sie ist. Eine Expertin merkte dazu nur kurz an: „Der Winter kommt bestimmt." Damit beschreibt sie, dass für AnwohnerInnen immer wieder jahreszeitenbedingt eine Phase des Aufatmens kommt.

2.2. Nachteile

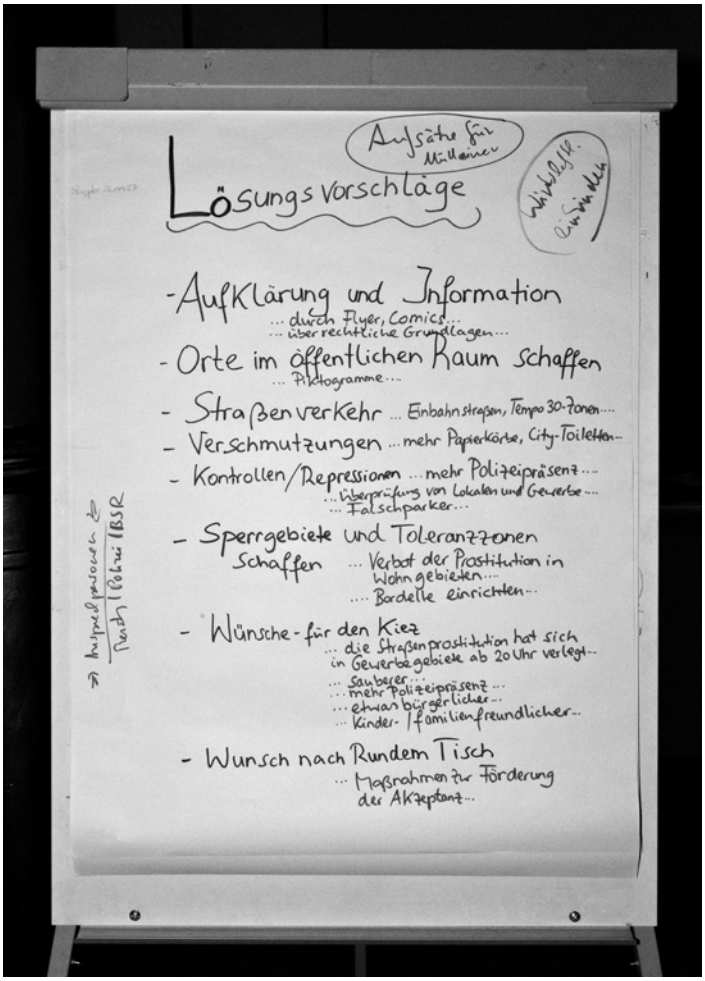
Nachteile

Letztendlich bleiben die Handlungen im Rahmen dieses Lösungsszenarios aber reaktiv-repressiv. Die Prostitution wird damit an andere Orte und Straßen im Viertel verdrängt, wo sich dann wieder die dort lebenden AnwohnerInnen beschweren. Durch diese Handhabung entsteht eine mäandernde Bewegung der Prostituierten, so verschwinden sie dann in manchen Straßenabschnitten und tauchen in neuen wieder auf. Das hat zur Folge, dass die dortigen BewohnerInnen irrtümlich davon ausgehen, dass sich die Prostitution schlicht ausweitet und

Nachteile

nun auch bei ihnen angelangt ist. Das weckt Ängste vor einer sich ausbreitenden „Rotlichtszene“ und bringt weitere BürgerInnen dazu sich zu empören und zu beschweren.

Ein Experte beschreibt diese paradoxe Situation sehr treffend: „Solche Maßnahmen wie Sperrung der Frobenstraße von vorne bis hinten sorgt dafür, dass die Bülowstraße noch voller wird, und dann stehen die Leute auf der Matte. In diesem Bezirk hier in Schöneberg gibt es kein Ausweichen. Insofern wird es schwierig... Die Erfahrung zeigt, wenn Sie da ein Problem beseitigt haben, kommt das nächste – die Leute setzen nach. Wie bei der Abschaffung des Grüns in der Frobenstraße (am Spielplatz). Sofort kommt einer, wie können Sie das Grün abreißen…? Ich kann mir keine wirkliche Lösung vorstellen. Das Problem hat keine Lösung. Es kann nur darum gehen, die Interessen zu moderieren…. Wenn Sie einen Teilbereich lösen, wird der nächste nachgeschoben.“
Durch die Reduktion der Räume, in denen die Prostitution stattfinden kann, wird sich diese immer wieder in andere Straßen verlagern. Es bleibt die bisherige und nicht zufriedenstellende Situation, bei der immer wieder reaktiv nachjustiert, beruhigt und erklärt werden muss. Man reagiert also nur auf Veränderungen, die durch Wanderungen und Zuwanderungen im Viertel stattfinden.



Sammlung von Lösungsvorschlägen der AnwohnerInnen im Rahmen der Werkstattgespräche

3. Anerkennung und Akzeptanz – Einbeziehung des Gewerbes langfristig steuern

Anerkennung und Akzeptanz

„Ich zähle mich zu den Menschen, die durchaus akzeptieren, dass man spätestens mit 18, maximal mit 21 erwachsen und damit für sich selbst verantwortlich ist. Soweit die Polizei keine Zwangsprostitution - die auch ich verurteile - feststellen kann, gibt es für mich weder Opfer noch „Täter“ sondern erwachsene Menschen, die freiwillig einen Vertrag eingehen, bei dem beide Parteien in freier Entscheidung die Vertragskonditionen festlegen.“ *(Ein Anwohner)*

Wenn man nun davon ausgeht, dass Prostitution ein legales Gewerbe ist, Sperrgebiete/Sperrzeiten in Berlin nicht gewollt sind oder perspektivisch nicht durchgesetzt werden können, ist die Prostitution Teil des Viertels. Es bleibt dann die Frage, wie man die Aufstellung des Gewerbes aktiv gestalten und leiten kann. Als stadträumliche Gestaltungsmöglichkeit bleibt die Schaffung guter Angebote. Sie sollten so ansprechend gestaltet sein, dass sie gerne freiwillig von der Mehrheit der Prostituierten und Freier wahr- und angenommen werden.
Dieser Schwerpunkt, das aktive Gestalten guter Angebote, impliziert eine Veränderung des Blickwinkels und damit auch eine Veränderung der inhaltlichen Auseinandersetzungen. Das nachfolgend umrissene Lösungszenario geht insofern weg von den bisherigen straf- und ordnungsrechtlichen Ansatzpunkten, dem Weg-Leiten und Verdrängen und stärker hin zu den zivil- und gewerberechtlichen Aspekten, einem Hin-Leiten und entsprechenden Angeboten.

Immer wieder wurde beschrieben, dass die Ausübung der Prostitution teilweise in den ruhigeren und dunklen Wohnstraßen stattfindet. Offensichtlich fehlen Räume für die Erbringung der Dienstleistung, zum einen für die Autofahrer, aber auch für die Fußgänger.

Orte schaffen, anbieten und abgrenzen

Orte schaffen, anbieten und abgrenzen

Hierzu gab es seitens der Befragten die nachfolgenden Vorschläge:

Aktives Leiten

Aktives Leiten

Durch **Plakataktionen und/oder Piktogramme** sollte für mehr Sensibilität seitens der Prostituierten geworben werden. Gerade dadurch wäre gewährleistet, dass diese auch von Prostituierten, die kein Deutsch verstehen oder gar nicht lesen können, verstanden werden. „Die Idee ist z.B. Piktogramme auf dem Boden, wie z.B. Kinderfüße und sei es nur hier zwischen Einrichtungen oder hier so ein Quarré bunt abgelaufen mit Kinderfüßen, um zu sagen: Ok, das ist eine `arbeitsfreie Zone´, hier bleibt ihr bitte draußen.“ Die Prostituierten sollen damit darauf aufmerksam gemacht werden, dass auch Kinder und Jugendliche im Bezirk wohnen, es hier Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen gibt.
So sei z.B. die Kita in der Kurmärkischen Straße aufgrund des dunkelgrünen Sichtschutzes nicht als solche zu erkennen. Idee ist: Piktogramme auf dem Gehweg, den Sichtschutz von außen bemalen – als Kunstprojekt, unter Einbeziehung von Eltern und Kindern.

Aktives Leiten

Hergestellt werden könnten darüber hinaus:
Plakate und Flyer mit Zitaten von Eltern und Kindern, mehrsprachige Postkarten mit gemalten Kinderbildern, die einen Bezug zum Viertel oder der Straße haben,
Piktogramme auf den Boden, z.B. Kinderfüße, d.h. hier besteht eine „arbeitsfreie Zone“
Piktogramme oder eine einheitliche auffällige Gestaltung (z.B. Comic-artig) zur Sensibilisierung in Bezug auf die Kondome und Spritzen, z.B. auf den Papierkörben.

Es sollte ein klar erkennbarer, eindeutiger und gleich bleibender Straßenstrich (Raum) geschaffen werden, z.B. mit entsprechenden Zeichnungen auf dem Boden, Piktogrammen mit positiver Kennzeichnung, wo die Frauen ihren Geschäften nach gehen können. Ein Anwohner schlug vor, Zonen bzw. Bereiche in denen gearbeitet werden darf, zu markieren, z.B. mit rosafarbenen Randsteinen oder Fahrbahnrandmarkierungen wie Bürgersteigseiten. Wenn „Zonen“, d.h. Räume für die Anbahnung sowie den Vollzug der sexuellen Dienstleistung gut ausgezeichnet und entsprechend den Erfordernissen des Gewerbes eingerichtet würden, dann würde dies durchaus von einem großen Teil der Prostituierten und von den Kunden angenommen werden. Es würde zudem auch zeigen, „hier darf ich stehen, hier darf ich sein“. Es wäre ein Hinleiten an akzeptable Orte und ein Wegleiten von Orten an denen es stört. Es hätte den Vorteil, dass nach einer Weile auch eine gewisse Ruhe einträte und sich das dauernd in Bewegung seiende Gewerbe eingrenzen würde.

Einrichtung von Vollzugsorten

Einrichtung von Vollzugsorten – „POP Boxen“ für Autos und Fussgänger

Die Überlegung, entsprechend ausgestattete Orte für den Prostitutionsvollzug einzurichten, z.B. für Autos unter einem Abschnitt des Bülowbogens oder für Fussgänger auf dem kleinen Parkplatz neben dem Haus in dem auch der Frauentreff Olga untergebracht ist, wurde häufiger und meist sehr nachdenklich genannt. Gute und interessante Entwürfe könnten von StudentInnen der Architektur o.ä. entwickelt werden. Ein Experte meinte, dass man durch die Verrichtungsboxen im günstigsten Fall die negativen Begleiterscheinungen der Prostitution auf einen Schlag in den Griff bekäme, „einmal den Geschlechtsakt als solches, und dann die Hinterlassenschaften. Das wäre unter Umständen ´ne Sache“.
Der Ort und die Anzahl sowie das Aussehen der Boxen müsste gut mit den AnwohnerInnen besprochen, ausgehandelt und entwickelt werden. Denn diejenigen, die nicht einbezogen, aber in deren Nähe diese wie auch immer gearteten Boxen aufgestellt werden, werden sich dann mit hoher Wahrscheinlichkeit dagegen aussprechen. Im besten Falle sollten Entwürfe gemeinsam von AnwohnerInnen, Prostituierten, Kunden und Fachleuten entwickelt werden. Modelle könnten unter Umständen vorher ausgestellt und mit allen Interessierten diskutiert werden.
Die Boxen sollten dann anfangs, d.h. vor der Inbetriebnahme, einige Tage der Bevölkerung offen stehen (Tage der Offenen Tür), so dass

AnwohnerInnen diskutieren (22.9.2011)

es sich jeder, die/der daran Interesse hat, ansehen und sich entsprechend informieren kann. Nur dadurch könnte sich die Prostitution mit ihren Orten langfristig zu etwas Neutralem oder auch zu einem positiv besetzten Teil des eigenen Stadtteils wandeln.

Zum anderen kam die Frage nach der Annahme seitens der Kunden auf, d.h. würden Männer dann in solche „stadtbekannten Absteigen" gehen? Wäre dadurch nicht ihre Anonymität gefährdet? Ein Experte meinte: „Die haben ein Entdeckungsrisiko wenn die Frau einsteigt, und jetzt fahren sie noch dahin, wo jeder weiß, wer dahin geht, fährt mit einer `Nutte´ hin". Dieser Punkt wäre für die Konstruktion der POP Boxen zu bedenken. Es bräuchte unter Umständen einen `neutralen Vor-Raum´, ein Raum davor oder dazwischen. Vielleicht könnte man einige Prostituierte und Kunden auch im Vorfeld zur Entwicklung und Planung der Boxen gewinnen.
Grundsätzlich bleibt hier noch anzumerken, dass auch jeder Bescheid wissen kann, wenn der Freier mit der Prostituierten das allseits bekannte Stundenhotel aufsucht oder mit dem Auto, in dem sich eine Prostituierte befindet, die allen dort wohnenden und arbeitenden Menschen bekannt ist, in eine dunkle Seitenstraße fährt. Man müsste hier genau und gut überlegen, wie man eine gewisse Anonymität nach außen gewährleisten könnte.

Die Einrichtung eines nicht einsehbaren Hofes, z.B. auf dem ehemaligen Woolworth Gelände (neben dem Haus in dem sich der Frauentreff Olga befindet) wäre für fußläufige Freier eine Möglichkeit. Hier könnte über Büsche ein Sichtschutz erfolgen, innerhalb dessen ebenfalls POP Boxen für Personen stehen, die aber dann von der Konstruktion mehr Ähnlichkeit mit City Toiletten aufweisen würden.
Diese City Toiletten könnten und sollten nach Möglichkeit an mehreren Stellen im Straßenstrich-Kiez installiert werden, zum einen sind dringend Toiletten nötig, zum anderen könnten sie auch als Vollzugsorte für die sexuelle Dienstleistung genutzt werden. Hierfür müsste Kontakt zu den Herstellern aufgenommen werden.

Gaststätte und Pension in der Steimetzstraße / Ecke Bülowstraße (5 Zimmer)

Pension Stockholm in der Eisennacherstraße 3
(6 Zimmer)
siehe: http://www.love-hotel-berlin.com/index.html

Wegert Haus

Wegert Haus

Das Wegert Haus, heute befindet sich dort das LSD, könnte unter Umständen auch und teilweise, z.B. im ersten Stock mit einem Zugang über den Parkplatz als Stundenhotel von den Frauen genutzt werden. Dies wäre notwendig, da die Ausstattung mit dieser Art Hotels im Viertel völlig mangelhaft ist. Ein Experte sagt dazu: „Und wie gesagt, das Haus an der Kurfürstenstraße steht leer, aber wenn Sie den Vorschlag machen, werden Sie zerrissen. Wenn der Senat sagt, Verrichtungsboxen am Tiergarten kosten Geld und man könnte eine Etage (im Wegert Haus) mieten und sagen: ‚Zur Minimierung der Belastung der Anwohner geht es da rein... Damit wäre auch ein Überwachungsmoment geschaffen durch die Behörden und es wäre Kiez nah`." Die oberen Stockwerke könnten davon unabhängig und mit einem anderen Eingang versehen als gehobeneres Laufhaus betrieben werden.
Manche AnwohnerInnen sind sich nicht schlüssig, ob ein Laufhaus Vor- oder Nachteile bringen würde. Manche schlagen die Einrichtung

Das „Wegert Haus", heute LSD (Erotikkauffhaus)
Potsdamer Straße / Ecke Kurfürstenstraße

Wegert Haus

vor, weil sie letztendlich denken, dass es doch auch etwas auf und mit dem Straßenstrich verbessern würde. Manche sagten, dass sie (inzwischen) glauben, dass es kaum etwas an der Situation im Kiez verändern würde, aber das es für das leerstehende Haus besser sei. Es wäre dann wieder belebter, und vielleicht wäre die Kundschaft auch für die umliegenden Geschäfte interessant. Andere befürchten nach wie vor, dass dann zu viele Kunden in Autos und zu Fuß rund um die Uhr im Viertel unterwegs wären und es noch lauter würde. Einige merkten an, dass dann unter Umständen mit mehr „Zuhältern" zu rechnen wäre.

Aufenthaltsorte für die Prostituierten

Aufenthaltsorte für die Prostituierten

Aufenthaltsorte für die Prostituierten sollten gezielt geschaffen werden, in Form von netten Cafés und Kneipen mit Öffnungszeiten abends / nachts und v.a. am Wochenende. Orte, an denen sich die Frauen aufhalten, erfrischen, `aufhübschen´ und/oder auf Toilette gehen, sowie einen Kaffee trinken können. Diese Orte wirken nachhaltig und beruhigen die Szene. Eine Normalisierung im Umgang miteinander sollte damit auch erreicht werden.
Es sollten insgesamt mehr Toiletten (City Toiletten) installiert werden – sowohl für die Verrichtung der Notdurft als auch für die Vollziehung der sexuellen Handlungen. Diese sind vor allem im unteren Teil der Frobenstraße auf dem Strich der „transsexuellen" Frauen dringend notwendig. Hier gibt es keinerlei Infrastruktur für die Sexarbeiterinnen.

Zudem wäre zu überlegen, ob nicht an den Orten, an denen die Prostituierten ihre sexuelle Dienstleistungen anbieten (sollen und dürfen), Sitzbänke oder überdachte Plätze für sie eingerichtet werden. Diese würden in jedem Fall von den Sexarbeiterinnen angenommen und wären eine sinnvolle Unterstützung und hilfreich für ein gutes Leitsystem.

Gestalterisch kommunikative Maßnahmen

Gestalterisch kommunikative Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz

Aufklärung und Information

Aufklärung und Information wurden an einigen Stellen genannt. Sie sollten durch ansprechende Comics und /oder Piktogramme, die allgemein verständlich sind, kleine Filme fürs Handy oder Zettel in mehreren Sprachen, aber auch Poster oder Werbeflächen vermittelt werden. Diese gestalterisch kommunikativen Maßnahmen sollten auffällig und gut gemacht sein und sich als ein gut durchdachtes Leitsystem im öffentlichen Raum wieder finden lassen und sich dort durchziehen. Prostituierte wie Kunden sollten sich wie „im Schlaf" daran orientieren können.

Für die einzelnen Zielgruppen gab es folgende Vorschläge:

Die Prostituierten

Die Prostituierten

Alle Prostituierten sollten Informationen darüber erhalten, wo sie sich befinden (Aufklärung über Wohngebiete, Kitas, Schulen), wie sie sich am Besten verhalten und vor allem wie sie sich tagsüber kleiden soll-

Die Prostituierten

ten. Ein Anwohner meinte, „was sozusagen schon zu einer Lösung oder einer friedlichen Koexistenz führen könnte, dann eben wirklich zu sagen, die Frauen müssten oder sollten versuchen, etwas weniger aggressiv sozusagen auf Kundenfang zu gehen."
Weiterhin sollten ihnen Informationen über ihre rechtlichen Belange und Möglichkeiten, auch dass sie sich über Anzeigen wehren können (bezogen auf Zuhälter etc.), gegeben werden. Unter Umständen könnten darüber auch Informationen zu gesundheitlichen oder anderen Aspekten gegeben werden.
Das Ganze sollte gut verständlich aufbereitet und ansprechend dargestellt werden, möglichst für alle verständlich gezeichnet als Comic oder mit Piktogrammen. Diese Comics und Piktogramme sollten sich dann auch im öffentlichen Raum als Leitsystem wieder finden, auf der Straße, an den Papierkörben etc. Sie sollten auffällig gestaltet sein. Dieser Wiedererkennungseffekt kann zu nachhaltigen Veränderungen führen.
Dabei sollte bei der Ansprache der Frauen berücksichtigt werden, dass es sich um völlig unterschiedliche Gruppen mit jeweils anderen Voraussetzungen handelt.

Die Kunden / Freier

Die Kunden / Freier

Es wäre in jedem Fall zu begrüßen, wenn die Aktionen der Arbeitsgemeinschaft Gesunder Kunde regelmäßig auf der und rund um die Kurfürstentraße stattfinden könnten, zumal es auf dem Straßenstrich auch einige Stammkunden gibt. Sie wirken nachhaltig und mit einem gewissen Wiedererkennungseffekt erst auf Dauer.
Zudem wäre zu überlegen, ob der *„Knigge", die 10 Goldenen Regeln,* die normalerweise an Freier verteilt werden, nicht für die Kunden vor Ort aktualisiert und überarbeitet werden sollten.
Die AnwohnerInnen haben Interesse daran geäußert, diesen „Knigge" an die Kunden zu verteilen. Das könnte mit allgemeinen Informationen über die Kunden von Prostituierten und gegebenenfalls mit einer kleinen gemeinsamen Schulung hinsichtlich einer freundlichen und nachhaltigen Ansprache verknüpft werden.

Die AnwohnerInnen

Die AnwohnerInnen

Gut lesbar aufbereitete Informationen über rechtliche Grundlagen (ProstG, strafrechtlich relevante Zuhälterei, Sperrgebiet / Toleranzzonen, Ruhestörungen und „Sittenwidrigkeiten – öffentlicher GV") sowie über Herkunft / Situation der Frauen sollten verteilt werden, um insgesamt eine bessere Einschätzung zu ermöglichen und Fremdheit abzubauen.
Informationen über polizeiliche Möglichkeiten und Handhabungen (Polizei und Ordnungsamt) und die Benennung von festen AnsprechpartnerInnen sollten in jedem Fall erstellt und verteilt werden.

Kampagne zur Akzeptanz

Kampagne zur Akzeptanz

Ein Experte schlug eine Kampagne vor und meinte: „Grundsätzlich sollte ein Minimum an Empathie möglich sein. Und das ist vielleicht eine Aufgabe für eine Werbeagentur. Da bin ich mir nicht sicher. Da geht's nämlich um die Art des Denkens, wenn ich sie auffordere, ver-

Kampagne zur Akzeptanz

ändern sie doch mal ihre Art des Denkens, da fragen sie sich, wie soll ich das machen... Ich kann mir vorstellen, dass eine Agentur sich mit dem Phänomen Prostitution beschäftigt und auf eine Art und Weise aufbereitet, die es für die Bevölkerung leichter macht damit umzugehen. Nicht schmackhaft machen. Nicht, oh wir freuen uns jetzt alle über Prostitution, aber leichter machen.... Also eine witzige Kampagne wäre vielleicht geeignet, professionell gemacht mit einer Kommunikationsstrategie, die es allen Beteiligten ein bisschen leichter macht, mit diesem Aufreger umzugehen".

Runder Tisch

Runder Tisch

Es besteht laut Aussage einiger AnwohnerInnen der Wunsch nach einem Runden Tisch oder auch der Etablierung kleinerer Gesprächsrunden mit allen Beteiligten und AnwohnerInnen, um gemeinsam an Lösungen mitzuwirken. Es ist ihrer Meinung nach wichtig, sich langfristig und nachhaltig zu treffen. Weiterhin sollten die Prostituierten mehr in den Prozess eingebunden werden – um mehr gegenseitige Rücksichtnahme und Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz zu gewährleisten.
Ein Anwohner meint ebenfalls, dass sensibilisiert werden muss für die jeweils andere Seite, dass um Akzeptanz von beiden Seiten geworben werden muss, auch um die Akzeptanz von Seiten der Zuhälter und auch um Akzeptanz von Seiten der Eltern.

Bezirksübergreifende Zusammenarbeit

Bezirksübergreifende Zusammenarbeit

Nach Einschätzung einer Anwohnerin wäre es sinnvoll, dass die Bezirke Tiergarten und Schöneberg stärker als bisher gemeinsam nach Lösungen suchen.

Stärkung der Eigenverantwortung im Viertel

Stärkung der Eigenverantwortung im Viertel

Zudem wurde diskutiert, dass die Eigenverantwortung der BewohnerInnen für ihr Viertel gestärkt werden müsste, auch in Bezug auf das Selbstwertgefühl (Stichwort Fremd- und Selbstwahrnehmung, z.B.: Bewohner anderer Wohnviertel bezeichnen den Kiez als ‚Nuttentown'). Weiterhin ginge es um die Selbstverantwortung der Bewohner für die Sauberkeit auf ihrem Straßenabschnitt und in ihren Vorgärten. Es wurde berichtet, dass je schöner die Vorgärten gestaltet sind, desto weniger werden sie als Müllhalden genutzt (u.a. auch ein Bericht einer Anwohnerin zum eigenen Vorgarten des Mietshauses). Hier könnte man durchaus im Kiez mit einer gemeinsamen Aktion starten.

Perspektivisch ist abzusehen, dass es eine Verdichtung im Viertel geben wird, die den Frauen ihre Arbeit noch schwieriger machen wird. Laut einem Experten wird sich die Kurfürstenstraße verändern. „Wenn der Möbel-Hübner-Parkplatz bebaut wird, wie es geplant ist, mit einem Ärztehaus und Einkaufszentrum,... wenn das Grundstück von der polnischen Regierung verkauft oder bebaut wird, wird sich das total verändern. Diese Anwohner sind Geldleute, die nehmen das nicht hin und die wollen keinen Kompromiss. Ich tendiere zu der Variante,

einen Status Quo zu halten, der beiden Seite Luft zum Atmen lässt. Dazu gehört natürlich auch Toleranz. Verständnis für die andere Seite. Und das ist sehr schwer, weil die Leute Eigeninteressen haben … Das ist eine Intoleranz, die in Berlin immer stärker wird. Diese aufkommende Intoleranz der Menschen geht mir so auf die Nerven!“

Stärkung der Eigenverantwortung im Viertel

3.1. Vorteile

Vorteile

Aktive und leitende Gestaltung des Viertels mit den Gegebenheiten, inklusive der Prostitution als Gewerbe, zukunftsorientiert, langfristige Beruhigung des Viertels durch klare räumliche Vorgaben und gute Gestaltung der Orte – Verminderung der Lärmbelästigungen und Verschmutzungen, Verringerung der mäandernden Bewegung der Prostituierten und Kunden.

3.2. Nachteile

Nachteile

Festlegung der Prostitution, d.h. vor allem die Befürchtung, dass man damit einen Zustand zementiert, „der im Innersten von den Leuten so nicht gewollt ist“ (ein Experte) und auf Grund dessen man mit starkem Widerstand rechnen müsste, zumindest mit möglicher Unruhe aufgrund von Veränderungen, mögliche Entstehung neuer, anderer bis dahin unabsehbarer Probleme.

Baugrundstück in der Kurfürstenstraße

Abschließende Empfehlungen

Soziale Gegensätze und kulturelle Vielfalt sind in diesem Stadtteil nah beieinander und erfahrbar. Dieses Nebeneinander wird von Stadtforschern als Keimzelle städtischer Kultur angesehen. Der New Yorker Stadtforscher und Sozialphilosoph Richard Sennett schrieb einmal (nicht über die Potsdamer-/Kurfürstenstraße, sondern die 14te Straße in Lower Manhattan), dass sich dort die Unterschiede an einem Ort überlagern und diese Überlagerung von Unterschieden das eigentlich humane Zentrum der Straße sind. Die gegenseitige Wahrnehmung und die Notwendigkeit des Sich-Arrangierens machen solche Räume zu wichtigen Lernräumen für das Leben in einer modernen Großstadt. Sie erfordern Konfliktfähigkeit und zugleich Kreativität.

So kann auch der städtische Raum rund um die Kurfürstenstraße beschrieben werden, er ist geprägt von:

- einer stadträumlichen Verdichtung durch die Veränderungen nach dem „Mauerfall“ (z.B. Bau des Regierungsviertels, Potsdamerplatzes, Gleisdreieckparks), dadurch verkleinerte sich das Gebiet in dem Prostitution stattfinden kann
- strukturellen Veränderungen an den Rändern des Viertels (z.B. durch Zuzug anderer BewohnerInnen)
- einer (teilweisen unklaren) Nutzung des Raumes durch unterschiedliche Akteure mit vielfältigen Interessen zur gleichen Zeit, die Unruhe, Belastungen, Unsicherheiten hervorrufen (z.B. durch AnwohnerInnen, Erwachsene, Jugendliche und Kinder, Gewerbetreibende, Schulen, Kitas, Gemeinden (Kirchen, Moschee), Prostituierte, Zuhälter, Freier, DrogenkonsumentInnen etc)
- einem gewerblichen Angebot (Sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt), dass keine weiteren (Außen-)Räume für die Erbringung der Dienstleistung vorsieht, diese eher beschneidet – also der Nicht-Berücksichtigung der Trennung von Angebot und Ausübung der Prostitution im Bereich Straßenprostitution
- einer zunehmenden Diffusion von öffentlichem und privaten Raum (offensive sexualisierte Ansprache, kaum oder mit Reizwäsche bekleidete Frauen und Vollzug von intimen sexuellen Handlungen)
- Irritationen bzgl. geschlechtsspezifisch erwünschtem und erwartbarem Verhalten.

Ausgehend davon, dass Prostitution ein legales Gewerbe ist und Sperrgebiete sowie Sperrzeiten in Berlin nicht gewollt sind oder perspektivisch nicht durchgesetzt werden können und die Prostitution seit Jahrzehnten ein Bestandteil des Viertels ist, bleibt die zentrale Frage, wie man die Aufstellung und Struktur dieses Gewerbes aktiv gestalten und leiten kann. Als stadträumliche Gestaltungsmöglichkeiten bleiben die beiden Formen des aktiven Verhinderns von Orten und eines aktiven „Hin-Leitens“ an Orte, d.h. guter Angebote im Rahmen der stadträumlichen Gegebenheiten. Diese sollten so ansprechend gestaltet sein, dass sie gerne freiwillig von der Mehrheit der Prostituierten und Freier wahr- und angenommen werden.

Dieser zweite Ansatz, die aktive Gestaltung guter Angebote für die Anbahnung und vor allem Ausübung der Prostitution, impliziert eine Veränderung und Erweiterung des Blickwinkels und damit auch eine

Veränderung der inhaltlichen Auseinandersetzungen stärker hin zu den zivil- und gewerberechtlichen Aspekten.
Die bisherigen straf- und ordnungsrechtlichen Ansatzpunkte und Maßnahmen, die erfolgt sind, zeigen, dass bis zu einem gewissen Grad ein Weg-Leiten und Verdrängen möglich sind. Aufgrund dessen ist anzunehmen, dass ein aktives Hin-Leiten und entsprechende Angebote ebenfalls wahr- und angenommen werden würden.

Immer wieder wurde beschrieben, dass die Ausübung der Prostitution teilweise in den ruhigeren und dunklen Wohnstraßen stattfindet. Offensichtlich fehlen Räume für die Erbringung der Dienstleistung, zum einen für die Autofahrer, aber auch für die Fußgänger. Die Reduzierung der „diskret öffentlichen Räume" in diesem Stadtgebiet ist auch durch den Mauerfall, die Veränderung des Viertels und das städtische Maßnahmenpaket bedingt. Die Frage nach dem städtischen Raum für die Anbahnung und vor allem Ausübung des Gewerbes wirft die Frage auf: Wo soll es stattfinden? Wo wäre es sinnvoll und einigermaßen verträglich denkbar? Eine gewisse zusätzliche Belastung wird sicherlich, ähnlich wie an anderen Orten in Berlin, an denen sich z.B. viele Kneipen befinden, bleiben.

Eine zukunftsträchtige Handlungsoption kann – im Sinne des Gesetzgebers, der Prostitution als eine vom Recht zu respektierende autonome Entscheidung auffasst und als eine Erwerbstätigkeit anerkennt und im Sinne der Entwicklung des Viertels, die alle Beteiligten umfassen muss – nur die Kombination von Verhindern und Anbieten sein. Das heißt, mit den bereits erfolgten Maßnahmen der Verdrängung bzw. Verschiebung der Prostitution von bestimmten Orten und der sozialen, kommunikativen Maßnahmen, sollten aktiv und leitend Orte für das Prostitutionsgewerbe überlegt und gestaltet werden. Nur diese kombinierten Maßnahmen werden dauerhaft Ruhe in das Viertel bringen und langfristig eine maßgebliche wie spürbare Verbesserung hervor bringen.

Vorschläge wurden hierzu in verschiedener Form gemacht (ausführlich hierzu siehe unter Lösungsszenario 3):

Aktives Leiten

Aktives Leiten durch Piktogramme, z.B. bunte Kinderfüße auf dem Boden, die deutlich machen, hier ist eine Kindertagesstätte, hier kann nicht gearbeitet werden. Daneben sollte ein klar erkennbarer, eindeutiger und gleich bleibender Straßenstrich (Raum) geschaffen werden, z.B. mit entsprechenden Zeichnungen auf dem Boden, Piktogrammen mit positiver Kennzeichnung, wo die Frauen ihren Geschäften nach gehen können. Zudem wäre zu überlegen, ob nicht an den Orten, an denen die Prostituierten ihre sexuelle Dienstleistungen anbieten (sollen und dürfen), Sitzbänke oder überdachte Plätze für sie eingerichtet werden. Diese würden in jedem Fall von den Sexarbeiterinnen angenommen und wären eine sinnvolle Unterstützung und hilfreich für ein gutes Leitsystem. Durch eine einheitliche auffällige Gestaltung (Comic-artig) können Wiedererkennungseffekte entstehen, so kann damit auch zur Sensibilisierung in Bezug auf die Kondome und Spritzen auf Papierkörben gearbeitet werden. Idee ist ein durchdachtes

visualisiertes Leitsystem zu entwickeln, das sich durchaus als ein Markenzeichen und eine Art „Marke“ des Stadtgebietes etablieren könnte. Es hätte den Vorteil, dass nach einer Weile auch eine gewisse Ruhe einträte und sich das dauernd in Bewegung seiende Gewerbe eingrenzen würde.

Einrichtung von Vollzugsorten

Einrichtung von Vollzugsorten – „POP Boxen“ für Autos und Fußgänger

Weitere Überlegungen, entsprechend ausgestattete Orte für den Prostitutionsvollzug, z.B. für Autos unter einem Abschnitt des Bülowbogens oder für Fußgänger auf dem kleinen Parkplatz neben dem Haus in dem auch der Frauentreff Olga untergebracht ist, wurden häufiger und meist sehr nachdenklich genannt. Gute und interessante Entwürfe könnten von StudentInnen der Architektur o.ä. entwickelt werden. Ein Experte meinte, dass man durch die Verrichtungsboxen im günstigsten Fall die negativen Begleiterscheinungen der Prostitution auf einen Schlag in den Griff bekäme, „einmal den Geschlechtsakt als solches, und dann die Hinterlassenschaften. Das wäre unter Umständen ´ne Sache“.
Der Ort und die Anzahl sowie das Aussehen der Boxen müsste gut mit den AnwohnerInnen besprochen, ausgehandelt und entwickelt werden. Denn diejenigen, die nicht einbezogen, aber in deren Nähe diese wie auch immer gearteten Boxen aufgestellt werden, werden sich dann mit hoher Wahrscheinlichkeit dagegen aussprechen. Im besten Falle sollten Entwürfe gemeinsam von AnwohnerInnen, Prostituierten, Kunden und Fachleuten entwickelt werden. Modelle könnten unter Umständen vorher ausgestellt und mit allen Interessierten diskutiert werden.
Die Boxen sollten dann anfangs, d.h. vor der Inbetriebnahme, einige Tage der Bevölkerung offen stehen (Tage der Offenen Tür), so dass es sich jedeR, die/der daran Interesse hat, ansehen und sich entsprechend informieren kann. Nur dadurch könnte sich die Prostitution mit ihren Orten langfristig zu etwas Neutralem oder auch zu einem positiv besetzten Teil des eigenen Stadtteils wandeln.

Straßen-Aktion der „Arbeitsgemeinschaft Gesunder Kunde“

Die Einrichtung eines nicht einsehbaren Hofes, z.B. auf dem ehemaligen Woolworth Gelände (neben dem Haus in dem sich der Frauentreff Olga befindet) wäre für fußläufige Freier eine Möglichkeit. Hier könnte über Büsche ein Sichtschutz erfolgen, innerhalb dessen ebenfalls POP Boxen für Personen stehen, die aber dann von der Konstruktion mehr Ähnlichkeit mit City Toiletten aufweisen würden.
Diese City Toiletten könnten und sollten nach Möglichkeit an mehreren Stellen im Straßenstrich-Kiez installiert werden, zum einen sind dringend Toiletten nötig, zum anderen könnten sie auch als Vollzugsorte für die sexuelle Dienstleistung genutzt werden. Diese sind vor allem im unteren Teil der Frobenstraße auf dem Strich der „transsexuellen“ Frauen dringend notwendig. Hier gibt es keinerlei Infrastruktur für die Sexarbeiterinnen.
Hierfür müsste Kontakt zu den Herstellern der City Toiletten aufgenommen werden.

Wegert Haus

Wegert Haus

Das Wegert Haus könnte unter Umständen auch und teilweise, z.B. im ersten Stock mit einem Zugang über den Parkplatz als Stundenhotel von den Frauen genutzt werden. Dies wäre notwendig, da die Ausstattung mit dieser Art Hotels im Viertel völlig mangelhaft ist.

Aufenthaltsorte für die Prostituierten

Aufenthaltsorte für die Prostituierten

Aufenthaltsorte für die Prostituierten sollten gezielt geschaffen werden, in Form von Cafés und Kneipen mit Öffnungszeiten abends / nachts und v.a. am Wochenende. Orte, an denen sich die Frauen aufhalten, erfrischen, `aufhübschen´ und/oder auf Toilette gehen, sowie einen Kaffee trinken können. Diese Orte wirken nachhaltig und beruhigen die Szene. Eine Normalisierung im Umgang miteinander sollte damit auch erreicht werden.

Aufklärung und Information sollte durch ansprechende, möglichst für alle verständlich gezeichnete Comics und /oder Piktogramme, kleine Filme fürs Handy oder Zettel in mehreren Sprachen, aber auch Poster oder Werbeflächen vermittelt werden. Diese gestalterisch kommunikativen Maßnahmen sollten auffällig und gut gemacht sein und sich – wie oben beschrieben – als ein gut durchdachtes Leitsystem im öffentlichen Raum wieder finden lassen und sich dort durchziehen. Prostituierte wie Kunden sollten sich wie „im Schlaf“ daran orientieren können.

Aufklärung und Information

Die Prostituierten

Die Prostituierten

Alle Prostituierten sollten Informationen darüber erhalten, wo (Aufklärung über Wohngebiete, Kitas, Schulen) sie sich befinden, wie sie sich am Besten verhalten und vor allem wie sie sich tagsüber kleiden sollten. Weiterhin sollten ihnen Informationen über ihre rechtlichen Belange und Möglichkeiten, auch dass sie sich über Anzeigen wehren können (bezogen auf Zuhälter etc.), gegeben werden. Unter Umständen könnten darüber auch Informationen zu gesundheitlichen oder anderen Aspekten gegeben werden.
Dabei sollte bei der Ansprache der Frauen berücksichtigt werden, dass es sich um völlig unterschiedliche Gruppen mit jeweils anderen Voraussetzungen handelt.

Die Kunden / Freier

Die Kunden / Freier

Es wäre in jedem Fall zu begrüßen, wenn die Aktionen der Arbeitsgemeinschaft Gesunder Kunde regelmäßig auf der und rund um die Kurfürstentraße stattfinden könnten, zumal es auf dem Straßenstrich auch einige Stammkunden gibt. Sie wirken nachhaltig und mit einem gewissen Wiedererkennungseffekt erst auf Dauer.
Zudem wäre zu überlegen, ob der „Knigge“, die 10 Goldenen Regeln, die normalerweise an Freier verteilt werden, nicht für die Kunden vor Ort aktualisiert und überarbeitet werden sollten.

Die AnwohnerInnen

Die AnwohnerInnen

Gut lesbar aufbereitete Informationen über rechtliche Grundlagen (ProstG, strafrechtlich relevante Zuhälterei, Sperrgebiet/Toleranzzonen,

Ruhestörungen und „Sittenwidrigkeiten – öffentlicher GV“) sowie über Herkunft/Situation der Frauen sollten verteilt werden, um insgesamt eine bessere Einschätzung zu ermöglichen und Fremdheit abzubauen.
Informationen über polizeiliche Möglichkeiten und Handhabungen (Polizei und Ordnungsamt) und die Benennung von festen AnsprechpartnerInnen sollten in jedem Fall erstellt und verteilt werden.

Runder Tisch

Runder Tisch

Es besteht laut Aussage einiger AnwohnerInnen der Wunsch nach einem Runden Tisch oder auch der Etablierung kleinerer Gesprächsrunden mit allen Beteiligten und AnwohnerInnen, um gemeinsam an Lösungen mitzuwirken. Es ist ihrer Meinung nach wichtig, sich langfristig und nachhaltig zu treffen. Weiterhin sollten die Prostituierten mehr in den Prozess eingebunden werden – um mehr gegenseitige Rücksichtnahme und Maßnahmen zur Förderung der Akzeptanz zu gewährleisten.

Zudem wäre es nach Einschätzung einer Anwohnerin sinnvoll, dass die Bezirke Tiergarten und Schöneberg gemeinsam nach Lösungen suchen.

Es wurde weiterhin diskutiert, dass die Eigenverantwortung der BewohnerInnen für ihr Viertel gestärkt werden müsste, auch in Bezug auf das Selbstwertgefühl (Stichwort Fremd- und Selbstwahrnehmung, z.B.: Bewohner anderer Wohnviertel bezeichnen den Kiez als ‚Nuttentown‘). Weiterhin ginge es um die Selbstverantwortung der Bewohner für die Sauberkeit auf ihrem Straßenabschnitt und in ihren Vorgärten. Es wurde berichtet, dass je schöner die Vorgärten gestaltet sind, desto weniger werden sie als Müllhalden genutzt (u.a. auch ein Bericht einer Anwohnerin zum eigenen Vorgarten des Mietshauses). Hier könnte man durchaus im Kiez mit einer gemeinsamen Aktion starten.

Bei dem Prozess der aktiven Gestaltung von Orten, an denen die Anbahnung und vor allem Ausübung der Prostitution stattfinden soll, ist eine aktive Einbindung aller Beteiligten im Viertel notwendig und sinnvoll. Insgesamt sollten alle Beteiligten rund um die Straßenprostitution viel mehr als bisher als eigenständig Handelnde, als Akteure, die das Stadtviertel prägen und vielfältig gestalten (wollen), gesehen und wahrgenommen werden. Gemeinsam mit allen Beteiligten, d.h. interessierten AnwohnerInnen, Prostituierten, Gewerbetreibenden, Kunden, „Zuhältern“ und nach Bedarf weiteren Fachleuten sollte konkret und konstruktiv in der Sache überlegt und ausgearbeitet werden, wie die Entwicklung des Viertels perspektivisch zu gestalten ist. Die Gestaltung muss in einem partizipativen Prozess immer wieder ausgehandelt und auch immer wieder in das Viertel zurück gebunden werden, damit sie sich positiv entwickeln und verfestigen kann. Hierfür sind regelmäßige Treffen kleiner und größerer Arbeitskreise, die konstruktiv an kreativen Lösungsmöglichkeiten arbeiten und diese voran bringen, sowie ein regelmäßiger Runder Tisch in größerer Besetzung zentral und notwendig.

Es gilt in gemeinsamer Aushandlung aller Beteiligter, Nutzungskonkurrenzen zu entschärfen, Interessenskollisionen zu vermeiden und Synergien herzustellen. Offensichtlich sind hier nicht wenige der AnwohnerInnen, Gewerbetreibende und ExpertInnen – durch ihre Alltagspraxis und den darauf beruhenden pragmatischen Umgang miteinander – im Denken, im Handeln und mit ihren Ideen durchaus weiter als die Politik und Verwaltung zu denken und zu gehen wagt. Hier läge ein weiter führender Ansatzpunkt für die Zukunft.

Mit Renate Mayntz kann man hier nur abschließend festhalten, dass das politische und verwaltende (aber auch das polizeiliche) Steuerungshandeln nur ein sozialer Teilprozess ist, „der mit vielen anderen Teilprozessen interferiert und so zum sozialen Wandel beiträgt, ohne ihn lenken zu können. Auf der Ebene des Gesamtsystems findet keine Steuerung statt, sondern lediglich Strukturbildung und Strukturwandel. Das bedeutet, dass es zwar Steuerung in der funktionell differenzierten Gesellschaft gibt, aber keine politische Steuerung der Gesellschaft“ (Mayntz 1997:286). Das planende und steuernde Handeln politisch-verwaltender Akteure stellt damit lediglich ein Impuls unter vielen anderen dar, die auf die Entwicklungen der Städte einwirken – auch wenn sich einige Menschen das durchaus anders wünschen würden.

Abschließen möchten wir mit einer Empfehlung, die ein Anwohner sehr treffend hierzu beschreibt:
„Wenn wir also weiterkommen wollen und eine große politische Lösung nicht anstreben, weil uns die Kräfte hierfür fehlen, so stelle ich mir immer gerne die „Umkehrfrage“:
Wie kann das Viertel vom Straßenstrich profitieren?
Die Nachteile sind schnell aufgezählt, aber gibt es auch Vorteile?
Oder könnten die Nachteile zu Vorteilen gemacht werden?
Könnte man die bisher „betroffenen“ Anwohner an diesen „Profiten“ – welche auch immer das sein könnten – teilhaben lassen? Wie würde ein Immobilienmakler denken, der das Viertel hochwertiger verkaufen will? Es handelt sich doch bei der Prostitution um eine wirtschaftliche Aktivität, daher sollten auch wirtschaftliche Ansätze getroffen werden und keine ideologischen. Für mich als Betroffener würde gelten: Den Prozess aufzugreifen und zu einer Lösung zu führen, die zumindest für einen Großteil der Betroffenen einen höheren Wert hat, als der Istzustand.“

Literatur

Abgeordnetenhaus Berlin / Drucksache 16 / 12 696 (2008): Umgang mit Straßenprostitution und Begleiterscheinungen im Gebiet Kurfürstenstraße. Kleine Anfrage des Abgeordneten Björn Jotzo (FDP) und Antwort. 16. Wahlperiode. Berlin

Arbeitsgemeinschaft für Sozialplanung und angewandte Stadtforschung e.V.- AG SPAS (2010): Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzepte 2011 (mit Jahresbilanz 2010) für das QM Gebiet Schöneberger Norden. Berlin

Benkel, Thorsten (Hrsg. / 2010): Das Frankfurter Bahnhofsviertel - Devianz im öffentlichen Raum. Wiesbaden.

Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und gegen Gewalt an Frauen im Migrationsprozeß e.V. (KOK / 2008): Anmerkungen und Empfehlungen zum Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (Prostitutionsgesetz - ProstG). Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ / 2007): Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (Prostitutionsgesetz - ProstG). Berlin.
Der Bericht ist kostenlos beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erhältlich. Bestellungen unter: 01805-77 80 90 oder per Email: publikationen@bundesregierung.de. Außerdem ist er auf der Internetseite des Bundesministeriums unter http://www.bmfsfj.de/Kategorien/forschungsnetz.html veröffentlicht und kann dort herunter geladen werden.

Christmann, Gabriele B. (2003): Städtische Identität als kommunikative Konstruktion. Theoretische Überlegungen und empirische Analysen am Beispiel von Dresden. Institut für Höhere Studien (IHS), Reihe Soziologie 57. Wien

Der Polizeipräsident Berlin (2011): Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2010

Dücker, Elisabeth von / Howe, Christiane Howe / Leopold, Beate / Museum der Arbeit (Hrsg. 2008): Sexarbeit - eine Welt für sich. Erzählstücke aus erster Hand. Freiburg

Flick, Uwe (2002): Qualitative Sozialforschung. 6. Auflage. Hamburg

Grenz, Sabine (2005): (Un)heimliche Lust. Über den Konsum sexueller Dienstleistungen. Wiesbaden

Grenz, Sabine/ Lücke, Martin (Hrsg.) (2006): Verhandlungen im Zwielicht. Momente der Prostitution in Geschichte und Gegenwart. Bielefeld

Howe, Christiane (2004): Milliardengeschäft illegale Prostitution - Handel mit Frauen aus Osteuropa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52-53 2004, S. 33-38

Howe, Christiane (2006): Bilderwelten – Innenwelten. Prostitution und das Verhältnis der Geschlechter. In: Mythos Europa - Prostitution, Migration, Frauenhandel. Osteuropa, 56 Jg., Heft 06/2006, S. 67-85

Howe, Christiane (2007): Männer(bilder) im Rahmen von Prostitution – die Konstruktion des Freiers. In: Luedtke, Jens / Baur, Nina (Hrsg.) (2007): Was macht den Mann zum Mann. Beiträge zur Konstruktion von Männlichkeiten in Deutschland. Leverkusen Opladen. S. 239-263

Howe, Christiane (2010): Innen(an)sichten im Rotlichtmilieu - Eine ethnographische Annäherung an Bordellbetriebe im Frankfurter Bahnhofsviertel. In: Benkel, Thorsten (Hrsg.): Das Frankfurter Bahnhofsviertel – Devianz im öffentlichen Raum. Wiesbaden. S. 253-276

Hydra (Hrsg. / 1991): Freier. Das heimliche Treiben der Männer. Hamburg

Jäkl, Reingard (1987): Vergnügungsgewerbe rund um den Bülowbogen -Schöneberg auf dem Weg nach Berlin - Streifzug durch die Geschichte der Großstadt-Prostitution. Hrsg: Bezirksamt Schöneberg von Berlin - Katalog zur gleichnamigen Ausstellung vom 5.7. - 16.8.1987 in der Ladenpassage Potsdamer Straße 131. Berlin

Janzing, Antonius (1995): Sexualpädagogik. In: Bienemann, Georg / Hasebrink, Marianne / Nikles, Bruno W.: Handbuch des Kinder- und Jugendschutzes, Grundlagen-Kontexte-Arbeitsfelder. Münster. S. 335-341

Kleiber, Dieter (1994): Prostitutionskunden. Eine Untersuchung über soziale und psychologische Charakteristika von Besuchern weiblicher Prostituierter in Zeiten von AIDS. Baden-Baden

Klinnert, Michael; Krohmer, Jörg; Aydinlar, Recep (2010): Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzepte 2011 (mit Jahresbilanz 2010) für das QM Magdeburger Platz. Berlin

Künkel, Jenny (2008): Das Quartier als revanchistische Stadtpolitik. Verdrängung des Sexgewerbes im Namen eines neoliberalen Konstrukts. In: Schnur, Olaf (Hg.): Quartiersforschung zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden.

Langer, Antje (2010): Auffallen ohne entdeckt zu werden. Interaktionen von Prostituierten und Freiern auf dem `Drogenstrich´. In: Benkel, Thorsten (Hrsg.): Das Frankfurter Bahnhofsviertel - Devianz im öffentlichen Raum. Wiesbaden. S. 183-208

Luckmann, Thomas (1999): Wirklichkeiten. Individuelle Konstitution und gesellschaftliche Konstruktion. In : Hitzler, Ronald / Reichertz, Jo/ Schröer, Norbert (Hrsg.): Hermeneutische Wissenssoziologie. Standpunkte zur Theorie der Interpretation. Konstanz. S. 17-28

Mayntz, Renate (1997): Soziale Dynamik und politische Steuerung: theoretische und methodologische Überlegungen. Frankfurt a.M./New York

Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. Auflage. Weinheim und Basel

Mehring, Reinhard (2009): Carl Schmitt – Aufstieg und Fall. Eine Biografie. München

Nägele, Sibylle / Markert, Joy (2006): Die Potsdamer Straße - Geschichte. Mythen und Metarmorphosen. Berlin

Rothe, Andrea (1997): Männer, Prostitution, Tourismus. Wenn Herren reisen ... Münster

Schröder, Carolin (2010): Akteure der Stadtteilentwicklung - Wie Verwaltung, Politik und Bürgerschaft Beteiligung definieren. München

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung/Bezirksamt Tiergarten von Berlin (2000): Quartiersmanagement Berlin. Bürgergutachten: Ergebnisse der Planungszellen im Quartier Magdeburger Platz, Tiergarten Süd. Berlin

Velten, Doris (1994): Aspekte der sexuellen Sozialisation. Eine Analyse qualitativer Daten zu biografischen Entwicklungsmustern von Prostitutionskunden. Berlin

Witzel, Andreas (2000). Das problemzentrierte Interview. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 1(1), Art. 22. Berlin

Anhang

Presseauswertung

„Die Grenze der Zumutbarkeit ist erreicht“
(Berliner Kurier, 30.03.2010)

„Unsere Kinder erleben die Frauen täglich auf ihrem Weg zur Kita oder Schule. Die Situation wird immer unerträglicher“
(BZ, 28.11.2009)

„Wir wollen, dass hier alle nebeneinander leben können“
(M. Klose von Olga in der taz, 02.06.2009)

„Das Wichtigste ist, dass wir die Region um die Potsdamer Straße für Investoren attraktiv halten, sonst droht der gesamte Kiez zu kippen“
(Bürgermeister Band in der Bild, 08.11.2007)

Die Medien haben einen wichtigen Stellenwert in der Diskussion über die Straßenprostitution rund um die Kurfürstenstraße. Ereignisse werden je nach Hintergrund, Zielgruppe, Schwerpunktsetzung der Berichterstattung und individueller Sicht auf das Thema, unterschiedlich beurteilt. Im Hinblick auf das Thema Prostitution erscheinen diese Unterschiede allerdings eher graduell.
Die Berichte, auch die Terminologien beeinflussen nachhaltig die Erinnerungen, Erzählungen als auch die Meinungsbildung der Menschen im Viertel selbst. Sie prägen darüber hinaus ihre Wahrnehmungen, Einschätzungen und Deutungen von Situationen und Personen. Die Berichte über Sachverhalte und Personen lassen auch Distanz unter den Beteiligten, aber auch Ängste und Vorurteile entstehen, die dann kaum mehr überprüfbar scheinen.
Nach Luckmann stellt eine Weltsicht, sobald sie gesellschaftlich verfestigt wird, „für den Einzelnen ein zwingendes System von Auslegungen dar, das er sich innerlich aneignet. So erlangt die Weltsicht die Objektivität einer kulturellen Norm, die von jedem normalen, ernstzunehmenden Partner geteilt wird.“ (Luckmann 1999:23)

Des Weiteren werden in Kombination mit der Presse und durch das Weitererzählen von Gehörtem, kaum selbst Erfahrenem und Gesehenem, auch die Großstadtlegenden, die modernen Mythen ausgebildet. Denen sitzen häufig dann die PressevertreterInnen wiederum unüberprüft auf. Es finden sich hier mehr oder weniger skurrile Anekdoten, die meist mündlich (inzwischen gerne auch per E-Mail) im Viertel weitergegeben werden und deren Quelle sich in aller Regel nicht mehr zurückverfolgen lässt. Ein Experte merkt dazu an: ***„Es ist auch zu einem Teil Legendenbildung, wo man die Leute auch mal zurückholen muss.“***

Die AnwohnerInnen nehmen die spezifische Situation des Kiezes recht umfangreich wahr. Dies beruht auf ihrer langjährigen Anwohnererfahrung und der – mehr oder weniger freiwilligen – Auseinandersetzung mit dem Thema. Allerdings überlagern sich in den Schilderungen manchmal unterschiedliche Zeitschienen sowie Erlebtes mit Erzähltem. Ein Ereignis wird geschildert, als habe es gerade erst stattgefunden – z. B. eine Ansprache der Tochter auf ihrem Schulweg durch Freier, aber in Wirklichkeit fand dies vor 20 Jahren statt oder als hätte man es selbst erlebt. Dadurch wirken manche Aussagen etwas pauschal. Die Erinnerungen scheinen sich hier zu verdichten, so wird dann gesagt: „Die Problematik gab es damals schon – aber es wird schlimmer!“

Die Berichterstattung über Prostitution ist eigentlich – wie auch über Sexualität oder über Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung – eine äußerst verantwortungsvolle Aufgabe, da sie über die öffentliche Meinungsbildung politische Entscheidungsprozesse prägt und häufig Auswirkungen auf diejenigen hat, die es betrifft.
Deshalb haben wir im folgenden die Presseberichterstattung von 2006-2010 [11] im Hinblick auf unsere zentralen Fragestellungen durchgeschaut und zusammengefasst:

11 Zeitungsartikel Nr. 1 -23 aus den Zeitungen: Morgenpost, Tagesspiegel, Berliner Zeitung, Berliner Kurier, BZ, Bild

1. Wie wird die Entwicklung im Kiez beschrieben?
2. Welche Probleme werden beschrieben und bestehen nach Meinung des Verfassers?
3. Welche Hindernisse und Grenzen werden benannt?
4. Welche Ansätze und Ideen für gute Lösungen werden benannt?
5. Was wird über die Freier/Kunden gesagt?

1. Wie wird die Entwicklung im Kiez beschrieben?

Die Entwicklung im Kiez stellt sich in den Zeitungsartikeln durchweg als negativ und beunruhigend dar. Seit Jahrzehnten lebt der Kiez mit dem Straßenstrich, doch sei die Szene an der Kurfürstenstraße deutlich rauer geworden, seitdem Prostituierte aus Osteuropa dort arbeiten (ca. seit dem Spätsommer 2007). Als Folge würden sich immer mehr Anwohner über die Prostitution in der Kurfürstenstraße beklagen. Der Straßenstrich sei völlig außer Kontrolle geraten, es gehe „zügellos und schlüpfrig“ zu, die Zustände seien verwahrlost. Die osteuropäischen Prostituierten, so die Einschätzung (2007), brächten das fragile Gefüge ins Wanken, das durch die Arbeit des Quartiersmanagements und den Einsatz von finanziellen Mitteln im Kiez mühsam hergestellt wurde. (Michael Klinnert vom Quartiersmanagement Magdeburger Platz, Morgenpost 06.10.2007).
Bürgermeister Band sieht das in einem Interview in der Morgenpost(2007) ähnlich: „In den vergangenen Jahren wurde viel Geld aufgewendet, um das Quartier mit Hilfe von Projekten des Quartiersmanagements und der Wirtschaftsförderung zu stabilisieren. Inzwischen habe man es aber mit einer völlig neuen Dimension der Prostitution zu tun. Viele Frauen reisen als EU-Bürgerinnen mit einem dreimonatigen Touristenvisum ein.“

2. Welche Probleme werden beschrieben und bestehen nach Meinung des Verfassers?

In den Zeitungsartikeln werden die folgenden Problemlagen im Kiez angesprochen:

- Müll
- Lautstärke (insbesondere auch auf dem „Transvestiten-Strich“ in der Frobenstraße)
- Armutsprostitution und drogenabhängige Prostituierte
- Zuhälterei
- Aggressives Auftreten der osteuropäischen Frauen und ihrer Zuhälter, offensive Ansprache seitens der Prostituierten (Männer werden immer aggressiver angesprochen).
- Passantinnen werden mit Prostituierten verwechselt und von Freiern angesprochen.

Die Art und Weise, wie manche Frauen ihre Körper vermarkten, wird als aufdringlich und jugendgefährdend empfunden. Die Rede ist von einer „neuen Dimension der Schamlosigkeit“; es wird diskutiert, ob es sich dabei um eine „Erregung öffentlichen Ärgernisses“ handelt, die mit einer polizeilichen Anzeige geahndet werden kann. Die Gefährdung der Jugend wird thematisiert. Theoretisch sei Prostitution unmittelbar vor einer Kindertagesstätte (Kita) und Schule zwar verboten, praktisch werde dieses Verbot im Kiez aber nicht umgesetzt. „Schon Kindergarten-Kinder sind mit den negativen Begleiterscheinungen konfrontiert“ (Morgenpost, 17.01.2009). Als Folge würden sich Familien mit Kindern im Kiez zunehmend unwohl fühlen.
Ein aktueller Artikel erschien in der BZ am 22. Mai 2011. Er problematisiert Anbahnungspraktiken des Straßenstrichs als einen „gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr“. Prostituierte würden so nah an die Autofahrer herangehen, dass sie den Straßenverkehr behindern. Forderung war, dass Polizei und Ordnungsamt ihre Präsenz im „Rotlicht-Kiez“ verstärken müssten. Der Grünen-Innenexperte Benedikt Lux ließ sich sogar dazu hinreißen, Sperrzeiten für die Prostituierten nicht auszuschließen, wenn sich die Situation nicht bald bessern würde. Er meinte, ernsthaft darüber nachdenken zu müssen, ob die Prostituierten tagsüber im Berufsverkehr nicht mehr an der Kurfürstenstraße stehen dürfen?“.

3. Welche Hindernisse und Grenzen werden benannt?

In den Zeitungsartikeln wird als Lösung ausschließlich die Eindämmung der Prostitution in Betracht gezogen. Die nachfolgend aufgeführten Hindernisse sind also jene, die dies im Kiez erschweren:
Da rechtlich nichts möglich ist - Prostitution ist legal in Deutschland und auf der Berliner Landesebene ist es politisch nicht gewollt, bestimmte Gebiete für die Prostitution zu sperren - sei stattdessen ein ganzes Maßnahmenpaket nötig, um das Ziel - Eindämmung der Prostitution im Kiez zu erreichen. Dem entgegen steht der begrenzte Etat in der Sozialarbeit. Auch Durchfahrtsbeschränkungen zur Eindämmung des Freiersuchverkehrs seien wirkungslos, wenn es keine Kontrollen gebe.
Alle bisherigen Versuche, die Gegend an der Potsdamer Straße als Einkaufs- und Flaniermeile aufzuwerten, seien durch „milieubedingte Begleiterscheinungen des Straßenstrichs“ gefährdet (vgl. taz 04.12.2007 zum Thema Wohnungsbordelle).

4. Welche Ansätze und Ideen für gute Lösungen werden benannt?

Die Gegend müsse für Geschäftsleute attraktiv bleiben, sonst drohe der „Kiez zu kippen“. Eine interessante Beschreibung einer Befürchtung, die nicht näher erläutert wird, aber Vorstellungen von „stinkenden Gewässern“ hervorruft, die man nur kontrolliert reinigen müsste. In den Zeitungsartikeln werden fast nur Ideen angesprochen, die straf- und ordnungsrechtlich orientiert sind, jedoch häufig gesetzliche Vorgaben voraussetzen, die gar nicht gegeben sind. Dennoch werden sie immer wieder angeführt. Suggeriert wird, dass die Polizei nicht ordnungsgemäß agiert, würde sie es tun, wären die Probleme gelöst. Lösungen werden dadurch vorgegaukelt. Dieses Konglomerat an Desinformationen ist kaum mehr richtig zu stellen und findet sich dann auch bei den empörten BürgerInnen in den Bürgerversammlungen wieder. Vorschläge sind z.B.:

- Straßensperrungen (v. a. in der Frobenstraße)
- Sperrzeiten (für die Zeit zwischen 7 und 19 Uhr im Winter und 6 bis 21 Uhr im Sommer)
- Rechtliche Regelungen zur Eindämmung der Prostitution ausweiten, z.B. prüfen, ob ein Verbot von Straßenprostitution möglich ist (Sperrgebiet)
- Auch in Bezug auf die (fehlende) Bekleidung der Prostituierten eine gesetzliche Regelung treffen: „Es müsste gesetzlich festgelegt sein, dass bestimmte Körperpartien der Prostituierten bedeckt sind“ (BZ, 02.08.2010)
- In der Nähe von Kitas, Schulen, Spielplätzen, Krankenhäusern sowie sozialen und kirchlichen Einrichtungen sollte die Prostitution verboten werden / bzw. müsse die Einhaltung dieser Regel besser kontrolliert werden.
- Mehr Polizeikontrollen / Kontrollen durch das Ordnungsamt

Aber auch nachfolgende Ideen waren zu finden:

- Sozialarbeit: Streetworker und SprachmittlerInnen sollen die osteuropäischen Prostituierten über ein sozialverträgliches Auftreten informieren.
- Verrichtungsboxen würden die Situation entspannen, da der Sex derzeit oftmals in der Öffentlichkeit stattfindet und für Ärger sorgt (‚Verrichtungsbox‘ als Ort für den Vollzug der sexuellen Dienstleistung, wie es sie bereits in anderen Städten, z.B. Köln, gibt).
- Einrichtung eines Runden Tisches, vielleicht auch mit der BSR, zur Müllproblematik

- Einrichtung von Bürgersprechstunden, denn es müsse um „ein verträgliches Miteinander gehen – nicht um Vertreibung“. Dies gelte sowohl für die Anwohner und insbesondere die Familien mit Kindern, als auch für die Prostituierten. Kinder die im Quartier leben, sollten nicht durch „übermäßig zur Schau gestellte Sexualität belastet“ werden (Berliner Zeitung, 29.10.2007).

Darüber, dass Sperrbezirke oder Sperrzeiten in Berlin politisch nicht gewollt sind, herrscht insgesamt eher Unverständnis. Innensenator Körting wird in verschiedenen Zeitungsartikeln zitiert, er sehe in Berlin keinen Handlungsbedarf für eine rechtliche Regelung, die Prostitution vor Schulen und Kitas zu verbieten: „Im Abgeordnetenhaus sagte er, dass es nicht zielführend sei, die Prostitution vor bestimmten sozialen Einrichtungen per Regelung zu verbieten“ (Morgenpost 16.01.2009). „Stattdessen sollten Sozialarbeiter und Organisationen wie Hydra das Gespräch mit den Prostituierten suchen, um sie für die Problematik …. zu sensibilisieren.“ Körting: „Ich sehe die Belästigung. Doch wir können nicht durch Verbote gegensteuern, sondern nur durch Belehrungen“ (Morgenpost 17.01.2009).
Trotz vermehrter Anwohner-Proteste besteht er auf der Haltung, „Berlin habe bislang gute Erfahrungen damit gemacht, auf die Einführung von Sperrbezirken zu verzichten“ (Berliner Kurier 01.04.2010). Wenn es Probleme gebe, „seien dafür die Bezirke und die entsprechenden örtlichen Polizeiabschnitte zuständig“.

Hier entsteht der Eindruck, dass von Seiten des Senats das Argument, durch Sperrzeiten und Sperrgebiete käme es bloß zu einer räumlichen Verdrängung, nicht aber zu einer Lösung des Problems, nicht verständlich kommuniziert wird. Die Haltung des Senats hinsichtlich des Straßenstrichs rund um die Kurfürstenstraße und der Umstand, dass sich Innensenator Körting zu dem Thema derzeit nicht äußern will, spricht für wenig Sensibilität im Umgang mit den Sorgen von Anwohnern. So bleibt der Presse nur die Frage: „Warum tun Sie nichts, Herr Körting?“ (Berliner Kurier, 01.04.2010)

5. Was wird über die Freier / Kunden gesagt?

Wenn die Personengruppe der Freier in den Zeitungsartikeln Erwähnung findet, dann wird sie eher negativ beschrieben:

- Es kommen zu viele und sie wollen billigen Sex.
- Sie haben Sex in der Öffentlichkeit, weil sie zu geizig sind, 30 Euro extra für eine Pension auszugeben [12].
- Sie nutzen den erst besten Parkplatz für ihr Geschäft mit den Prostituierten oder auch Hausflure und Grünanlagen.
- Sie lassen sich nicht davon abschrecken, dass die Prostitution unmittelbar vor einer Schule verboten ist und strafrechtlich verfolgt werden könne (BZ, 04.12.2009).
- Sie lassen ihren Müll (= Kondome) am Ort der Verrichtung einfach liegen.
- Sie urinieren in der Öffentlichkeit.

- Sie sind anscheinend nicht in der Lage, zwischen Prostituierten und ‚normalen Passantinnen‘ zu unterscheiden und sprechen laut Artikel wahllos alle möglichen Frauen an. (Morgenpost, 06.10.2007).
- Es wird erwähnt, dass ihr massives Auftreten und der „Freier-Suchverkehr“ den Anwohnern zeitweise so lästig waren, dass diese sich zu nächtlichen Streifen organisierten und die Freier in den Autos ansprachen (Berliner Zeitung, 29.10.2007).

Die meisten Artikel sind in einer relativ sachlichen Sprache mit Einsprengseln tendenziöser Begriffe verfasst, manche (z.B. BZ, 28.11.2009) auch eher in einem reißerischen Stil mit dem Fazit: „Die Situation ist festgefahren, ausweglos“ und die Anwohner der Kurfürstenstraße „werden wieder einmal alleingelassen“.
Nach Phasen, insbesondere in der Sommerzeit (Stichwort: „Sommerflaute“), in der die Diskussion in starkem Maße durch die Medien bestimmt und vermittelt wurde, verliert das Thema meist an Neuigkeits- und damit Nachrichtenwert. Die lokalen Akteure gewinnen dann wieder an Bedeutung und bestimmen wieder stärker den weiteren Verlauf der Diskussionen. Sie beziehen sich dabei allerdings auf die Presseberichterstattung als eine Quelle vermeintlicher Objektivität und richten sich danach aus. Selbst wenn sie kritische MedienkonsumentInnen sind, können sie sich dem kaum entziehen.
Geschichten über den Straßenstrich werden regelmäßig in der einen oder anderen Form geschrieben. Lesarten und Wirklichkeitsdeutungen bestätigen sich wechselseitig und enthalten auch die entsprechenden Problemdefinitionen als auch Lösungsmöglichkeiten. So spiegeln sie sich auch in der Politik, der Verwaltung wie bei den AnwohnerInnen wieder.
Interessant ist, dass manche der vermeintlichen Tatsachenberichte offensichtlich nicht ausreichend gut überprüft werden, vor allem nicht hinsichtlich des Zeitpunktes und des Ablaufes – also wann die beschriebene Vorfälle stattgefunden haben oder ob sie sich überhaupt so zugetragen haben. Exemplarisch und zur Veranschaulichung sei hierfür die Recherche von der Anwohnerin Regine Wosnitza zitiert. Bei dem Artikel, den sie mit ihrer Recherche widerlegt, handelt es sich um die Reportage aus der BZ vom 19. April 2010 mit dem Titel „Zwei Gesichter. Kiez-Report: Gutes Berlin, böses Berlin“. Der gesamte Artikel ist im Anhang zu finden. Im nachfolgenden werden nur die direkten Zitate genutzt, die Regine Wosnitza bei der Polizeipressestelle überprüft hat:

BZ-Zitat: „Aber auch der Drogenhandel ist schlimm“, berichtet Grundschul-Hausmeister Achim Neumann (44). „Mir haben sie über den Kopf geschlagen, als ich morgens das Schultor aufschloss. Der Hof wurde als Drogenversteck genutzt. Einen Zahn habe ich auch verloren.“
ANTWORT DER POLIZEIPRESSESTELLE: Der Vorfall ereignete sich im Jahr 2007. Der Hausmeister hat damals keine Anzeige gemacht. Warum er dies nicht tat, ist der Polizei nicht bekannt. Jetzt hat die Polizei Anzeige gegen Unbekannt gestellt.

BZ-Zitat: Am Magdeburger Platz klagen Anwohner über nächtlichen Lärm durch Freier und Prostituierte.
ANTWORT DER POLIZEIPRESSESTELLE: Es gibt mündliche Beschwerden gegenüber dem Kontaktbereichsbeamten über Partylärm und ähnliches. Es gibt jedoch keine einzige Anzeige aus dem Gebiet über die Ordnungswidrigkeit Lärm in Verbindung mit Freiern und Prostituierten.

BZ-Zitat: Eine Kioskbesitzerin: „Ich werde oft beklaut und bedroht. Telefonkarten und Zigaretten sind gefragt, einmal hat man mir auch den ganzen Laden leer geräumt. 15.000 Euro futsch.“
ANTWORT DER POLIZEIPRESSTELLE: Es liegen drei Anzeigen wegen Einbruchsdiebstahls in einem Kiosk vor. Diese stammen aus den Jahren 2000, 2001 und 2004. Seitdem ist kein weiterer Diebstahl oder ähnliches bei der Polizei angezeigt worden. Eine Anzeige wegen Raubes ist nie gestellt worden.
Zur Erklärung: Der Straftatbestand des Raubes entspricht dem des Diebstahls. Hinzukommen die Komponenten der Gewalt oder Drohung, d.h. einer Nötigung.

Die BZ wird von vielen Leuten gelesen, das Viertel bekommt laut Anwohnerin Wosnitza dadurch einen bestimmten Ruf. Ihrer Meinung nach ist in diesem Artikel die journalistische Sorgfaltspflicht (Nachprüfen von Aussagen der Interviewten) grob verletzt worden. Die Jahreszahlen wurden weggelassen oder sind von den Interviewten nicht genannt worden. So entsteht der Eindruck, es hätten sich alle Vorfälle im letzten Jahr ereignet. Anwohnerin Wosnitza ist es unbegreiflich, welches Interesse die BZ oder die Interviewten daran haben, „den Kiez so schlecht zu reden“.

Es bleibt die Frage, wie eine andere ‚Lesart‘ des Quartiers, eine andere Erzählung über den Kiez angeregt oder entwickelt werden könnte? Vor allem Lokalzeitungen haben hier eine Verantwortung, da sie durchaus zur Entwicklung einer lokalen Kultur beitragen.

Technische Universität Berlin
Zentrum Technik und Gesellschaft

Fragebogen

zur Studie über Prostitution rund um die Kurfürstenstrasse (April-August 2011)

Seit wann leben Sie in diesem Kiez?
seit _____, insgesamt _____Jahre

In welcher Straße wohnen Sie im Moment?

_____

Falls Sie innerhalb des Kiezes umgezogen sind: Seit wann leben Sie in dieser Straße?
seit _____, insgesamt _____Jahre

Wo genau liegen für Sie die Probleme? Was stört Sie am meisten?
(Bitte geben Sie einen Wert auf einer Skala an von:
1 = „stört mich kaum“ bis 6 = „stört mich sehr“)

_____ Nächtliche Ruhestörungen
durch: _____
_____

_____ Verschmutzungen
von: _____
_____

_____ Verhalten der Frauen
durch: _____
_____

_____ Nacktheit der Frauen

_____ Verhalten der Kunden/Freier
durch: _____
_____

____ Sonstiges: durch: _____
_____

Bitte wenden!

Zentrum Technik und Gesellschaft - Technische Universität Berlin - www.ztg.tu-berlin.de
Kontakt: Mobil: 0170 - 19 16 584 - Email: howe@ztg.tu-berlin.de

1 von 2 Seiten

Was wären aus ihrer Sicht notwendige Schritte, um zu Lösungen dieser Probleme zu kommen? Wie könnte man Verbesserungen erreichen?
(Bitte kurz in Stichpunkten aufschreiben, gerne auch ungewöhnliche Ideen.)

_____
_____
_____
_____

Was wären Ihre Wünsche für den Kiez? Wie sollte er in 10 Jahren im besten Falle aussehen?

_____
_____
_____
_____

Sonstige Anmerkungen:

_____
_____
_____
_____

Sind Sie im Rahmen der Studie schon mal befragt worden?
___ Ja ___ Nein

Falls nicht, haben Sie Interesse an einem ausführlichen Gespräch?
___ Ja ___ Nein

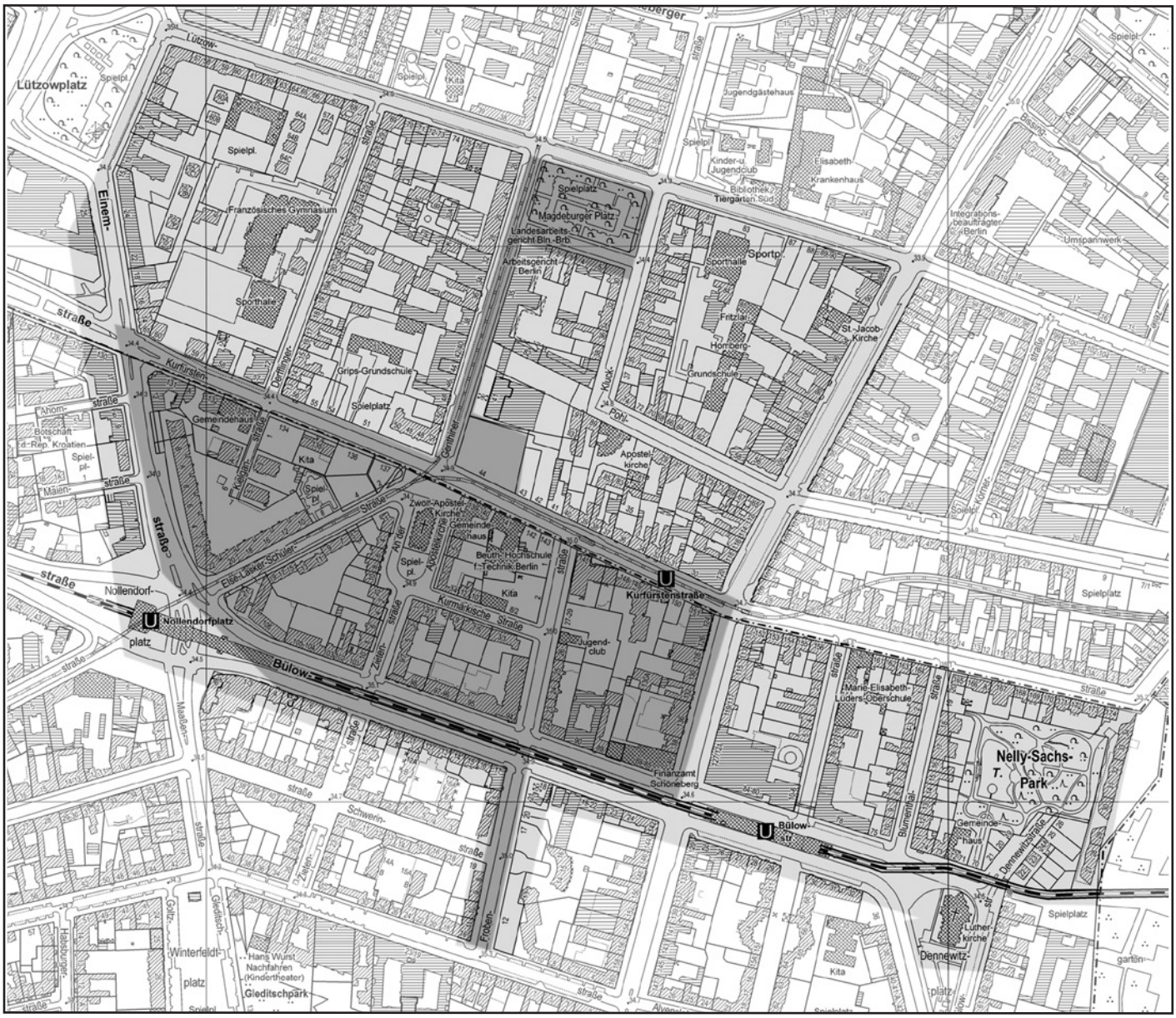
Haben Sie Interesse an den Ergebnissen der Studie?
___ Ja ___ Nein

Falls ja, bitte geben Sie Ihre Kontaktdaten an:
Email: _____
Telefon: _____

(Oder nehmen Sie mit uns Kontakt auf.)

Herzlichen Dank für das Ausfüllen des Fragebogens

Zentrum Technik und Gesellschaft - Technische Universität Berlin - www.ztg.tu-berlin.de
Kontakt: Mobil: 0170 - 19 16 584 - Email: howe@ztg.tu-berlin.de



Gebietskarte rund um die Kurfürstenstraße
Karte von Berlin 1 : 5000 (RD TK5), Blätter 413A, 423C, 424D und 414B © GeoBasis-DE/SenStadt III (2011)
Quelle: Bestellservice für Veröffentlichungen - Karten und Luftbilder der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/service/veroeffentlichungen/de/ karten_luftbilder/

Legende

Untersuchungsgebiet

Hauptsächliches Straßen-Prostitutionsgebiet
(Stand: Sommer 2011)

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin
- Pressestelle -

Berlin

Pressespiegel 27.05.2011

Kurfürsten-Straßenstrich wird jetzt erforscht

Bild

Schöneberg - Kein Scherz: Die Prostitution an der Kurfürstenstraße soll jetzt wissenschaftlich erforscht werden!

Im Auftrag von Bezirksbürgermeister Ekkehard Band (66; SPD) befragen zurzeit Mitarbeiter vom „Zentrum Technik und Gesellschaft" der TU betroffene Anwohner, Besitzer von umliegenden Geschäften, deren Mitarbeiter und die Prostituierten selbst. Außerdem suchen die Interviewer für ihre Befragungen Kunden des Straßenstrichs.

Ziel ist es, die Probleme des Kurfürstenkiezes herauszufinden, damit sich die Gegend positiver entwickeln kann. Am 23. Juni werden die Ergebnisse vorgestellt.

Anmeldung: ☎ 0170-191 65 84

TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

Forschungsprojekt zur Straßenprostitution

MoPo

SCHÖNEBERG – Ein Forschungsprojekt der TU beschäftigt sich derzeit im Auftrag des Bezirksamtes mit der Straßenprostitution im Raum Schöneberg. Gesucht werden dafür noch Anwohner rund um die Kurfürstenstraße, die sich zu ihren Erfahrungen zum Thema Straßenprostitution befragen lassen möchten. Auch Kunden können ihre Einschätzung abgeben. Ziel der Untersuchung ist eine positive Entwicklung im „Kurfürstenkiez". Infos und Kontakt howe@ztg.tu-berlin.de oder ☎ 0170-191 65 84. *kla*

Abkürzungen: BerlZ = Berliner Zeitung, Bild = Bild, BK = Berliner Kurier, BZ = BZ, Faz = Frankfurter Allgemeine Zeitung
MoPo = Berliner Morgenpost, taz = tageszeitung, Tsp = Tagesspiegel, Welt = Welt

BERLINER KURIER
MITTWOCH, 26. OKTOBER 2011

Straßenstrich entzweit Berlin

In Meinungsumfrage fast 50 Prozent für Sperrzeit-Regelung

Nur noch nachts will eine Mehrheit der Berliner den Straßenstrich dulden.

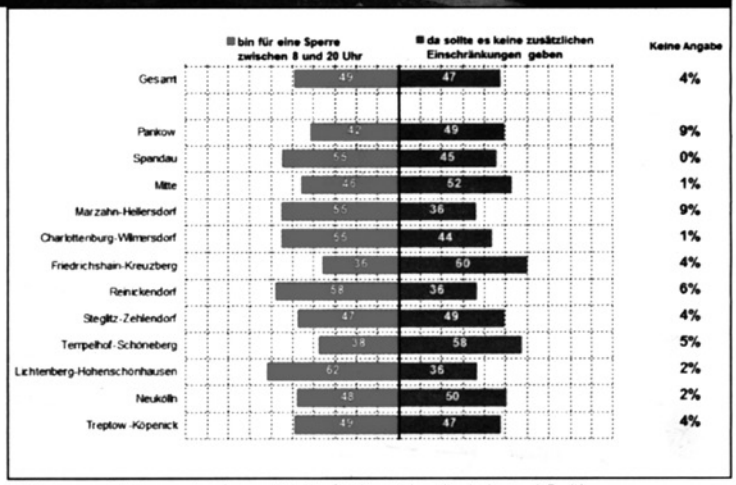
Foto: ddp

Berlin – **Die Berliner sind mit einer kleinen Mehrheit von 49 zu 47 Prozent dafür, den Straßenstrich in der Innenstadt auf die Zeit von 20 bis 8 Uhr zu beschränken. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungs-Instituts Info GmbH für das Wahlbarometer von Berliner KURIER und Berliner Rundfunk 91.4.**

Die Zustimmung ist im Ostteil mit 51 Prozent etwas größer als im Westteil. Frauen möchten die Sperrzeiten zu 52 Prozent, Männer nur zu 45 Prozent. Die Frage war im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen hochgekommen. Es ging um frühere CDU-Vorstellungen, im Bereich Kurfürstenstraße den Billig-Strich mit Sperrzeiten zu bekämpfen (der KURIER berichtete). Der Vorschlag wird es nach KURIER-Informationen jetzt aber weder in die Verhandlungen und noch in den rot-schwarzen Koalitionsvertrag schaffen.

Dass es den geben wird, glauben laut der Umfrage 86 Prozent der Berliner. Der Eintracht, die von den beiden Parteien demonstriert wird, scheinen sie zu vertrauen. Was nicht heißt, dass sie Rot-Schwarz alle wollen: Da sind nur 52 Prozent dafür, 34 Prozent sind nach dem Ende der rot-grünen Möglichkeiten für eine Koalition aus SPD, Linke und Piratenpartei.

GL



Zustimmung und Ablehnung einer Sperrzeit für den Straßenstrich, aufgegliedert nach Bezirken. Quelle: Info GmbH

ZWEI GESICHTER
Kiez-Report: Gutes Berlin, böses Berlin

19. April 2010 21.20 Uhr, B.Z.
Tiergarten und Müggelheim: Laut Kriminalitätsstatistik „Guter Kiez, Schlechter Kiez“. Eine Reportage.

2009 wurden in Berlin 487.096 Straftaten verübt. Die Kriminalitätsstatistik 2009 gibt erstmals Auskunft, in welchen Bezirken wie viele und welche Delikte verübt wurden.

Das Ergebnis u.a.: Charlottenburg-Wilmersdorf verzeichnete mit 32,2 Prozent berlinweit den höchsten Anstieg bei Wohnungseinbrüchen (1475 Fälle); den größten Rückgang gab es in Spandau (minus 22 Prozent, 389 Fälle). Die B.Z. suchte die nach Zahl der Straftaten gefährlichste Gegend Berlins – der Tiergarten. Das Viertel, der Polizei bekannt wegen seines hohen Anteils an Straßenprostitution, weist die höchste Häufigkeit von Kriminalität aus (35.712 Fälle auf 100.000 Einwohner). Im Gegensatz dazu die Ecke, in der sich selbst Verbrecher langweilen: Der Ortsteil Müggelheim (Treptow-Köpenick) gilt als der sicherste Ort der Hauptstadt (291 Straftaten insgesamt; 4493 Fälle je 100.000 Einwohner). B.Z.-Reporter besuchten beide Kieze.

GUTER KIEZ

Müggelheim (6400 Einwohner) ist rein statistisch Berlins sicherster Kiez. Überrascht sind die Anwohner über die Statistik nicht. Die letzten Vorfälle liegen über 10 Jahre zurück, als 1996 mehrere Läden und Wohnungen ausgeraubt wurden. Seitdem ist es ruhig.

Die Müggelheimer fühlen sich sicher in ihrer Wohngegend mit viel Grün und Seeblick. „Ich lebe hier seit 40 Jahren und kenne niemanden, dem mal etwas passiert ist“, erzählt Peter Ernst (74), der gemeinsam mit seiner Frau in einem Biergarten sitzt, sein Pils und die Sonne genießt. Müggelheim gleicht einem idyllischen Dorf. Fast jeder kennt jeden, man grüßt sich. Nachbarn halten zusammen. Fremde fallen gleich auf. Die Studentin Jennifer Marschall (22) fühlt sich auch im Dunkeln sicher. „Wenn ich nachts von einer Party alleine nach Hause gehe, ist das kein Problem“, sagt sie. „Gerade weil es so sicher ist, bin ich hierher gezogen“, so die gebürtige Lichtenbergerin. Das Einzige, was die Müggelheimer fürchten, sind Wildschweine. Sie durchwühlen seit Jahren alle Gärten.

SCHLECHTER KIEZ

Tiergarten (12.500 Einwohner) ist rein statistisch Berlins gefährlichster Kiez. Viele Anwohner stört vor allem die Prostitution an der Kurfürstenstraße.

„Aber auch der Drogenhandel ist schlimm“, berichtet Grundschul-Hausmeister Achim Neumann (44). „Mir haben sie über den Kopf geschlagen, als ich morgens das Schultor aufschloss. Der Hof wurde als Drogenversteck genutzt. Einen Zahn habe ich auch verloren.“ Am Magdeburger Platz klagen Anwohner über nächtlichen Lärm durch Freier und Prostituierte. Eine Kioskbesitzerin: „Ich werde oft beklaut und bedroht. Telefonkarten und Zigaretten sind gefragt, einmal hat man mir auch den ganzen Laden leer geräumt. 15.000 Euro futsch.“

Karolina Filipiak (20, FSJlerin) fühlt sich eigentlich wohl im Kiez, doch sie warnt: „Bei Dunkelheit sollte man gewisse Ecken meiden, nämlich die, wo Prostituierte und Dealer stehen.“

Stichwort Gentrifizierung

Kultur, Mo 08.08.11 08:55 Uhr

Von Mitte in die Potsdamer Straße - ein Trend?

Andreas Murkudis hat die Welten gewechselt. Wo es in der Münzstraße Joghurteis mit 0% Fett gibt, gibt es in der Potsdamer Straße den Döner mit extra viel Soße. Der Straßenstrich an der Kurfürstenstraße ist gleich um die Ecke und der Sexshop Love Sex Dreams, Woolworth und natürlich der Wintergarten. Der Muffinladen mit der italienischen Kaffeemaschine ist erst seit kurzem hier - genauso wie die Galeristen, die die Potsdamer Straße in den letzten zwei Jahren entdeckt haben. Es ist genau diese Mischung, die Andreas Murkudis gefällt.

Andreas Murkudis: „Gegenüber hat man die Galerie Arndt, wo es „Gilbert und George“ gibt und dann gibt es auch den türkischen Gemüsehändler, wo ein Kilo Tomaten 49 Cent kostet. Also, diese Kontraste sind wunderbar. Und in Mitte war es dann alles nur noch zu, nicht exklusiv, aber es gab halt nur „Butter Lindner“ und besondere Dinge. Und hier sind wirklich normale Menschen auf der Straße. Auch wenn wir hier so ein bisschen wie ein Raumschiff gelandet sind. Deswegen ist es auch ganz gut, dass wir nicht auf der Straße sind. Dann wäre der Kontrast ein bisschen extrem.“ Andreas Murkudis ist mit seinem Luxusladen in die ehemalige Druckerei im verlassenen Tagesspiegel-Gebäude gezogen - gut versteckt im Hinterhof. Von außen ist nichts zu erkennen, was durchaus gewollt ist. Laufkundschaft spielt für Andreas Murkudis keine Rolle.

Murkudis: „Es ist nicht, dass wir arrogant sein wollen oder wir sagen, wir wollen bestimmte Leute nicht. Aber es ist schon so, dass man sich darauf einlassen muss, was es hier gibt. Und wir beraten die Leute gerne, wir erklären auch Dinge, man muss auch bei uns nicht unbedingt etwas kaufen. Aber es geht schon darum, die Leute zu erreichen, die daran Spaß haben und die das interessiert.“ - und die sich das leisten können. Erst wenn man durch die Toreinfahrt des leer stehenden Verlagsgebäudes geht, sieht man die riesigen Fenster, aus denen es weiß strahlt. Wie eine Galerie sieht der Laden aus. Auf 1000 Quadratmetern liegen keine Waren aus, hier werden wertvolle Gegenstände ausgestellt: Designerkleider, handgestrickte Babymützchen, feine Liköre, handbemaltes Porzellan oder Motorradhelme. Seine Kunden, sagt Andreas Murkudis, sind vom neuen Standort begeistert. Die Münzstraße in Mitte war ihnen zu rummelig, zu jung, zu touristisch, wie ihm selbst auch:

Murkudis: „Fakt ist, dass wir in dieser Straße nur noch Filialisten haben, ob es nun Mawi ist oder Diesel oder wie sie alle heißen. Also, die interessanten Läden, die das Viertel geprägt haben, sind eigentlich alle entweder gegangen oder sie sind in die Querstraßen gegangen oder in ganz andere Bezirke. “Das Mitte, in dem Andreas Murkudis 2003 seinen Concept Store aufgebaut hat, gibt es nicht mehr. Eigentlich wollte er schon längst umzogen sein - nur wusste er lange nicht wohin.
Murkudis: „Ich finde Charlottenburg hat keine wirklich guten, schönen Räume, weil für mich ist der Raum extrem wichtig. Und Prenzlauer Berg finde ich auch zu spießig, und in Kreuzberg finde ich, sollte man keinen Laden aufmachen. Ich mag den Bezirk, und ich finde irgendwie verbietet es sich, so eine Art von Laden da zu machen.“So ist Andreas Murkudis in der Potsdamer Straße gelandet und zuversichtlich, eine Weile bleiben zu können. Noch

stimmt hier die Mischung von Gemüsehändlern und Galerien. Und damit das so bleibt, hat er sich mit seinem Luxusladen fast unsichtbar gemacht. Denn Andreas Murkudis weiß natürlich, dass er selbst die Gentrifizierung vorantreibt.

Murkudis: „Ich bin ja auch mitverantwortlich, dass Mitte so ist. Ich bin ja auch einer, der das attraktiv gemacht hat, und deswegen bin ich auch nicht beleidigt, dass es so ist wie es ist."
Ein Beitrag von Vanessa Loewel.

STUDIOZEIT • AUS KULTUR- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN
30.06.2011 · 20:10 Uhr

Landen nach Kaffeegenuss gern auf der Straße:
Coffee-to-go-Pappbecher. (Bild: Stock.XCHNG / Mel Guknes)

Kaugummi, Kippen und Kaffeebecher

Müll im Stadtbild soll mit psychologischen Tricks verhindert werden
Von Michael Engel

„Littering" ist neuhochdeutsch und bezeichnet das unachtsamen Fallenlassen von Müll im öffentlichen Raum. Die Abfallentsorgungsgesellschaften wollen mit psychologischen Mitteln gegensteuern, um die Kosten für die Stadtreinigung in den Griff zu bekommen.

Zwei Handgriffe, dann ist der Abfallbehälter geleert. Die Ausbeute im blauen Müllsack: Zwei Kaffeebecher, eine Zigarettenschachtel, Verpackungsmaterial. Wenig im Vergleich zu dem, was in Sichtweite drum herum liegt. Mike Drobny vom Straßenreinigungsdienst Hannover kennt diesen Anblick: herumliegenden Müll.
„Das Leben ist stressiger geworden. Also die Leute nehmen sich nicht mehr die Zeit, zuhause in Ruhe mal den Kaffee zu trinken. Nein, die rennen los, kaufen sich unterwegs einen Kaffee. Ja und dann fliegt der Becher auch mal auf die Straße, weil sie gar keine Zeit haben, um mal zu gucken, ob da ein Papierkorb hängt. Die Leute sind schon stressiger. Auf jeden Fall."
Pizzaschachteln, Pommesreste, Plastikteller - die Take-Away-Kultur hinterlässt ihre hässlichen Spuren. Besonders betroffen: Fußgängerzonen, Kaufhausmeilen und Kneipengassen. Kurzum: die Innenstädte. Aber auch Parks sind hoffnungslos zugemüllt, besonders nach einem sommerlichen Grillwochenende oder einer spontanen Flashmobparty. „Littering" sagen Experten zu dem Phänomen und meinen damit das achtlose Wegwerfen beziehungsweise Liegenlassen von Müll im öffentlichen Raum. Ein Problem, das in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen hat.
„Die Menschen sind globalisierter, sind beweglicher, sind mehr im öffentlichen Raum. Das heißt, es gibt mehr, was gelittert werden könnte, weggeworfen werden könnte."
So die Beobachtung von Kornelia Hülter vom Zweckverband Abfallwirtschaft der Region Hannover:

„Also diese Kaffeebecher, die McDonalds-Kultur und so. Es gibt mehr zu littern, aber wir laufen nicht mit dem erhobenen Zeigefinger in der Gegend rum und auf die Bürger zu, sondern das sind unsere Kunden. Und wir versuchen uns als Dienstleistungsunternehmen zu bewähren und natürlich die Leute da freundlich abzuholen und ihnen einen sauberen Service hinzulegen. Aber nicht besserwisserisch irgendwelche Taten zu fordern, sondern wir werden immer freundlich auf die Menschen zugehen."

Siegfried Tadje ist Kehrmaschinenfahrer bei der Stadtreinigung Hannover. Um 5.30 Uhr geht's los. Dann kurvt er durch die Fußgängerzone von Hannover und holt viele Kubikmeter Müll von der Straße, obwohl dort mehrere hundert Abfallbehälter stehen - viele nur halb gefüllt, einige sogar leer.

„Das Schlimme da dran ist ja immer, dass die Bürger sagen, wir bezahlen ja Straßenreinigung, und da könnt ihr das auch wegmachen. Hier, wir bezahlen das, also macht das auch mal sauber. So, und das kann's nicht sein."

Warum lassen so viele Menschen ihren Müll achtlos liegen? Und wie könnte diese Entwicklung in geordnete Bahnen gelenkt werden? Reinigungsdienste aus mehreren Städten - darunter Köln, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover und Leipzig - beauftragten die Humboldt-Universität Berlin mit einer Studie, um eine saubere Antwort zu finden. Dr. Rebekka Gerlach vom Institut für Psychologie befragte erst einmal Menschen, die quasi „in flagranti" beim Littern erwischt wurden:

„Dann sagen die, ja also, es war vor allem Bequemlichkeit, aber vor allem war es so, dass kein Abfallbehälter in der Nähe war. Ja, und dass ich in Eile war. Also Litterer benutzen gerne sogenannte Rechtfertigungsstrategien, die also dazu da sind, ihr Verhalten auf für sie freundliche Weise zu erklären. Wir haben festgestellt in unseren Untersuchungen, dass eine Hauptgruppe der Litterer eben Raucher sind. Über 70 Prozent der festgestellten Littering-Fälle waren gelitterte Zigaretten. Und eine weitere Gruppe von Litterern sind eben Jugendliche und junge Erwachsene."

Interessant ist auch dieser Befund: Sind die Plätze extrem sauber und gepflegt, lassen die Menschen keinen Müll fallen. Hier scheint die Hemmschwelle sehr hoch zu sein. Das Gleiche auch für sehr dreckige Plätze. Bei einer geringen Vermüllung hingegen ist der Einladungscharakter am Größten, so die Beobachtung der Psychologen. Verschmutzung ist aber auch ein ‚Wahrnehmungsphänomen'. Darauf verweist Dr. Heinz-Josef Dornbusch vom Institut für Abfall, Abwasser und Infrastrukturmanagement in Ahlen:

„Wir haben dort entsprechende Untersuchungen gemacht, und es scheint so zu sein, dass der Anspruch der älteren Bevölkerung nach oder an Sauberkeit höher ist als bei Jüngeren. Und wenn dann der demografische Wandel das fortsetzt, dass man sagt, es gibt eben immer mehr Ältere, dann ist der Anspruch insgesamt eben höher. Und das ist eben das Spannungsfeld. Da werden wir wahrscheinlich niemals ganz rauskommen. Und ob der Weg wie in Singapur - 300 Euro beziehungsweise 300 Dollar für jeden Wegwurf - der Richtige ist, wage ich zu bezweifeln. Für Deutschland sind sicherlich andere Lösungsmöglichkeiten vorhanden."

In 40 Prozent der beobachteten Littering-Fälle standen die Abfallbehälter maximal zehn Meter entfernt. Kurioser Weise rangiert das Argument „Kein Abfallbehälter in der Nähe" ganz oben bei den Müllverursachern. Klarer Fall für die Experten: Mit mehr Abfallbehältern ist das Problem „Littering" nicht zu lösen. Aber sichtbarer sollten sie schon sein, die Abfallbehälter. Nicht so grau und unscheinbar, wie in vielen deutschen Fußgängerzonen. Psychologen der Berliner Humboldt Universität entwarfen reflektierende, orangefarbene Bauchbinden für den Abfallkorb. In Köln - so Dr. Rebekka Gerlach - war der Versuch ein voller Erfolg:

„Und interessant war hier allein schon die auffälligere Gestaltung von *Abfallbehältern - die hatten wir mit so einer reflektierenden Bauchbinde versehen -, dass die allein schon dazu führte, dass die Menschen weniger litterten. Und wenn man das Ganze noch kombinierte mit einer Plakatkampagne, die also die Menschen um ihre Mithilfe bei der Sauberhaltung einer Stadt bat, dann wurde das Ganze noch potenziert. Das heißt, es kam noch einmal deutlich zu einer Verbesserung der Sauberkeit in den entsprechenden Gebieten. Und auch die Mangelwahrnehmung nahm eben ebenfalls noch einmal deutlich ab."*

Junge Menschen haben andere Sauberkeitsvorstellungen als ältere. Raucher andere als Nichtraucher. Hundebesitzer wiederum sehen einen Kothaufen mit anderen Augen als Menschen ohne Haustiere. Für Abfallunternehmen ist das eine schwierige Gratwanderung, es allen Bewohnern recht zu machen. Zumal eben auch die Kosten eine große Rolle spielen. Dr. Heinz-Josef Dornbusch:

„Der Anspruch ist sicherlich da, dass das sauber ist. Wenn's ans bezahlen geht, ist man dort deutlich zurückhaltender. Es gibt einige, die sagen, mir ist die Sauberkeit etwas wert. Dafür bezahle ich gerne. Es gibt aber auch durchaus eine andere Gruppe, die sagt, nein, das bezahle ich nicht und fordern, das sollen mal die bezahlen, die es auch verschmutzt haben, und dann wird es natürlich auch schwierig."

Zu den Autorinnen

Die „klinisch reine“ Stadt – ohne Kippe, Kaugummi und Co. –, es gibt sie tatsächlich. Singapur gehört dazu. Das Ganze allerdings erkauft mit geradezu drastischen Strafen für Abfallsünder. Solche Städte sind nicht liebenswert, weil an jeder Ecke ein Müllpolizist steht, urteilt Kornelia Hülter aus Hannover. Die an der Studie beteiligten Abfallunternehmen setzen vor allem auf Einsicht - gefördert mit großflächigen Plakaten. Sie hoffen: Wo Bürger ihre Stadt lieben, landet der Müll vielleicht eher im Abfallbehälter statt auf dem Bürgersteig. Den unliebsamen Rest erledigen die Müllwerker. Siegfried Tadje will ja auch noch was zu tun haben
„Auf der einen Seite hat man Wut. Weil wenn man gerade eine Straße sauber gemacht hat, kommt irgend jemand und schmeißt es da wieder hin. Auf der anderen Seite sage ich, solange die was hinschmeißen, ist mein Job gesichert.“

© 2011 Deutschlandradio - http://www.dradio.de/dlf/sendungen/studiozeit-ks/1494187/

Zu den Autorinnen

Christiane Howe (Federführung) ist Diplom-Soziologin und Gesprächsberaterin, geb. 1962 in Essen und als Deutsche in Eritrea, Iran und Ägypten aufgewachsen. Nach ihrem Abitur in Kairo, Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Politikwissenschaft in Frankfurt/Main, anschließend in der interkulturellen Bildungsarbeit und in dem Bereich der bundesweiten Netzwerk- und Lobbyarbeit mit den Schwerpunkten Prostitution und Migration von Frauen tätig; durch langjährige Arbeit in interkulturellen NGO-Zusammenhängen fundierte Kenntnisse der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Prostituierten und Migranten/Migrantinnen in Deutschland.
Seit 2000 hat sie mehrere empirische Forschungsprojekte (u.a. DFG, EU-AGIS-Programm) und Gutachten zu verschieden Feldern im Rahmen von Prostitution (u.a. gtz, KOK) entwickelt und durchgeführt, so z.B. ein qualitativ-empirisch und ethnoanalytisch ausgerichtetes zweijähriges Forschungsprojekt „Geschlechterverhältnisse und Sexualität im globalisierten Kontext am Beispiel von Migrantinnen und ihren Kunden in der Prostitution“ im Auftrag des Bundesfamilienministeriums sowie ein qualitativ-empirisches und diskursanalytisch ausgerichtetes Forschungsprojekt der DFG (Deutschen Forschungsgemeinschaft) an der TU Darmstadt-Institut für Soziologie zum Wirkungsgefüge von Raum und Geschlecht. Daran anschließend hat sie im Rahmen eines Werkvertrages an dem ebenfalls empirisch-qualitativ und inhaltsanalytisch ausgerichtetem EU-Forschungsprojekt AGIS zu Kunden im Rahmen von Menschenhandel mitgearbeitet.
Ihr letztes Forschungsprojekt umfasste ein europäisches Sechs-Länder Vorhaben, angesiedelt am Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin, welches die Umsetzung der europäischen Anti-Diskriminierungsrichtlinien bezüglich der Intersektionalität von geschlechtsspezifischer und ethnischer/rassistischer Diskriminierung in den Fokus nahm.

Forschungs-/Arbeitsschwerpunkte: Gender Studies/Geschlechterverhältnisse und Sexualität, Arbeitsmarkt/Migration, Interkulturalität, städtische (Raum-)Konflikte/(Bürger)Partizipation; Qualitative Empirie

Veröffentlichungen (Auswahl):
Howe, Christiane (1999): Ich bin verrückt nach Erotik. Das Dilemma mit den Klischees - `Frauenhandel` in den Medien. In: ila - Medienbilder von Lateinamerika, 231, Dezember 1999, S. 10-14
Howe, Christiane (2003): Zwielichtiges. Bilderwelten, Innenwelten. In: Dokumentation der Tagung Männer und Sex(ualität) der Heinrich Böll Stiftung, Berlin, S. 34-55
Howe, Christiane (2004): Milliardengeschäft illegale Prostitution – Handel mit Frauen aus Osteuropa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52-53 2004, S. 33-38 (unter: www.bpb.de/files/230Y4P.pdf)
Howe, Christiane (2005): Non-Discriminatory Approaches to Adress Clients in Prostitution. In: Sector Project against Trafficking in Women – GTZ, Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (Hrsg.): Challenging Trafficking in Persons. Theoretical Debate and Practical Approaches, Baden-Baden
Howe, Christiane (2006): Bilderwelten – Innenwelten. Prostitution und das Verhältnis der Geschlechter. In: Mythos Europa - Prostitution, Migration, Frauenhandel. Osteuropa, 56 Jg., Heft 06/2006, S. 67-85
Howe Christiane (2007): Domestic Work – Frauenspezifische Migration und Illegalisierung. In: Jahrbuch Men-

schenrechte. Frankfurt am Main
Howe, Christiane (2007): Männer(bilder) im Rahmen von Prostitution – die Konstruktion des Freiers. In: Luedtke, Jens / Baur, Nina (Hrsg.) (2007): Was macht den Mann zum Mann. Beiträge zur Konstruktion von Männlichkeiten in Deutschland. S. 239-263
Howe, Christiane (2010): Innen(an)sichten im Rotlichtmilieu - Eine ethnographische Annäherung an Bordellbetriebe im Frankfurter Bahnhofsviertel. In: Benkel, Thorsten (Hrsg.): Das Frankfurter Bahnhofsviertel - Devianz im öffentlichen Raum. S. 253-276
Mitherausgeberin:
Dücker, Elisabeth von / Leopold, Beate / Howe, Christiane / Museum der Arbeit (Hrsg. 2008): Sexarbeit – eine Welt für sich. Erzählstücke aus erster Hand.

Milena Sunnus (Mitarbeit) ist Kulturwissenschaftlerin (M.A.), hat 1997 ihr Studium in Frankfurt/ Main abgeschlossen und seitdem v.a. in sozialwissenschaftlichen Projekten gearbeitet:
- An der TU Berlin in einem EU-Forschungsprojekt zum Thema Diskriminierungsschutz (2009-2010).
- An der Universität Bremen in einem politikwissenschaftlichen Forschungsprojekt mit dem Schwerpunkt EU-Gleichstellungsrichtlinien (1999-2002).
- Beim DGB Bezirk Berlin-Brandenburg in einem Beratungsbüro der EU-Strukturfondsförderung mit dem Aufgabenbereich: Migrationsschwerpunkt der EU-Förderprogramme (2007).
- Mitarbeit an der Machbarkeitsstudie „Gender Index“ im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, mit dem Ziel, eine nach Geschlecht und Regionen differenzierte Datenbasis für Deutschland bereit zu stellen (2005): wurde später vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung umgesetzt, siehe: http://www.gender-index.de.
- Bei Wert.Arbeit Berlin (Gesellschaft für Arbeit, Chancengleichheit und Innovation) zum Thema „Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“ (2008).
- Seit Mai 2011 tätig für die Bundesagentur für Arbeit.

Arbeitsschwerpunkte sind: Gender und Migration als sozialwissenschaftliche Querschnittsthemen; Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Herausforderung für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
Fortbildungen als Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache und Schulsozialpädagogin.

Veröffentlichungen (Auswahl)
2004: Swedish Euroscepticism: Democracy, Sovereignty and Welfare. In: Harmsen, Robert and Menno Spiering (eds.): Euroscepticism. Party Politics, National Identity and European Integration. Volume 20 (2004), European Studies, An Interdisciplinary Series in European Culture, History and Politics. Rodopi, Amsterdam, New York: p. 193-205
2003: EC Challenges to the Pioneer in Gender Equality: The Case of Sweden. In: Liebert, Ulrike (ed.): Gendering Europeanisation. Peter Lang, Brussels: p. 223-253
2003 *(mit Stefanie Sifft):* Euroskeptizismus und Wohlfahrtsprotektionismus in Dänemark und Schweden. In: Klein, Ansgar u.a. (Hg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Leske + Budrich, Opladen: S. 273-292
1998: Feldforschung und kulturelle Praxis. In: Anthropos 93, 4/6, Internationale Zeitschrift für Völker- und Sprachenkunde, Sankt Augustin, S. 582-584
1997: ‚Öland is different.‘ The contradistinction of ‚inside‘ and ‚outside‘ in the construction of a regional identity. In: Anthropological Journal on European Cultures vol. 6, no. 1: Mare Balticum – Societies in Transition. Edited by C. Giordano & I.-M. Greverus, p. 39 – 59

Impresssum

Nachbarschaften und Straßen-Prostitution

Konfliktlinien und Lösungsansätze
im Raum Schöneberg-Nord (rund um die Kurfürstenstraße)

Bestandsaufnahme und Durchführung von
Gesprächen/Interviews, Fragebogenaktion, Begehungen,
Teilnahme an (Fach-)Treffen und Versammlungen
Entwicklung von Lösungsmöglichkeiten und Handlungsempfehlungen
(Zeitraum: April-September 2011)

Verantwortliche Durchführung:
Christiane Howe, Diplomsoziologin
Unter Mitarbeit von:
Milena Sunnus, Kulturwissenschaftlerin (M.A.)

Zentrum Technik und Gesellschaft
Technischen Universität Berlin
Hardenbergstr. 16-18, Sekr. HBS1
10623 Berlin

Email: howe@ztg.tu-berlin.de
www.ztg.tu-berlin.de

Im Auftrag des Bezirksbürgermeisters von
Tempelhof-Schöneberg/Berlin: Ekkehard Band

© Layout und Fotos:
Gerhard Haug, Berlin
(außer Seite: 5, 18, 48, 52, 83, 85, 86, 88)

November 2011

Die Untersuchung kann angefordert werden im PDF Format bei:
howe@ztg.tu-berlin.de oder heruntergeladen werden von der
Website: *www-ztg.tu-berlin.de* (unter abgeschlossene Projekte).

Technische Universität Berlin

Zentrum Technik und Gesellschaft

HİZMET
U-Bhf Kurfürstenstraße

AK
GEGEN DEN
STRICH

Straßenprostitution in Tiergarten-Süd
Vollzug im öffentlichen Raum

AK GEGEN DEN STRICH

1. Straßenstrich mit Tradition

Die soziale Verträglichkeit ist aus dem Gleichgewicht geraten.

1885
Erste Aufzeichnung der Prostitution um die Kurfürsten-straße

1990
Runder Tisch zum Thema Drogen und Prostitution

2002
Prostitu-tionsge-setz

2007
EU-Osterweiterung

2008
Einführung Anwohner-sprechstunde

2009
Sonderpräven-tionsrat Schöneberger Norden zum Thema Prostitution

2010-2015
Diverse Veranstaltungen zum Thema Prostitution im Kiez

2012
Beginn AG Buchprojekt "Wie sag ich´s meinem Kinde"

2013
Auftakt Bürgeraus-stellung „Nachbarschaft & Prostitution

2015
Abriss ehem. Ambrosius (Vollzugsort)

Abriss + Bebauuung Grundstück Polnische Botschaft (Vollzugsort)

1970er
Etablierung des Drogen- und Babystrichs Kurfürsten-straße

1999
Verlegung des Regierungs-sitzes nach Berlin

1990-1992
Anwohnerprotest gegen den Freiersuch-verkehr Pohl-/Kluckstr.

2007
Runder Tisch „Nein zum Laufhaus LSD"

Initiation Projekt „Sprachmitt-lerinnen"

2008-2010
Einführung AG Prost Soz alle 3 Monate

2010
Elterncafés und Elternkreise: Information und Diskussion zu „Prostitution im Stadtteil"

2013
World-Café Nachbarschaft und Prostitution /Huzur

2015
Sperrung Magdeburger Platz

2015
Gründung AK „Sperrgebiet"

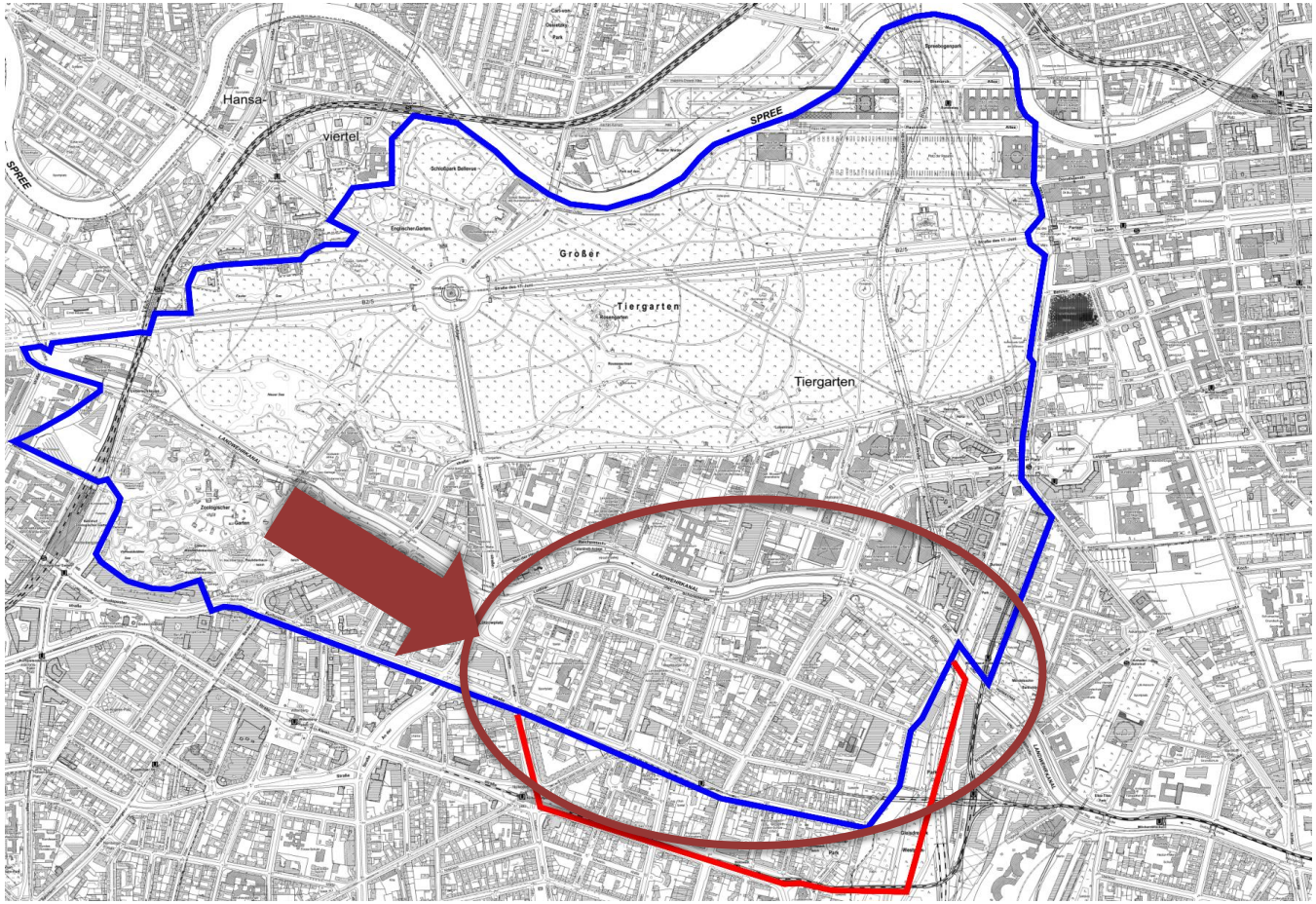
AK GEGEN DEN STRICH

2. Worüber reden wir

Quelle: Wikimedia Commons, the free media repository

AK GEGEN DEN STRICH

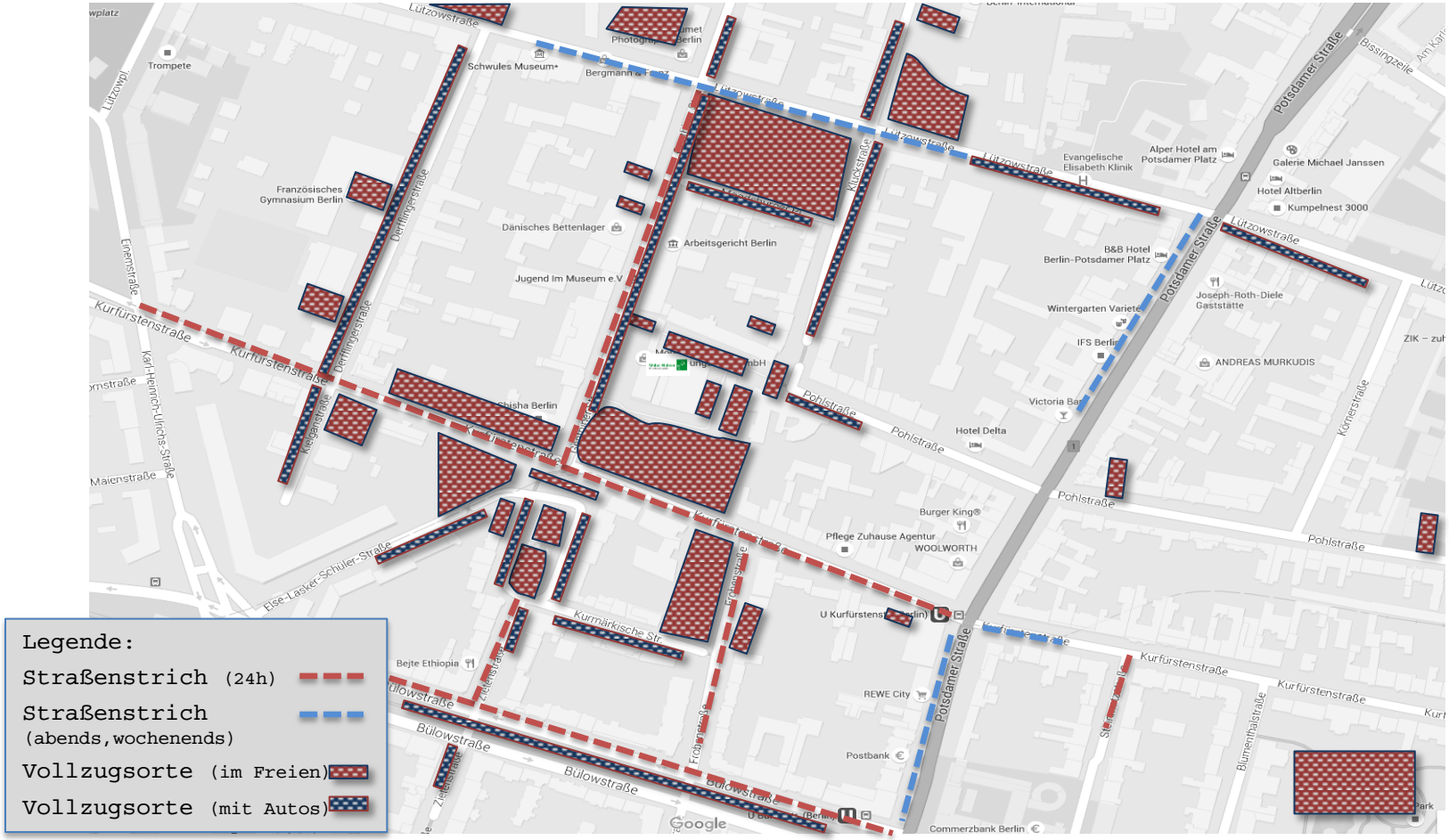
2. Worüber reden wir



Quelle: LPG

AK GEGEN DEN STRICH

2. Worüber reden wir



Quelle: Google Maps

AK GEGEN DEN STRICH

3. Auswirkung + Wirkung

Notdurft	Hygiene	Vollzug	Vermüllung
vollumfänglich	mit Feuchttüchern	In vollem Umfang unter Hinter-lassenschaften von Kondomen + Taschentüchern	Kondome, Trinkbecher + Dosen, Lebensmittelreste, Spritzen, Papier,Kleidung

- **Auf Straßen**
- **In Hauseingängen**
- **Auf Parkplätzen**
- **Auf Kinderspielplätzen**
- **In öffentlichen Grünanlagen**

AK GEGEN DEN STRICH

3.1 Auswirkung + Wirkung – Notdurft + Hygiene

Verrichtung von Notdurft im öffentlichen Raum

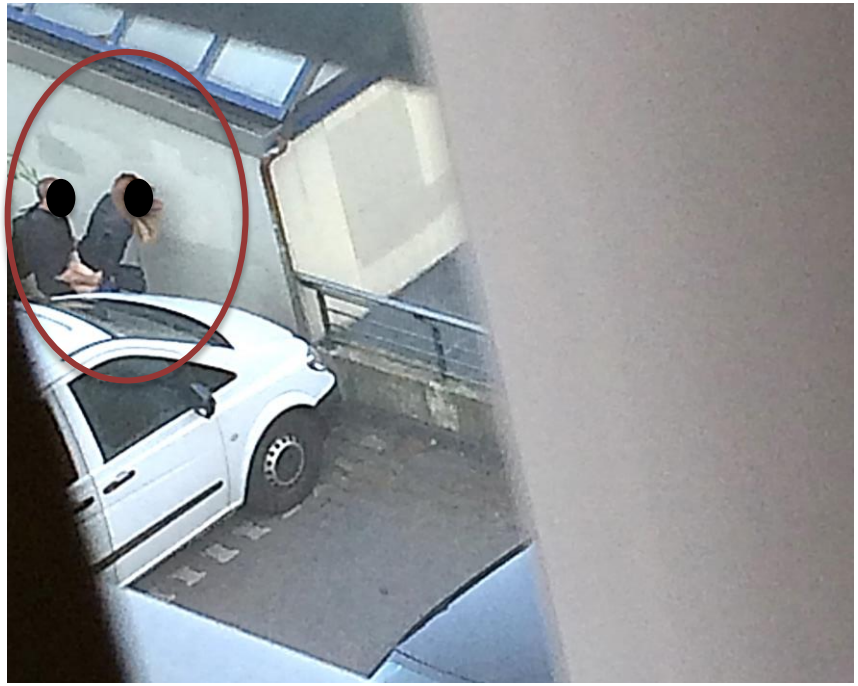
- Zu jeder Tages- und Nachtzeit -

AK GEGEN DEN STRICH

3.2 Auswirkung + Wirkung - Vollzug

Vollzug im öffentlichen Raum

- Zu jeder Tages- und Nachtzeit -



AK GEGEN DEN STRICH

3.3 Auswirkung + Wirkung - Vermüllung

AK GEGEN DEN STRICH

3.4 Auswirkung + Wirkung

Optisches Anmachen + aggressives Werben

- Auch von Männern, die keine Freier sind -

In Wohn- und Geschäftsgebieten

Vor KITAs, Schulen und Kirchen

AK GEGEN DEN STRICH

4. Zielgruppe Freier – Prostitution als Ware

- Der Straßenstrich rund um die Kurfürstenstraße wird in einschlägigen, auch internationalen Foren den Freiern als „Billigstrich“ angepriesen

- Die Respektlosigkeit der Männer wird in Foren wie „Nordfick.net“ etc. besonders deutlich

- In sogenannten, bebilderten „Fickberichten“ werden Bewertungen der einzelnen Prostituierten abgegeben und vor allem über den Preis diskutiert oder ob der Geschlechtsverkehr mit oder ohne Schutz angeboten wird

AK GEGEN DEN STRICH

4. Zielgruppe Freier

Prostitution als Ware

Genthiner Straße 52, Jasmin

*„Gesucht habe ich jemand, die mir für **wenig Geld** den A**** l***** und mich in ihren Mund kommen lassen sollte. **Ich wollte nicht mehr als 30 Euro ausgeben** und wäre sonst wohl ohne Vollzug nach Hause gefahren."*

Potsdamer Straße, Lou

„Lou ist weg ...sie ist nicht mehr aufzufinden. Hat sie jemand gesehen oder weiß, wo sie ist?
*Sie war mit ihrem Angebot "**sie macht alles für 40 Euro außer anal**" unschlagbar und dann dieser Geruch! "*

Quelle: nordfick.net

AK GEGEN DEN STRICH

4. Zielgruppe Freier

Straßenprostitution als Touristenattraktion

Kurfürstenstraße, vor dem LSD, Sandra/Hana/Karina

„Ich musste gestern mittag ***nach Berlin - und bin dann angeregt durch Deinen Bericht (damals noch in der 1. Version) anschliessend mal zur KuFü rüber****. Muss so gegen 18 Uhr gewesen sein. Nun war ich nicht mit dem Wagen sondern mit der Bahn in der Reichshauptstadt. Also per Pedes da einige Runden hingelegt.* ***Deine Tusnelda konnte ich aber nirgends entdecken. Auch sonst war die Auswahl ziemlich bescheid****."*

Quelle: nordfick.net

AK GEGEN DEN STRICH

4. Zielgruppe Freier

So billig wie möglich – und ohne Schutz

„Ich bin in der kommenden Woche selbst in Berlin (Peripherie Nollendorfplatz/KUFÜ). Diese Preise können unmöglich der Realität entsprechen. Wie rarax schon erwähnte, bewegen sich die ***Straßendienstleistungen auch zwischen 20 und 30 Euronen und was nicht paßt wird passend gemacht*** *"*

Quelle: nordfick.net

„Kurfürstenstraße 40, Edena"

*„Edena habe ich schon etwa fünf mal gef****. Sie ist wirklich SEHR nett zwischenmenschlich. Ich glaube ohne Kondom f**** sie mittlerweile nicht mehr. Beim zweiten oder dritten Treffen habe ich ihr aber einmal reingesp*****. "*

AK GEGEN DEN STRICH

5. Zuhälter + Prostituierte –

Ungleiche Geschäftspartner

Zuhälter

- Gewaltbereites Auftreten
- Big Business
- Steuerhinterziehung
- Sozialleistungsbetrug
- Zwangsprostitution
- Menschenhandel
- Drogenkriminalität
- Zuhälterringe im Wettbewerb

Prostituierte

- Prostitution unter menschenverachtenden Bedingungen wie Abhängigkeit, Zwang und Ausbeutung
- Unter sehr großem Konkurrenzdruck
- Armutsprostitution ungebildet, obdachlos, zum großen Teil wenig oder keine Deutschkenntnisse
- OLGA und Neustart e.V. können nur partiell helfen und sind finanziell als auch personell unterbesetzt

AK GEGEN DEN STRICH

6.1 Pressestimmen

„Prostitution auf der Kurfürstenstraße in Berlin Vom Drogenstrich zum Armutsstrich“
(Berliner Zeitung, 01.08.2014)

„Keine Lust auf Berlins traurigsten Straßenstrich“
(Die Welt, 28.10.2015)

„Drogen, Prostitution: Magdeburger Platz bleibt dicht“
(Tagesspiegel, 08.03.2016)

NACH RAZZIA IM ARTEMIS 16.04.2016, 07:00

Kurfürstenstraßen-Anwohner befürchten noch mehr Prostitution

Prostituierte an der Kurfürstenstraße Foto: Reto Klar

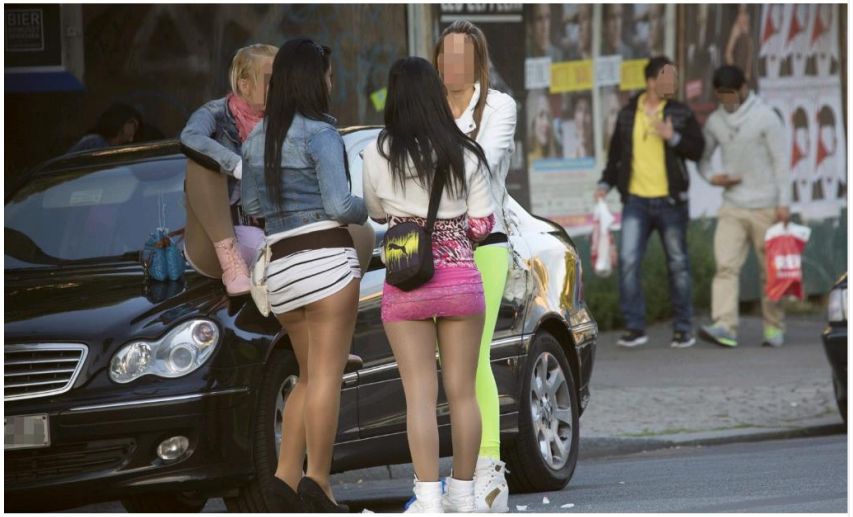
Quelle: morgenpost.de (16.04.2016)

AK GEGEN DEN STRICH

6.1 Pressestimmen

Unterschriftensammlung

Anwohner-Aufstand gegen den Strich an der Kurfürstenstraße



Prostituierte an der Kurfürstenstraße

Foto: Olaf Wagner

Quelle: bz-berlin.de, 26.01.2016

„Ich finde es schlimm, was meine Kinder mitbekommen. Es kann passieren, dass wir am Tisch sitzen und eine treibt es gerade vor unserem Fenster. Das ist abstoßend. Nach 22 Uhr haben die sogar Sex vor der Kirche."
(BZ, 26.01.2016)

Prostitution in Berlin : Sex ohne Grenzen
(Tagesspiegel, 26.11.2013)

AK GEGEN DEN STRICH

7.Rechtsgrundlage

Zuständigkeiten

Straftat: Zuhälterei

§ 181a StGB – Zuhälterei
Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 5 Jahren

- Wer eine Person, die sich prostituiert, **ausbeutet**
- Wer **gewerblich** (Vermögensvorteil) Prostituierte überwacht und die einzelnen Umstände der Ausübung bestimmt
- **Kontrolle der persönlichen oder wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit**
- Strafbar ist das Verhalten auch gegenüber dem eigenen Ehegatten

Zuständigkeit: Polizei

POLIZEI BERLIN

AK GEGEN DEN STRICH

7.Rechtsgrundlage

Zuständigkeiten

Straftat: Menschenhandel/Zwangsprostitution

§ 232 StGB - Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung

- **Ausnutzung einer Zwangslage** oder der Hilflosigkeit, Aufenthalt in einem fremden Land, **Zwang zur Prostitution und Ausbeutung**, dito bei Personen unter 21 Jahren
- Strafbar ist bereits der Versuch
- **Wenn das Opfer der Tat ein Kind ist**
- Bei körperlich schwerer **Misshandlung**
- **Tatausübung gewerbsmäßig** oder als Bandenmitglied
- **Gewalt und Drohung** zwecks Ausübung der Prostitution

Zuständigkeit: Polizei

POLIZEI BERLIN

AK GEGEN DEN STRICH

7.Rechtsgrundlage

Zuständigkeiten

Straftat:
Vollzug im öffentlichen Raum

§ 183a StGB - Erregung öffentlichen Ärgernisses

- Wer **öffentlich sexuelle Handlungen** vornimmt und dadurch absichtlich oder wissentlich ein Ärgernis erregt

§ 120 OWiG - Verbotene Ausübung der Prostitution; Werbung für Prostitution

- Ordnungswidrigkeit bei Zuwiderhandlung gegen ein Verbot der Prostitution durch Rechtsverordnung
- Bei entsprechender **Werbung in der Öffentlichkeit**

Zuständigkeit: Polizei

POLIZEI BERLIN

ORDNUNGSAMT

AK GEGEN DEN STRICH

7.1 Gibt es rechtliche Möglichkeiten?

Nach § 297 EGStGB kann die Landesregierung (der Senat von Berlin) durch Rechtsverordnung die Ausübung der (Straßen-) Prostitution zum Schutz der Jugend oder des öffentlichen Anstandes

- im ganzen Stadtgebiet
- für öffentliche Straßen, Wege, Plätze, Anlagen oder für von dort einsehbare sonstige Orte

ganztätig oder auf bestimmte Tageszeiten beschränken.

Berlin und Rostock sind die <u>einzigen</u> größeren Städte, die von dieser Rechtsgrundlage offenbar <u>keinen Gebrauch machen</u>.

AK GEGEN DEN STRICH

7.1 Rechtfertigung von Beschränkungen (1)

Eine entsprechende Verordnung kann … „zum Schutze des öffentlichen Anstands gerechtfertigt sein, wenn **die Eigenart des betroffenen Gebietes durch eine besondere Schutzbedürftigkeit und Sensibilität, z.B. als Gebiet mit hohem Wohnanteil sowie Schulen, Kindergärten, Kirchen und sozialen Einrichtungen gekennzeichnet ist** und **wenn eine nach außen in Erscheinung tretende Ausübung** der Prostitution typischerweise damit verbundene **Belästigungen Unbeteiligter** und „milieubedingte Unruhe", wie zum Beispiel das Werben von Freiern und anstößiges Verhalten gegenüber Passantinnen und Anwohnerinnen, **befürchten lässt.**"

(BVerwG, Urt. V. 17.12.2014, Az.6 C 28.13)

AK GEGEN DEN STRICH

7.1 Rechtfertigung von Beschränkungen (2)

… „Die Legalisierung der Prostitutionsausübung im zivil- und sozialversicherungsrechtlichen Bereich und die Einschränkung der Strafbarkeit durch das Prostitutionsgesetz schließen es ebenso wenig wie der Wegfall des Vorwurfs der Sittenwidrigkeit der Prostitution aus, dass die Prostitutionsausübung in bestimmten Erscheinungsformen und damit einhergehenden sozialtypischen Begleiterscheinungen namentlich mit Blick auf sensible Gemeindegebiete gegen den öffentlichen Anstand verstoßen kann.“

… „Das Grundstück des Klägers liegt in einem Gebiet, das durch eine besondere Schutzbedürftigkeit und Sensibilität gekennzeichnet ist. Nach den tatsächlichen Feststellungen des Verwaltungsgerichtshofs befinden sich dort Kindertagesstätten und eine Schule sowie Wohnanlagen.“

(BVerwG, Urt. V. 17.12.2014, Az.6 C 28.13)

AK GEGEN DEN STRICH

7.1 Rechtfertigung von Beschränkungen (3)

… „ Der Staat ist berechtigt, von Kindern und Jugendlichen Einflüsse fernzuhalten, **welche sich, zum Beispiel wegen der Kommerzialisierung sexueller Handlungen, auf ihre Einstellung zur Sexualität und damit auf die Entwicklung ihrer Persönlichkeit nachteilig auswirken können.** Es obliegt dem Gesetzgeber zu entscheiden, ob, wo und wann Jugendliche mit dem gesellschaftlichen Phänomen der Prostitution konfrontiert werden sollen.“

(Bundesverfassungsgericht, Kammerbeschluss vom 28. April 2009 - 1 BvR 224/07)

AK GEGEN DEN STRICH

7.1 Rechtfertigung von Beschränkungen (4)

Betreffend die Dortmunder Rechtsverordnung:

… „Der durch das Verbot verursachte Eingriff in die von Art. 12 Abs. 1 GG geschützte Berufsfreiheit der Prostituierten ist verfassungsrechtlich gerechtfertigt. Mit der Berufsausübungsregelung – verboten wird nur eine Form der Ausübung der Prostitution, die Straßenprostitution – verfolgt der Verordnungsgeber nach den vorstehenden Ausführungen auch hier einen legitimen Zweck, namentlich den mit Verfassungsrang ausgestatteten Schutz der Jugend sowie den Schutz des gewichtigen Gemeinschaftsgutes „öffentlicher Anstand". Zur Erreichung dieses Zwecks ist das stadtweite **Verbot der Straßenprostitution** offenkundig geeignet."

(OVG NRW, Urteil vom 11.08.2015, Az. 5 A 1188/13)

AK GEGEN DEN STRICH

7.1 Rechtfertigung von Beschränkungen (5)

Sachverhaltsfestellungen betreff. die Situation in Dortmund:

… „Eine gesellschaftliche Integration der Prostituierten gelang auch nach den vorliegenden polizeilichen Erkenntnissen weitestgehend nicht. Sie bewegten sich – ebenso wie die mit ihnen zunehmend eingewanderten männlichen Begleitpersonen, die ihren Lebensunterhalt mittels der Einkünfte der Prostituierten (mit)finanzierten – in einer über Teestuben, Internetcafés, Wettbüros, Spielhallen und Gaststätten der Nordstadt vernetzten Parallelgesellschaft.“

(OVG NRW, Urteil vom 11.08.2015, Az. 5 A 1188/13)

AK GEGEN DEN STRICH

8. AK „Gegen den Strich“

Was bis jetzt geschah…

- Nov. 2015 — Ansprache QM-Team durch einzelne Anwohner_Innen
- 25.11.2015 — Einladung QM zu Anwohnergesprächsrunde
- 09.12.2015 — **Gründung AK Sperrgebiet – Gegen den Strich**, Bearbeitung / Planung Unterschriftenaktion
- 06.01.2016 — Vorbereitung Unterschriftenaktion
- 07.01.2016 — **Start Unterschriftenaktion**, Vorbereitung und Organisation von Gesprächsrunden
- 11.01.2016 — Gesprächsrunde mit **Rocco Röske, Polizei-Abschnitt 34 – Präventionsbeauftragter**
- 03.02.2016 — Gesprächsrunde mit **Monika Nürnberger, Café Olga**

AK GEGEN DEN STRICH

8. AK „Gegen den Strich“

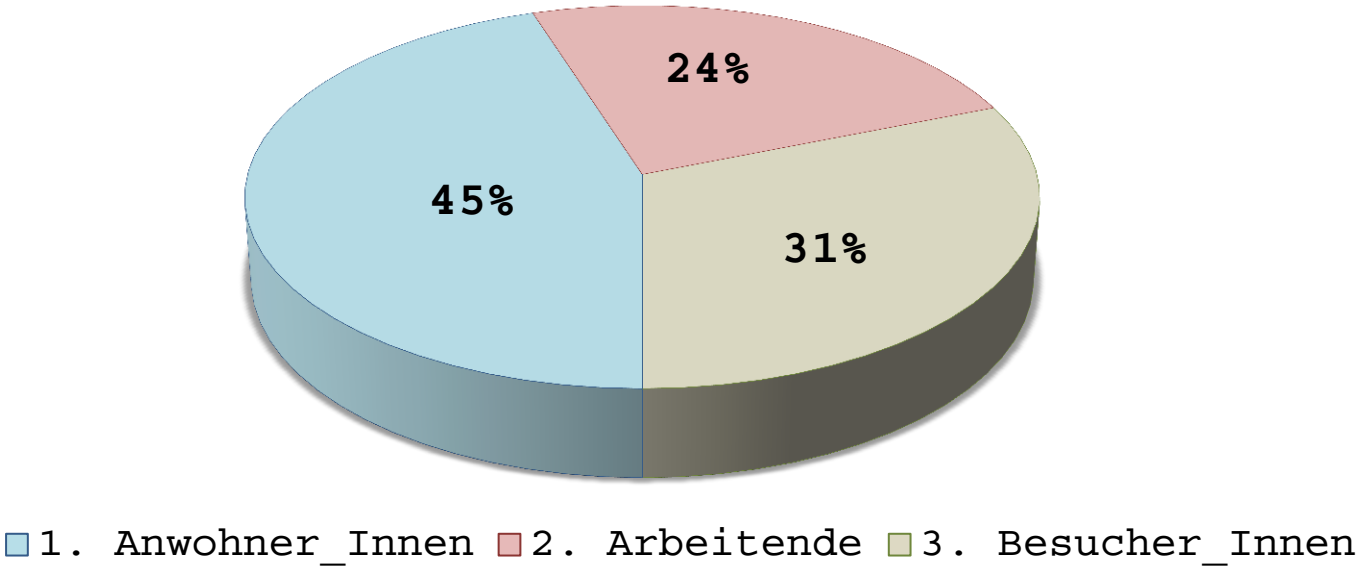
Was bis jetzt geschah…

- 24.02.2016 Arbeitssitzung
- 09.03.2016 Arbeitssitzung
- 23.03.2016 Gesprächsrunde mit **Thomas Isenberg, MdA SPD**
- 06.04.2016 Gesprächsrunde mit **Tilo Siewer, BVV Mitte Bündnis 90 / Grüne**
- 20.04.2016 Gesprächsrunde mit **Kerstin Drobick, BA Mitte Gleichstellungsbeauftragte**
- 04.05.2016 Arbeitssitzung, Vorbereitung Präsentation für die QR MaPla-Sitzung
- 18.05.2016 Arbeitssitzung, Abstimmung Präsentation
- 25.05.2016 Arbeitssitzung, Vorbereitung QR Sondersitzung
- 30.05.2016 **Thema bei Sitzung des QR Magdeburger Platz**

8. AK „Gegen den Strich“

Vorläufige Ergebnisse Unterschriftenaktion

Bis zum 30.05.2016 sind **1.500 Unterschriften** von Anwohner_Innen, Geschäftstreibenden und Besucher_Innen eingegangen.



AK GEGEN DEN STRICH

9. Forderungen

Wir fordern eine Lösung für ganz Berlin…

- Wir sprechen uns **gegen die Straßenprostitution und den öffentlichen Vollzug in Berliner Wohngebieten und nahe sozialer Einrichtungen aus**.
- Wir fordern, dass das Land Berlin nicht billigend in Kauf nimmt, dass sich die dargestellten, sozial unverträglichen Zustände festigen. Dies schließt selbstredend auch die Situation der Prostituierten im Kiez ein.
- Die zuständigen Senatsverwaltungen müssen tätig werden.

Für die Durchsetzung unserer Forderungen suchen wir noch Mitstreiter und wünschen uns hiermit die Unterstützung des Quartiersrates

AK GEGEN DEN STRICH

9. Quellen

Literatur:

- Jeffreys, Sheila, Die industrialisierte Vagina, Hamburg (2014)
- Rezension: https://www.querelles-net.de/index.php/qn/article/view/821/826

Gerichtsurteile:

- http://www.bverwg.de/entscheidungen/entscheidung.php?lang=de&ent=171214U6C28.13.0
- https://www.justiz.nrw.de/nrwe/ovgs/ovg_nrw/j2015/5_A_1188_13_Urteil_20150811.html

Internet:

- http://www.nordfick.net (Download am 04.05.2016)
- http://maps.google.com (Download am 03.05.2016
- http://www.morgenpost.de (Download am 03.05.2016)
- http://www.bz-berlin.de (Download am 03.05.2016